Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 9 | Juni 1975 | 1,- DM

Revolution oder Konterrevolution in Portugal

Seit dem Sturz des reaktionären bonapartistischen Salazar-Caetano-Regimes am 25. April 1974 herrschen in Portugal die Bedingungen einer vorrevolutionären Situation. Die Klassenbewegung des portugiesischen Proletariats ist von spontanen Aufschwüngen geprägt. Während die Militärregierung eine Politik der „Ruhe und Ordnung“, der Besänftigung der unterdrückten und ausgebeuteten Massen betreibt, hat die offene Konterrevolution mehrmals danach getrachtet, den Massen eine entscheidende Niederlage beizubringen. Noch ist allerdings die vorrevolutionäre Situation weder zur einen noch zur anderen Seite hin entschieden. Portugal steht am Scheideweg: Revolution oder Konterrevolution.

Der erste große Aufschwung der Klassenbewegung folgte unmittelbar dem Sturz des Caetano-Regimes. Am 3. Mai 1974 entfernten militante Telefonarbeiter die alten Manager des staatlichen Unternehmens, beschuldigten sie der Korruption und der Komplizenschaft mit den alten Machthabern. Solche „Minirevolutionen“ breiteten sich rasch auf andere staatliche Unternehmen aus wie Eisenbahn, Flugverkehr, Post und Elektrizität. Als sich die Interimsregierung etablierte, streikten Tausende von Arbeitern.

> „8.500 Arbeiter auf Lissabons größter Schiffswerft, Lis- nav, besetzten die am Tagus gelegene Anlage gestern Abend, stellten Forderungen nach einer Verdoppelung der Löhne und für Arbeiterkontrolle und ignorierten somit eine Bitte um Ordnung und Arbeit von General Antonio de Spinola, der gestern das A des Präsidenten übernahm.
>
> Es bot sich ein revolutionäres Bild mit Transparenten, auf den zu lesen stand: ‚Unser Land soll uns gehören‘ und ‚Nieder mit den nutzlosen Lakaien. Die Arbeiter an die Macht‘ Hammer- und Sichelsymbole waren an den Aufzügen angebracht, die zu den Büroräumen von Portugals größtem Industrie- und Handelstrust, der Companhia Uniao Fabril, die bis gestern herrschte, führten. Hunderttausende von Textilarbeitern drohten mit der Niederlegung der Arbeit, falls die Löhne nicht verdoppelt würde und keine Änderungen in der Geschäftsleitung vorgenommen würden. Fabriken, die zu Firestone, ITT und Tirnex gehören, wurden betroffen und von Arbeitern besetzt, die sowohl hohe Lohnerhöhungen sowie die Absetzung wenigstens eines Teils de Geschäftsleitung forderten, die der Zusammenarbeit mit den Faschisten des alten Regimes beschuldigt wurde“ (*New York Times*, 17. Mai 1974).

Im Herbst vorigen Jahres gab es einen neuen Aufschwung. Ende August streikten die TAP-Arbeiter (portugiesische Fluggesellschaft), sie verlangten nicht nur die Entlassung von ehemaligen Agenten der politischen Polizei, sondern auch von „Individuen, die antiproletarische Positionen eingenommen haben, wie es von diesen treuen Hunden des Kapitals nicht anders zu erwarten ist“ (*Revolugao*, 7. September 1974). Die TAP-Arbeiter forderten höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Der Streik wurde nur deshalb beendet, weil das Militär drohte, das Kriegsrecht zu verhängen. Es folgten Streiks der Angestellten von *O Jornal do Comercio* ebenso wie Textilarbeiterstreiks, im Süden erhoben sich mehr als 6000 Landarbeiter. Im September 1974 demonstrierten 7000 Arbeiter der Lisnav-Schiffswerft in Almeda gegen Faschismus und Kapitalismus, für Streikrecht und gegen Aussperrungen, für Demokratie der Arbeiterklasse und für die Unterdrückung der Reaktionäre.

Die relative Ruhe, die dem vergeblichen Rechtsputsch von Ende September folgte, dauerte längstens bis Anfang 1975. Die Militärregierung mußte Führer der Chemiearbeitergewerkschaft verhaften, weil diese gegenüber dem Apparat der stali- nistischen Einheitsgewerkschaft und dem Arbeitsministerium unbotmäßig waren. Auch die Postarbeiter wählten sich eine

Indischer Bauernführer verfolgt _____ 5
Der KBW und der § 218 _____ 7
„Internationalismus“ des Spartacusbundes _____ 9
Säuberung der LCR _____ 14
Kapitalismus in Kambodscha und Südvietnam zerschlagen _____ 28

Gewerkschaftsführung, die von der Regierungskoalition der MFA mit KP und SP nicht kontrolliert wird. Im Industriegebiet am Südufer des Tagus schlossen sich die Arbeiterkommissionen aus 38 Unternehmen zusammen und gründeten die Reuniao Inter-Empressas, die am 7. Februar 1975 eine Demonstration trotz des Verbots der Regierung organisierte (*Voz do Povo,* 11. Februar 1975).

Allen diesen Offensiven des Proletariats fehlt jedoch eines: die Zuspitzung des Kampfes auf Organisationsformen, die zu Trägern der Doppelmacht werden können, zu Institutionen der Doppelherrschaft, die charakteristisch sind für eine revolutionäre Situation. Die Ursache dafür liegt im Fehlen einer revolutionären Führung. Wesentliche Verantwortung für das letztlich ergebnislose Aufbäumen der Massen im spontanen Kampf trägt die stalinistische KP, die trotz ihrer Verratspolitik weiterhin die Mehrheit der aktiven Elemente des portugiesischen Proletariats kontrolliert.

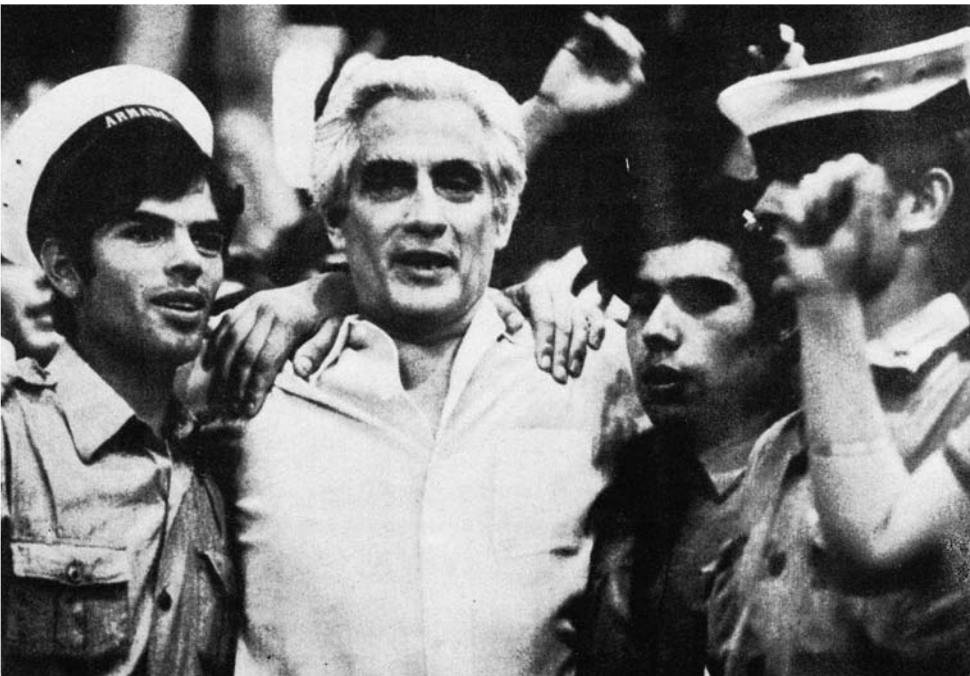
Der konterrevolutionäre Verrat der portugiesischen KP

Seit dem Umsturz vom April 1974 hat die portugiesische Kommunistische Partei als der willigste Diener der portugiesischen Bourgeoisie gehandelt. Die Einbeziehung der KP in die Militärregierung ist für die Bourgeoisie integraler Bestandteil ihrer Absicht, die kämpferische Arbeiterklasse niederzuhalten und — wenn nötig — die linke und Arbeiterbewegung gewaltsam niederzuschlagen. Die KP in der Koalition mit der MFA ist für die Bourgeoisie eine Garantie dafür, daß die unter dem Einfluß der KP stehenden Massen nicht das kapitalistische System in Frage stellen. So hat die KP jede Gelegenheit genutzt, ihre Anhänger aufzufordern, Ruhe zu bewahren, Racheakte zu vermeiden und wachsam zu sein angesichts von „Abenteurern“. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, was die Stalinisten meinen, wenn ihr Chef Alvaro Cunhal seine Bereitschaft erklärt und bezeugt, die nötige Verantwortung in der Regierung zu übernehmen. Als loyales Mitglied der Militärregierung benutzte die KP ihre Autorität, um Streiks zu brechen, den Arbeitern zu erklären, daß ihre Forderungen „unvernünftig“ sind. Als Antwort auf die Streiks und Betriebsbesetzungen der Lissabonner Werftarbeiter, der Bäcker, der Post- und Telefonarbeiter sowie der Timex-Arbeiter organisierte die von der KP kontrollierte Intersindical am 1. Juni 1974 eine Antistreikdemonstration, wo Transparente mit folgenden Parolen mitgeführt wurden: „Nein zum Streik um des Streiks willens“ und „Für eine Offensive gegen die Provokateure und Reaktionäre“. Damit sind die Arbeiter gemeint, die — wie die Timex-Arbeiter — „Nieder mit dem Kapitalismus“ auf ihre Transparente geschrieben hatten. Als die Regierung den Einsatz von Truppen organisierte, um den nationalen Post- und Telefonarbeiterstreik zu zerschlagen, organisierte die KP Streikbrecherbanden. Sie entfachte eine schmutzige Kampagne gegen die Streikenden, der sich die Intersindical mit folgenden Worten anschloß: „Bestimmte Forderungen, die jetzt erhoben werden, sind ein Angriff gegen die Demokratisierung des Landes“ *{Diario de Noticias,* 20. Juni 1974). Im Juli 1974 führte das Militär eine strenge Pressezensur ein, die verbot, „irgendwelche ideologischen Angriffe gegen das Programm der Bewegung der Streitkräfte zu richten“, „Anzettelung von illegalen Streiks“ usw. (siehe unten). Die KP unterstützte die Einführung der Pressezensur, denn sie tritt für die Unterdrückung der „Kräfte der Anarchie“ ein, um die „Einheit der demokratischen Kräfte“ zu bewahren. In eine verständliche Sprache übersetzt, heißt das Unterdrückung aller Kräfte, die gegen den Klassenverrat der KP und gegen die bürgerliche Institution der Armee kämpfen.

> „Die KP Portugals besteht darauf, daß die Streitkräfte ohne Beteiligung der Kräfte des Volkes nicht fähig sind, das Land zur Demokratie zu führen; aber auch die Kräfte des Volkes schaffen das nicht ohne die Streitkräfte. Die KP Portugals kritisiert scharf Einstellungen, die darauf abzielen, einen Bruch zwischen dem Volk und den Streitkräften zu schaffen“ *(O Comercio do Porto*, 21. Juni 1974).

Trotz des Lamentierens der Stalinisten, daß „die Situation in jedem Lande anders“ sei, zeigt das portugiesische Beispiel ein weiteres Mal die verhängnisvollen Folgen der Volksfrontpolitik — einer Politik der Klassenkollaboration, die zum Sieg Francos in Spanien, der Vichy-Regierung in Frankreich und Pinochets in Chile führte. In einem Interview sagte der Chef der portugiesischen KP, Alvaro Cunhal: „Es ist selbstverständlich für uns, das chilenische Experiment zu studieren“, aber die portugiesische Situation sei aktuell „vollständig andersartig, weil es die Streitkräfte waren, die sich gegen das faschistische Regime erhoben“ *{Diario de Noticias,* 8. Juni 1974).

Die Politik der stalinistischen KP ist nicht nur willentliche Blindheit und Dummheit, sondern bewußter Verrat an der



KP-Chef Cunhal: Lieber stützt er sich auf die Generäle

Arbeiterklasse. Deshalb ist es nicht ausreichend, nur festzustellen — wie es viele klassenbewußte Arbeiter in Portugal tun, die den Verrat der KP erkannt haben -, daß „die KP ihre Politik hat und wir unsere haben“ oder daß politische Parteien nicht in Streiks eingreifen sollten. Es ist nicht möglich, den Kampf um die Staatsmacht zu vermeiden, die Arbeiterkämpfe in „soziale“ und „politische“ zu trennen oder die KP und die Militärs einfach zu umgehen. Nur im Prozeß der politischen Zerschlagung der stalinistischen Verräter und durch die massenhafte Gewinnung ihrer Anhänger kann der Weg für eine erfolgreiche Konfrontation mit der Militärregierung, für den Sozialismus freigeschlagen werden.

Diese Aufgabe erfordert die politische Entlarvung der stalinistischen Kapitulationspolitik und Klassenkollaboration, die Anwendung der Einheitsfronttaktik und die Aufstellung von Übergangsforderungen, die zur proletarischen Revolution führen. Diese Aufgabe kann nur von einer revolutionären Organisation, d.h. von einer trotzkistischen Partei, erfolgreich in Angriff genommen werden. Zwar gibt es unter den portugiesischen Arbeitern heute bereits viele, die die „sozialistische“ Demagogie der MFA und KP durchschaut haben und die aufrichtig für die sozialistische Revolution kämpfen wollen. Doch es gibt keine revolutionäre Partei, die die ausgebeuteten Massen zum Siege führen könnte.

Maoisten der Dritten Periode

Die größte maoistische Organisation kann durch ihre Imitation der ultralinken Taktik des Stalinismus während der sogenannten „Dritten Periode“ (1928-33) charakterisiert werden. Die Hauptgefahr sieht die Bewegung für die Umorganisierung der Proletarischen Partei (MRPP) im „Sozialfaschismus“, womit sie die Sowjetunion und ihre Agentur, die portugiesische KP, meint. Die MRPP behauptet, daß „die Revolution auf der Tagesordnung steht“ und daß „die herrschende Klasse jetzt unfähig ist zu regieren“. Jedoch erklärt sie gleichzeitig, daß „die Arbeiterklasse noch nicht in der Lage sei, die Macht zu ergreifen“ *(Luta Populär,* 6. Juni 1974).
Die Lösung ist schnell bei der Hand: Portugal braucht eine „demokratische“ Revolution.

Auf der prinzipiellen Ebene sind ihre Positionen kaum von denen der pro-Moskau-KP zu unterscheiden:

> „Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, die wissenschaftliche Theorie auf die konkreten Charakteristika ihres Landes anzuwenden. Im Falle Portugals ist die tatsächliche Phase der Revolution die demokratische und Volksrevolution und nicht, wie die Trotzkisten und andere Opportunisten es gern hätten, schon die Phase der sozialistischen Revolution.
> Die Bedeutung besteht darin, daß die portugiesische Arbeiterklasse, um die sozialistische Revolution durchzuführen, erst einmal bestimmte Ziele erreichen muß, von welchen aus sie dann das Endziel vorbereiten und beginnen kann. Diese Zwischenziele sind Brot, Friede, Land, Freiheit, Demokratie und nationale Unabhängigkeit“ *(Luta Populär*, 6. Juni 1974).

Die Führung der MRPP versucht jedoch, der Parole der demokratischen und Volksrevolution eine sehr „linke“ Interpretation zu geben. Während in China Mao aus der angeblichen „Unfähigkeit“ des Proletariats, die Macht zu übernehmen, die Notwendigkeit ableitete, Bündnisse mit Tschiang Kai-schek einzugehen, versuchen die portugiesischen Maoisten, Lenins Politik während der Oktoberrevolution mechanisch zu übertragen.

Dies führt dann zu einigen Schwierigkeiten, da Lenin in den April-Thesen als Ziel der bolschewistischen Partei die sozialistische Revolution angegeben hatte, d.h. Lenin hat auf die Tagesordnung der russischen Revolution den Sturz des Kapitals, den Übergang zur proletarischen Revolution als nächste Aufgabe gesetzt. Diese („trotzkistische“) Position spiegelt sich in sehr verzerrter Weise in einigen Stellungnahmen der MRPP wider:

> „Nur das volksrevolutionäre Programm ist im Interesse des Volkes, nur dadurch kann jede Art von Ausbeutung beendet werden. Für Brot — Enteignung der Monopole und der Großunternehmen durch die Arbeiterklasse; für Frieden - völlige Unabhängigkeit für die Völker der Kolonien und Rückkehr der Soldaten; für Land - Konfiszierung des Grundbesitzes der Latifundistas und reichen Bauern und seine Verteilung an Landarbeiter und arme Bauern; für Freiheit für das Volk und die Diktatur über die Bourgeoisie; für Demokratie — die Einsetzung der Organisationen des Volkes in Organe der Staatsmacht; für nationale Unabhängigkeit - verjagt die Imperialisten von portugiesischer Erde.. .dies ist der Weg der Volksrevolution. FÜR BROT, FRIEDEN, LAND, FREIHEIT, DEMOKRATIE, UND NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT, keine bürgerliche Macht kann dies dem Volke geben. Nur die Arbeiter, Bauern, die Jugend, Frauen, Soldaten und die übrigen Elemente des Volkes, unter der Führung der marxistisch-leninistischen maoistischen Partei und organisiert in einer machtvollen volksrevolutionären Front, können der reaktionären Macht der Bourgeoisie ein Ende bereiten und eine Volksmacht, eine Volksregierung, eine Volksdiktatur, eine Volksrepublik aufbauen“ *(Luta Populär,* 6. Juni 1974).

Einerseits erkennt die MRPP, daß „keine bürgerliche Macht“ die Interessen des „Volkes“ befriedigen kann, daß nur unter der Führung der revolutionären Partei eine gesellschaftliche Umwälzung erreicht und die Macht der Bourgeoisie gebrochen werden kann und daß dies die Aufgabe des Tages in Portugal ist. Damit knüpft sie an die leninistische Tradition

Dieser Ausgabe der *Kommunistischen Korrespondenz* liegt eine Flugschrift des Organisationskomitees Köln der Trotzkistischen Liga Deutschlands bei:
„Der Kommunistische Bund Westdeutschland und der Kampf gegen den Paragraphen 218".

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierender Sektion der
internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift:
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

an. Andererseits verzerrt sie diese Einsicht durch ihr Anknüpfen an den stalinistischen Aufguß der menschewistischen Etappentheorie. Das Geschwafel über die „Volksrevolution“, die gleichrangige Aufzählung der Kräfte des Volkes, die demokratische Agrarrevolution, die demokratische Umwälzung und nationale Unabhängigkeit — all das verkleistert die Einsicht in den Charakter der portugiesischen Revolution und ihre treibenden Kräfte.

Die Praxis der MRPP allerdings befindet sich in Übereinstimmung mit ihrer gesamten stalinistischen Linie und im Widerspruch zu ihren linken Äußerungen. In der Streikwelle im Juni vorigen Jahres stellte die MRPP als zentrales Ziel die 40-Stunden-Woche auf, eine klassische Forderung des sozialdemokratisch/ stalinistischen „Minimalprogramms“.

Würden jedoch die oben erwähnten Maßnahmen konsequent durchgeführt werden, so würde das zur Zerstörung des bürgerlichen Staates führen und trotz der Vorstellungen der MRPP von einer „volksdemokratischen“ Etappe die Errichtung eines deformierten Arbeiterstaates zur Folge haben. Die Tatsache, daß die MRPP nicht für die Bildung von demokratisch gewählten Arbeiterkomitees agitiert, als Grundlage des künftigen Sowjetstaates, deutet daraufhin, daß diesen Maoisten China als Modell dient, also ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat.

Die MRPP ist sehr sektiererisch, denn sie schließt prinzipiell andere Organisationen, auch Maoisten, von ihren Demonstrationen aus, selbst in einer Demonstration, in der es um die Verteidigung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung ging!

In den Gewerkschaften fordern sie: „Sozialfaschisten raus aus den Gewerkschaften!“ (*Luta Popular*, 12. Dezember 1974. Während Trotzkisten den Ausschluß von Streikbrechern aus den Gewerkschaften fordern wegen ihrer konterrevolutionären Handlungen gegen die Arbeiterklasse und während die Stalinisten in Portugal in einigen Fällen als Streikbrecher vorgegangen sind, ist ihre grundlegende Rolle die von Agenten der Bourgeoisie *innerhalb* der Arbeiterbewegung.

Es ist notwendig zu demonstrieren, wohin ihre Kapitulation vor der MFA und den Kapitalisten führt, nämlich wie in Chile oder in Spanien während des Bürgerkriegs in eine blutige Niederlage für die Arbeiterklasse. *Beide* Richtungen des Stalinismus — die offizielle KP und die Maoisten - sind Hemmnisse für die Entfaltung der proletarischen Klasseneinheit, konterrevolutionäre Agenturen innerhalb der Arbeiterbewegung.

Die opportunistischen Maoisten

Die Kommunistische Partei Portugals/Marxisten-Leninisten (PCP-ML) ist wohl die widersprüchlichste maoistische Organisation in Portugal. Ihre Anhänger in den Gewerkschaften sind in der Allianz der Arbeiter und Bauern (AOC) organisiert (eine der zwei linken Gruppen, denen die Teilnahme an den Wahlen verboten war). Im Gegensatz zu allen anderen maoistischen Organisationen vertritt sie die Position, daß aktuell die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stünde. Die „Etappe der volksdemokratischen Revolution gehörte in die faschistische Epoche“ (d.h. vor dem 25. April 1974), und das Ziel ist jetzt, „die Macht der Monopole zu stürzen, den Imperialismus zu verjagen und die sozialistische Diktatur des Proletariats zu etablieren“ *{Unidad Popular,* 16. Januar 1975). Die PCP-ML verurteilt individuellen Terror und hat gegen die vom Staat der Arbeiterbewegung aufgezwungene Gewerkschafts- Einheit“ gekämpft, eine richtige Position, die nur von wenigen maoistischen und „trotzkistischen“ Gruppen eingenommen wurde.

Sie vertritt die Linie der chinesischen Außenpolitik, wonach der „sowjetische Sozialimperialismus“ international die Hauptgefahr darstelle. Mit dieser Einschätzung befindet sie sich eher auf dem rechten Flügel der MFA und ist besonders mit der SP verbunden. Die PCP-ML zieht sogar die notwendigen Schlußfolgerungen aus dieser Politik. Sie schreibt: „Der deutsche Imperialismus ist daran interessiert, daß Portugal nicht an das sozialimperialistische Lager fällt. Und hier fallen die Interessen der Arbeiterklasse mit denen des deutschen Imperialismus zusammen...“ (*Unidad Popular*, 16. Januar 1974) . Das bedeutet: sollte die KP versuchen, einen deformierten Arbeiterstaat in Portugal zu errichten, würde die PCP-ML zusammen mit der SP und der CIA dagegen kämpfen! Das ist eine Illustration vom Bankrott der maoistischen Einschätzung Rußlands als eines kapitalistischen Staates.

Castroismus und Ökonomismus

Die Revolutionäre Partei des Proletariats — Revolutionäre Brigaden (PRP) ist nach der MRPP die zweitstärkste Gruppe der extremen Linken. Grob gesagt ist die PRP eine castrostisch-ökonomistische Organisation — eine seltene Kombination, denn die Castroisten ersuchen, den Kampf der Arbeitermassen durch den Guerillafocus zu substituieren, während wirkliche Ökonomisten den proletarischen Massen zu jeder Zeit in den Arsch kriechen, d.h. Nachtrabpolitik betreiben. Nichtsdestoweniger ist es genau diese Kombination, die die PRP kennzeichnet.

Unter den schweren Bedingungen des Caetano-Regimes versuchte die PRP nicht, die Massen um ein Programm demo-

Fortgesetzt auf Seit 15

Verfolgung eines trotzkistischen Bauernführers in Indien

Verteidigt Jagadish Jha!

Die Trotzkistische Liga Deutschlands erklärt sich solidarisch mit der internationalen Unterstützungskampagne für den verfolgten indischen Trotzkisten Jagadish Jha. Genosse Jha und seine Mitstreiter werden seit Jahren wegen ihrer mutigen Anstrengungen während der Jahre 1969/70, die Landarbeiter in Bankura zu organisieren, verfolgt.

Das Gebiet von Bankura, mit einer Bevölkerung von 1,7 Mill. Menschen, ist das unfruchtbarste und rückständigste von Westbengalen. Die westbengalische Regierung war damals, als Jhas Organisationskampagne ihren Höhepunkt erreichte, eine sogenannte „Einheitsfront", die die moskauhörige KP Indiens, die KP Indiens (Marxisten) und die zentristische Revolutionäre Sozialistische Partei ebenso umschloß wie solche offenen bürgerlichen Parteien, wie die Bangla Kongreßpartei.

Trotzki nannte den Stalinismus die Syphilis der Arbeiterbewegung; und in Indien zeigt sich der Stalinismus in seiner bösartigsten Weise. Während die KPI (M) vereinzelt halbherzige Versuche gemacht hatte, die Landarbeiter zu organisieren und Landbesetzungen zu führen (hauptsächlich vor ihrem Eintritt in die Volksfrontregierung), war die Kampagne des Genossen Jha die erste ernsthafte Anstrengung in dieser Hinsicht. Typisch für die Praxis der westbengalischen Stalinisten war, daß sie den kapitalistischen Großgrundbesitzern erlaubten, in ihre Parteien einzutreten, und sie dann gegen die Landarbeiter verteidigten, die oft Mitglieder derselben Parteien waren.

Das gilt sowohl für die KPI (M) als auch für die KPL

Darüber hinaus war die Bangla Kongreßpartei, der Koalitionspartner in der Volksfrontregierung, die Partei der Großgrundbesitzer und der städtischen Kapitalisten. Es überrascht deshalb nicht, daß die Volksfrontregierung den organisatorischen Anstrengungen des Genossen Jha, geführt durch die Paschim Bangla Palli Schramik Krishak Sangh (PSKS, d.h. die westbengalische Landarbeitergewerkschaft), grausam entgegentrat.

Seit 1970 wurde Genosse Jha dreimal in Haft genommen, und die Polizei hat 39 Prozesse gegen 150 PSKS- Mitglieder angestrengt. Jha ist Mitglied der Communist League of India (CLI, Kommunistische Liga Indiens), der ehemaligen Socialist Workers Party of India (SWPI, Sozialistische Arbeiterpartei Indiens), einer Sektion des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS) von Ernest Mandel. Die SWPI und das VS unterstützten und publizierten die anfänglichen Bemühungen des Genossen Jha. Nachdem diese aber nicht mehr den publizistischen Reiz hatten, den inzwischen die Maoisten Bangladeshs oder der MIR Chiles gewonnen hatten, wurden sie vom opportunistischen VS in krimineller Weise im Stich gelassen.

Inzwischen sind Jha und die anderen Verfolgten wegen der Prozesse wahnsinnig verschuldet; die ungeheuren Gerichtskosten können nicht von den Hungerlöhnen der Landarbeiter abgezogen werden. Sie waren gezwungen, ihren geringen Viehbestand und Hausrat zu verkaufen; aber es reichte nicht aus, genug Geld für die Gerichtskosten, für Rechtsanwaltshonorare usw. aufzubringen, an Bürgschaftskosten gar nicht zu denken. Jha selbst muß eine sechsköpfige Familie unterhalten und ist ernsthaft erkrankt. Er befindet sich gegenwärtig in einem Krankenhaus. All das macht die Vernachlässigung durch das VS besonders verachtenswert.

Ein ausführlicher Bericht über Jhas Organisierungskampagne im Jahre 1960, einschließlich des Programms der PSKS und einer Kurzbiographie, erschien in der Zeitschrift der SWPI, *World Outlook* (Mai 1970), und wurde nachgedruckt in der *Inter Continental Press* (11. und 25. Mai 1970). Der Artikel wurde verfaßt von Sitaram B. Kolpe, einem führenden Mitglied der SWPI und CLL Er schrieb:

> „Jagadisch Jha ist nun 47 Jahre alt und Vater von fünf Kindern. Er begann seine politische Laufbahn in den vierziger Jahren als Gewerkschaftsarbeiter in Kalkutta. Er gehörte zu einer Arbeitergruppe, die sehr frühzeitig von der Partei der Bolschewiki-Leninisten, der damaligen indischen Sektion der Vierten Internationale, angezogen wurde.
>
> Er half, die erste Feuerwehrarbeitergewerkschaft und andere Gewerkschaften in Kalkutta zu organisieren.
>
> Als die Sektion in die Sozialistische Partei 1948 ein trat

Wir empfehlen allen unseren Lesern die Lektüre eines Artikels im dritten Heft des theoretischen Organs des Spartacusbundes, *Ergebnisse und Perspektiven:* „Der Kampf für den Trotzkismus in Ceylon" von Edmund Samarakkody. Dies ist unseres Erachtens der erste qualifizierte internationale Artikel, der jemals in einem Organ des Spartacusbundes erschienen ist. Allerdings wurde der Artikel übernommen aus *Spartacist* Nr. 22, einem Organ der Spartacist League/ U.S., unserer amerikanischen Sektion, ohne bei den Herausgebern oder beim Autor um Zustimmung zur Übersetzung und zum Nachdruck nachzufragen. Der Spartacusbund publiziert den Artikel ohne Quellenangabe; es ist ihm wohl zu peinlich, daß er bei bedeutsamen internationalen Einschätzungen auf Publikationen unserer internationalen Tendenz zurückgreifen muß. Es findet sich in der Einleitung zum Artikel jedoch ein Hinweis, der falsch ist: Der Spartacusbund schreibt, daß Edmund Samarakkody Mitglied der internationalen Spartacist Tendenz sei; richtig ist vielmehr, daß zwischen unserer Tendenz und der Revolutionären Arbeiterpartei Ceylons, deren Führer Genosse Samarakkody ist, brüderliche Beziehungen bestehen. Wir halten es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Übersetzung des Artikels nicht autorisiert ist; dies ist erforderlich, weil wir schon mehrmals feststellen mußten, daß Übersetzungen des Spartacusbundes aus dem Englischen nicht nur ungenau sind, sondern zuweilen sinnentstellende Fehler oder gar fälschende Passagen enthielten (bis zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser *KK* konnten wir diese Übersetzung des Artikels von Edmund Samarakkody nicht überprüfen).

—nachdem sich die Sozialistische Kongreßpartei von der Kongreßpartei getrennt hatte, um eine unabhängige SP zu bilden —, ging er in das Raniganj-Gebiet, wo er die Steinkohlenarbeiter in den Bergwerken organisierte. Er wurde später zum Sekretär des Bankuragebietskomitees der SP gewählt. Er war einer der ersten Gewerkschafter, der von der westbengalischen Regierung aufgrund des Staatssicherheitsgesetzes festgenommen wurde. Nach seiner Freilassung wurde er aus dem Bankuragebiet ausgewiesen, aber er arbeitete illegal weiter.

1952, als die SP mit der Krishak Mazdoor Praja Partei, einer abgespaltenen Gruppe der Kongreßpartei, zur Sozialistischen Praja Partei fusionierte, trat er mit anderen Trotzkisten aus und arbeitete eine Zeitlang unter dem Banner der Sozialistischen Partei (Marxisten). Danach verlor er den Kontakt mit den trotzkistischen Gruppen, die in den verschiedenen Landesteilen existierten, und ließ sich in Bankura nieder, um unter der Landbevölkerung zu arbeiten."

Über die spätere Organisationsarbeit, die zur PSKS führte, schrieb Kolpe:

„Jha ist zum militanten Bauernführer geworden nach dem erfolgreichen Zehn-Tage-Streik von 15.000 Landarbeitern in 400 Dörfern des Bankuragebiets im November 1969.

Als Ergebnis des Streiks wurden die Tageslöhne nahezu verdoppelt - von zweieinhalb Kilogramm gedroschenen ungemahlenen Reis auf vier Kilogramm sowie zwei freie Mahlzeiten für einen Arbeitstag von acht Stunden. Aber sie erhielten ihre Löhne nur während der Säh- und Erntezeit. In der Zeit von Januar bis Juni waren sie zur Untätigkeit verurteilt."

Er zitiert Jha, der gesagt hatte:

„Die Großgrundbesitzer und reichen Bauern akzeptierten die Lohnerhöhung, weil der Streik während der Erntezeit stattfand. Aber nun beginnen sie eine Offensive. Alle Tricks werden versucht, um die Armen des Landes von der PSKS fernzuhalten.

Es gibt Gerichtsklagen gegen 83 Mitglieder der PSKS, zu denen auch ich gehöre. Die Anklagen gehen vom Aufruhr bis zu illegaler Landbesetzung, Waffengebrauch und Anstiftung zur Gewalttätigkeit. Wir wurden von der Polizei in der Zeit der Volksfrontregierung angeklagt, die nun nicht mehr besteht. Aber die Verfolgung bleibt natürlich, nachdem der Gliedstaat unter die Zentralgewalt gestellt wurde."

Das Programm der PSKS enthält eine Anzahl von lebensnotwendigen Reformforderungen wie gesetzlicher Mindestlohn, Beschäftigung während des ganzen Jahres, volles Entgeld bei Arbeitslosigkeit, Invalidenbeihilfe, Landverteilung, freie medizinische Versorgung und Erziehung, aber auch Forderungen wie „Nationalisierung der großen Industrien in den städtischen Gebieten, um das Monopol der Kapitalistenklasse über sie zu zerschlagen, Nationalisierung aller bedeutsamen Produktionsmittel und der Verteilung einschließlich des Transportwesens, Groß- und Außenhandels sowie des Handels überhaupt und der Kreditinstitute unter Leitung von Arbeitern durch gewählte Arbeiterkomitees in allen Unternehmen".

Die Forderungen spiegeln die ungeheure Armut, die in Westbengalen existiert, wider, indem Dinge gefordert werden, die in vielen halbindustrialisierten kapitalistischen Ländern gesichert sind. Jedoch ist weder bei den Forderungen bezüglich der Landverteilung noch bei der Forderung nach Nationalisierung der Industrie die Bedingung „entschädigungslos" genannt. Das ist jedoch sehr bedeutsam, um die Forderung der Trotzkisten nach *Enteignung* zu unterscheiden von der bürgerlichen Nationalisierung, die von sozialdemokratischen und stalinistischen Reformisten vorgeschlagen wird.

Hinzu kommt, daß keine Forderungen zur politischen Macht erhoben werden, d.h. für die Zerschlagung der kapitalistischen Herrschaft durch eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Kolpe zitierte Jha, der feststellte: „Solange wir kein festes Bündnis mit den arbeitenden Armen und der städtischen Arbeiterklasse herstellen, können wir unseren Kampf nicht gewinnen". Sogar wenn die SWPI eine gesunde revolutionäre Partei gewesen wäre, hätte es eine starke Basis im Proletariat von Kalkutta erfordert, um die Massenorganisierung der Landarbeiter zu unterstützen und mit der Führung der Arbeiterklasse zu verbinden. Wäre die Kontinuität des revolutionären Trotzkismus in Indien nicht unterbrochen, wäre die trotzkistische Bewegung nicht völlig desorientiert und einem tödlichen Schlag durch zwei Jahrzehnte Liquidatorentum ausgesetzt, so könnte eine genuin marxistische Partei sehr wohl an der Spitze des indischen Proletariats stehen. In einem solchen Falle hätten die mutigen Versuche des Genossen Jha, die Landarbeiter zu organisieren, nicht in einer Niederlage geendet.

Die Verteidigung des Genossen Jagadisch Jha ist nicht nur notwendig wegen der staatlichen Unterdrückung der Aktivitäten der PSKS, die — trotz ihrer Beschränkungen — eindeutig im Interesse der Unterdrückten und Ausgebeuteten erfolgten.

Sie ist auch erforderlich, weil Genosse Jha und seine Mitkämpfer von ihren „Genossen" in der CLI und im VS kläglich und gemein aufgegeben wurden. Die Verteidigung des trotzkistischen Veteranen und tapferen Kämpfers für die Sache der Arbeiterklasse und ausgebeuteten Bauern ist eine elementare Pflicht für alle Sozialisten und ein notwendiger Bestandteil für den Kampf um den Wiederaufbau der Vierten Internationale auch in Indien.

Spenden mit dem Vermerk: *Jha Verteidigung* auf das Konto: Wolfgang Hohmann, 1 Berlin 15, PSchA BlnW, Nr. 503 57-107.

KORREKTUR

Im Extra-Blatt der *Kommunistischen Korrespondenz* zum 8. Mai 1975 schrieben wir (auf S. 4), daß die „Bürokratie des sowjetisch deformierten Arbeiterstaates" nur imstande war, in dem von den sowjetischen Truppen besetzten Teil Deutschlands „einen degenerierten Arbeiterstaat zu schaffen". Hier haben wir die Begriffe vertauscht. Während *Sowjetrußland* unter Lenin und Trotzki bis 1923 ein gesunder Arbeiterstaat war und erst der Sieg der Stalinisten in Partei und Staatsapparat die *bürokratische Degeneration* bedeutete, entstand in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, der späteren *DDR*, ein *von Anfang an deformierter Arbeiterstaat.*

Auf S. 5 dieses Extra-Blattes schrieben wir, daß die Bürokratien der Sowjetunion und der VR China keinen Beitrag zum „Wiederaufbau der Kommunistischen Internationale" anmelden könnten. Diese Formulierung ist mißverständlich. Die Komintern ist vom Stalinismus als revolutionäre Kraft politisch zerstört worden; sie wurde unter der Führung der stalinistischen Bürokratie zur Agentur der Konterrevolution in den Reihen der Arbeiterbewegung. Das erforderte die Umorientierung der internationalen Linken Opposition von der Reform der Komintern zum Aufbau einer neuen, der Vierten Internationale. — Mit unserer Formulierung wollten wir zum Ausdruck bringen, daß die stalinistischen Bürokratien erstens nicht an der Tradition der Leninschen Komintern anschließen und zweitens als nationalbornierte Kräfte bestehen und keineswegs über ein internationales Organisationsverständnis verfügen.

Eine Richtigstellung zur Kommunistischen Volkszeitung

Nicht Volksentscheid, sondern Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den § 218!

In der *Kommunistischen Volkszeitung* Nr. 16 (24. April 1975) lesen wir in dem Artikel „1 500 diskutierten, wie das Recht auf Abtreibung durchgesetzt werden kann“:

„Die Ortsgruppe Westberlin des KBW hat in einer Situation, in der die Bewegung gegen den § 218 vielfältig aber zersplittert und gespalten ist, die Initiative ergriffen und für eine Anzeige in einer Westberliner Tageszeitung zu einer Diskussionsveranstaltung über das weitere Vorgehen gegen den § 218 gezielt etwa 70 Unterschriften gesammelt. Darüber hinaus wurden alle politischen Organisationen, Zusammenschlüsse von Jugendlichen und von Frauen angeschrieben mit der Aufforderung, ebenfalls zu dieser Veranstaltung aufzurufen und dort ihre Vorstellungen über das weitere Vorgehen im Kampf gegen das Abtreibungsverbot darzulegen. Das wurde aber von keiner der Organisationen verstanden und genutzt.“

Das Ergebnis dieser von den Organisationen des „Volkes“ nicht „verstandenen“ Veranstaltung bestand in einer Komiteegründung „Volksentscheid gegen den § 218“, in dem dann auch die Genossen des KBW unter sich blieben.

In der gleichen Ausgabe der *KVZ* finden wir eine Darlegung der Positionen der auf der Veranstaltung anwesenden Organisationen — so kurz und verzerrt niedergeschrieben, wie es nur geht. Auch die Trotzkistische Liga Deutschlands entgeht diesem Schicksal nicht. Die *KVZ* schreibt:

„Die Trotzkistische Liga Deutschlands, eine Organisation, die nichts hinter sich und nichts vor hat, verstieg sich zu der Erwägung, daß es doch bedenklich sei, einen Volksentscheid durchzuführen, denn damit sei noch lange nicht gesichert, daß der § 218 fällt. Es könne ja eine Mehrheit für den § 218 herauskommen.“

Der vom KBW so wiedergegebene Beitrag einer Genossin der Trotzkistischen Liga Deutschlands ist ein erneutes anschauliches Beispiel für stalinistische Fälscherkunst. Die Position der Trotzkistischen Liga Deutschlands, die sich in der Nummer 2 der *Kommunistischen Korrespondenz* „Frauenfrage und revolutionärer Marxismus“ und in unserem Extra- Blatt zum 1. Mai nachlesen läßt, ist folgende:

„Nur die ersatzlose Streichung des § 218 und die kostenlose Abtreibung würden eine Verbesserung für die Frau und vor allem die proletarische Frau bringen.

Die Unterdrückung der Frau ist eine *doppelte* Unterdrückung. Als Proletarierin wird sie ausgebeutet und unterdrückt. Bis heute ist die Forderung nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit[4] nicht erfüllt. Gleichzeitig wird jedoch die Frau durch die bürgerliche Familieninstitution unterdrückt. Diese sexuelle Unterdrückung geht zwar durch alle Klassen hindurch, doch sie trifft besonders die proletarische Frau, hält sie in Unmündigkeit und Abhängigkeit; sie bewirkt die Spaltung der Arbeiterklasse, ihre Atomisierung und Individualisierung. Das Abtreibungsverbot ist ein wesentliches Moment der bürgerlichen Familienideologie. Im Kampf gegen die Unterdrückung der Arbeiterin geht es nicht nur gegen die Diskriminierung der Frau im Produktionsprozeß, nicht nur gegen einige undemokratische Gesetze. Dieser Befreiungskampf richtet sich gegen die Institution der bürgerlichen Familie und das sie tragende System insgesamt. Alle Ehe- und Scheidungsgesetze müssen ab geschafft werden; die Haushalts- und Erziehungsfunktionen der Familie müssen kollektiv in der sozialistischen Kommune organisiert werden. Dieser Kampf für die Befreiung der Frau ist ein wesentlicher Bestandteil des proproletarischen Kampfes für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, für die Diktatur des Proletariats. Es ist eine reaktionäre Utopie, die Befreiung der Frau unter kapitalistischen Bedingungen erreichen zu wollen. Es ist die Politik von Kapitulanten, den Kampf gegen die Unterdrückung der Frau zu reduzieren auf ökonomische und demokratische Forderungen. Kommunisten organisieren die revolutionäre Sprengkraft der unterdrückten proletarischen Frauenmassen! Es gibt keinen reformistischen Weg zur Befreiung der Frau (über einen Volksentscheid o.ä.), sondern nur der revolutionäre Kampf für eine Regierung der Arbeiterklasse ist ein wirklicher Schritt vorwärts zur Befreiung aller Unterdrückten“ *(Kommunistische Korrespondenz,* Extra-Blatt zum 1. Mai 1975).

Die Genossin der Trotzkistischen Liga Deutschlands hat des weiteren erwähnt, daß es die Aufgabe von Kommunisten ist, *gegen die Streichung* von Resten plebiszitärer Elemente aus bürgerlichen Verfassungen zu kämpfen. Niemals aber kann es die Aufgabe von Kommunisten sein, plebiszitäre Elemente bürgerlicher Demokratie — wie Volksentscheid, Volksbegehren, Direktwahl usw. — als Kampfziel aufzustellen. Wir wollen keine demokratische Verfassung erzwingen, sondern den bürgerlichen Staat samt seiner scheindemokratischen Verfassung zerstören. Die Massen von sozialdemokratischen Arbeitern, deren Bewußtsein noch in demokratischen Reformgedanken gefangen ist, können für den revolutionären Kampf nicht dadurch gewonnen werden, daß die Kommunisten sich als die radikaleren Demokraten und Reformisten verkleiden, wenngleich der KBW da keiner Verkleidung bedarf. Kommunisten müssen gegen die Illusionen der Arbeiter ankämpfen und sie zu einem Bewußtsein von ihrem wahren Sein und ihren wirklichen Aufgaben führen.

Das vorhandene Mittel des Volksentscheides könnte natürlich unter Umständen auch für den Kampf gegen den § 218 ausgenutzt werden. Kommunisten würden einer solchen Initiative ihre kritische Unterstützung nicht verweigern. Eine *kritische* Unterstützung aber wäre es deswegen, weil Kommunisten nicht einfach gute Demokraten sind und Zusehen, wie die die Mehrheit des Volkes entscheidet. Wir Kommunisten wissen: Die herrschende Ideologie ist die Ideologie der herrschenden Klasse; und gerade in der bürgerlichen Demokratie muß die Bourgeoisie die ausgebeuteten und unterdrückten Massen ideologisch in ihr Herrschaftssystem integrieren. Und weiter: Sollte vielleicht die Kommunistische Partei über die proletarische Revolution das Volk per Mehrheit entscheiden lassen? Wir sind sicher, daß bei der Masse von politisch zurückgebliebenen

Teilen des russischen Volkes die Oktoberrevolution mittels Volksentscheid nicht hätte stattfinden können.

Was hat der KBW vor?

Der KBW erklärt nun die Notwendigkeit des Volksentscheides gerade daraus, daß nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, „alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten abgeschnitten" seien, daß es jetzt darum ginge, „den erklärten Willen" des Volkes „gegen die herrschende Gewalt zur Geltung zu bringen". Im gleichen Zusammenhang entgegnet der KBW einem Argument des Spartacusbundes, daß man im Kampf ja nicht ausnutzen könne, was es gar nicht gäbe, daß der Spartacusbund wohl „den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen" (!) nicht „die Mittel" zubilligen wolle, „die sie brauchen, um zu siegen."

Die Logik ist folgende: Den Volksentscheid gibt es nicht; die Massen müssen aber ihren erklärten Willen gegen die herrschende Gewalt zum Ausdruck bringen; sie benutzen dabei die „Mittel, die sie brauchen, um zu siegen". Alle Marxisten sind verwirrt. Ist der Volksentscheid für den KBW nun Hebel zur Revolution? Oder geht es doch nur um eine Reform? Der KBW bleibt sich die Antwort schuldig. Wir glauben jedoch, daß die letzte Variante den Standort des KBW am korrektesten beschreibt. In seiner Broschüre „Weg mit dem § 218! Das Volk soll selbst entscheiden!" lesen wir auf S. 10:

> „Das Verfassungsgericht versteht seinen Spruch als unumstößlich. Es geht davon aus, daß nicht das Volk, sondern die Bourgeoisie die Macht hat. Das Urteil kann also nur revidiert werden, der § 218 kann nur revidiert werden, wenn das Volk diesem Anspruch entgegentritt und selbst darüber entscheidet. Dies muß die Leitlinie im weiteren Verlauf des Kampfes gegen den § 218 werden: Weg mit dem § 218! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!"

Durch demokratisches Gepränge versucht der KBW seinen Tageslosungen höheres Niveau zu verleihen. Doch wie mit den anderen Losungen des KBW verhält es sich auch mit der des Volksentscheids. Sie alle entbehren jeder vorwärtstreibenden Dynamik. Sie zielen auf eine plebiszitäre Demokratie, wobei anzumerken ist, daß Plebiszite keineswegs einen besonders radikaldemokratischen Charakter haben, sondern oftmals Element bonapartistischer Herrschaftsformen sind. Oder die Losungen stellen eine trügerische Formulierung des revolutionären Prozesses dar, eine verzerrt falsche Vorstellung der Übergangsprogrammatik. In ihren Ergebnissen bleiben sie deshalb im Reformismus stecken. Sie wagen nicht, den bürgerlichen Staat anzugreifen.

Niemals stellt der KBW den Kampf gegen den § 218 in den Zusammenhang mit der allgemeinen gesellschaftlichen Unterdrückung der Frau. Lediglich ihre besonders scharfe Ausbeutung im Produktionsprozeß wird von ihm erwähnt. Der Kampf gegen den § 218 muß aber von Anfang an auch ein Kampf sein für die Befreiung der Frau von einer sie unterdrückenden Gesellschaftsordnung. Der Kampf gegen den § 218 muß ein revolutionärer Kampf sein. Revolutionärer Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung heißt proletarische Klassenmobilisierung. Auch im Kampf gegen den § 218 sind nur die Kampfformen der proletarischen Massenmobilisierung, angefangen von politischen Streiks bis zum Kampf um die Staatsmacht, entscheidend.

Es scheint klar zu sein, welche Organisation was „vor hat": die Trotzkistische Liga Deutschlands hat vor, die revolutionäre Avantgarde des Proletariats zu errichten — der KBW hat vor, die Volksmassen, nach denen er schreit, in den Sumpf zu führen.

Es gibt allerdings auch eine revolutionäre Stimme in der Broschüre des KBW. Es ist die der noch revolutionären, noch nicht mit reformistischen Volksbegehren als Waffe gegen den §218 arbeitende KPD von 1922. Die Stellungnahme der KPD zu den § 218 und § 219 des Strafgesetzbuches endet mit dem Absatz:

> „Die heutige kapitalistische Gesellschaft ist nicht mehr imstande, ihren Sklaven das nackte Leben zu sichern, sie ist nicht imstande, ihnen das primitivste *Recht des Menschen auf Fortpflanzung und Vermehrung* zu gewährleisten. Wir kämpfen für die *Beseitigung dieser Schandparagraphen,* die sich gerade gegen die Frauen richten. Wir wollen an ihrer Hand die proletarischen Frauen *gegen die heutige Gesellschaftsordnung mobilisieren*, sie für den Klassenkampf gewinnen. Aber der Widerspruch, der in der der ganzen Gesellschaftsordnung liegt, und auch in dieser Frage wieder an die Oberfläche kommt, kann nur mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst vollständig beseitigt werden. *Wir mobilisieren damit die Frauen zum Kampfe gegen die ganze Gesellschaftsordnung des Kapitalismus.* "

Dieses Zitat aus der revolutionären Kampfzeit der KPD — vor ihrer Stalinisierung — zeigt übrigens auch klar, was die Trotzkistische Liga Deutschlands „hinter sich hat": die revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung — im Gegensatz zum KBW, dessen demokratisches Gelaber eine andere Tradition hat: die des stalinistischen Menschewismus, der sich in demokratischen Etappen ausdrückt; der KBW hat nichts anderes hinter sich als Kleinbürgerlichkeit.■

Der „Internationalismus" des Spartacusbundes

Zentrale Parole des Spartacusbundes, die er zur Kennzeichnung seiner internationalen Ausrichtung benutzt, ist die Losung des Wiederaufbaus der Vierten Internationale. Diese Parole ist jedoch für die Politik dieser Organisation vollständig konsequenzenlos, sie ist nichts als Phrase. Wenn sie sich nicht „vermitteln" läßt, wird sie aufgegeben oder durch beliebige andere Formeln ersetzt; so stand beispielsweise im Aufruf zu dem „kommunistischen Wahlbündnis" für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen die Losung „Für den Aufbau der Vierten Internationale". Während die internationale Spartacist Tendenz mit der Perspektive des Wiederaufbaus der Vierten Internationale gleichzeitig eine positive Stellung zur Gründung der Vierten Internationale bezieht, ebenso wie sie die Ursachen für die Herausbildung des pabloistischen' Revisionismus benennt, bezeichnet die Beliebigkeit des Spartacusbundes sein erstes Charakteristikum: internationale Gleichgültigkeit.

Diese internationale Gleichgültigkeit ist nicht zufällig, denn der Spartacusbund ist eine nationale Organisation ohne wirkliche internationale Perspektive; er ist eine im wesentlichen nationalbornierte (und d.h. als Konsequenz: antitrotzkistische) Organisation. An allen Knackpunkten seiner kurzen Geschichte (er besteht seit Februar 1974) hat er sich politisch definiert, ohne international Stellung zu beziehen.
Die Verhandlungen, die zur Fusion zwischen den Organisationen Spartacus/BL und K(J)0 Spartacus führten, blieben von internationalen Problemen unberührt; mögliche internationale Differenzpunkte — wie die Nah-Ost-Frage — tauchten in der Diskussion dieser Organisation als Eintagsfliegen auf; für die „praktische" Politik dieser Organisation waren sie ohne jegliche Bedeutung. Der Spartacusbund hat nach längerer Diskussion seine politischen Perspektiven in einem Dokument taktischen Charakters („Grundlinien der Politik des Spartacusbundes in der nächsten Periode") festgelegt — ohne ein Wort zu verlieren, das den internationalistischen Schein aufrechterhalten würde. Schließlich hat sich der zentristische Sumpf fraktionell differenziert - jedoch definiert sich keine Fraktion mit einer internationalistischen Silbe.
Die Diskussion und Entscheidung über seine internationale Orientierung hat der Spartacusbund seit seiner Gründung vertagt — sie wird kaum vor seinem Untergang erfolgen.

Enthaltsamkeit und Ersatz-Internationalismus

Ist der Spartacusbund gleichgültig gegenüber den realen Problemen des Wiederaufbaus der Vierten Internationale und haben diese Probleme keine Bedeutung für sein inneres Leben als Organisation, so verwundert nicht, daß seine politischen Stellungnahmen zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung in den für Revolutionäre entscheidenden Punkten enthaltsam sind. Der Spartacusbund schwafelt in seinem Zentralorgan über die fernen Völker, die aufeinander schlagen, er berichtet von den internationalen Arbeiterkämpfen. Er bringt es fertig, in Ausgabe für Ausgabe über England und Nah-Ost, über Portugal und Chile zu schreiben; doch bestenfalls findet sich eine Entlarvung von Sozialdemokratie und Stalinismus — einen Eingriff in die Auseinandersetzung vorgeblich revolutionärer Organisationen, d.h. den Kampf um die revolutionäre Führung, sucht der Leser jedoch vergeblich. Der Spartacusbund hat kein Verständnis von internationaler Umgruppierung mittels propagandistischen Kampfs zur Gewinnung der internationalen Vorhut für den Wiederaufbau der Vierten Internationale. Er ist eine Organisation des internationalen Abstinenzlertums.

Die reale Kluft zwischen nationalbornierter Abstinenz und vorgeblichem Internationalismus deckt der Spartacusbund mit einem Ersatz-Internationalismus zu: die Organisierung praktischer Solidarität, eine gewiß lobenswerte, weil notwendige politische Arbeit. Doch beim Spartacusbund hat sie Alibifunktion. Ohne reale internationalistische Perspektive pendelt er zwischen praktischem Minimalismus und substanzloser Phrasendrescherei. Ersteres findet sich exemplarisch in seiner Kindergeldkampagne, die sich auf der Ebene ökonomischer und demokratischer Minimalforderungen bewegte („Keine Kindergeldreduzierung für Ausländer", „Gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer"); zweitens beispielsweise in der Chile-Solidarität („Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Chile", „Wirtschaftsboykott durch die Bundesregierung bis zum Sturz der Junta") — die proletarische Klassenlinie des revolutionären Internationalismus findet sich nicht in diesen praktischen Solidaritätskampagnen; hier schwankt der Spartacusbund nicht zwischen Marxismus und Reformismus, hier herrscht praktischer Reformismus (offene Abtrennung eines Minimalprogramms, Vertrauen in bürgerliche Regierungen, keine unabhängige Mobilisierung des Proletariats um seine Klassenforderungen).

Prinzipienlose Blockbildung

Die taktische Grundlinie des Spartacusbundes im letzten Jahr war die Politik prinzipienloser Blockbildung (klassenkämpferische Gewerkschaftsblöcke am I. Mai, gemeinsame Betriebszeitungen von konkurrierenden linken Organisationen, Wahlblock von Zentristen und Reformisten). Diese Linie kennzeichnete auch die internationalistischen Vorstöße des Spartacusbundes. So Unterzeichnete der Spartacusbund den reformistischen Göttinger Aufruf der Chile-Komitees, er gab damit der chilenischen Unidad Populär Schützenhilfe, die er allerdings bisweilen korrekt als Volksfront bezeichnet

hatte. Er beteiligte sich an der Herausgabe einer Chile-Zeitung des Multinationalen Arbeiterkomitees Essen, in deren Schlagzeile das Militärregime in Chile als faschistisch bezeichnet wird; damit kapituliert der Spartacusbund vor kleinbürgerlich moralisierenden Charakterisierungen, die im schroffen Gegensatz zur materialistischen Analyse des Marxismus stehen. Es ist noch hinzuzufügen, daß der Spartacusbund in seinem Zentralorgan das Militärregime allerdings nicht als faschistisch bezeichnet hat. Inzwischen kennzeichnete aber die Berliner Ortsgruppe des Spartacusbundes in einem Flugblatt Ende April dieses Jahres das gegenwärtige chilenische Regime als faschistisch— Wende oder terminologischer Ausrutscher aufgrund des Drucks der „Bündnispartner“? Am ehesten Ausdruck seiner Gleichgültigkeit gegenüber prinzipiellen Fragen; ähnliches zeigte sich vor kurzem in Berlin bei einer Spanien-Solidäritätsveranstaltung: Während der Spartacusbund auf der einen Seite ein Komitee massiv unterstützt (d.h. dessen Propagandatätigkeit mitgetragen) hat, das in seiner Analyse die gesellschaftlichen Verhältnisse Spaniens als faschistisch bezeichnet, wird diese Position in seiner eigenen Analyse nicht geteilt. Überhaupt ist der permanente Propagandablock, der mit dem Multinationalen Komitee in Essen angestrebt und für andere Orte als exemplarisch hingestellt wurde, Ausdruck hilfloser Kapitulation - er beruhigt den internationalistischen Anspruch, man macht „praktische Unterstützung“ und hat ’was vorzuweisen — auch wenn die Organisation nationalborniert bleibt.

Dickster Hammer der internationalen Anwendung der opportunistischen nationalen Linie prinzipienloser Blockbildung war die Übertragung der Vorstellung einer linken Einheitskandidatur auf Frankreich: Alle Organisationen links von den die Volksfront tragenden Parteien sollten in den französischen Präsidentenwahlen einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen — also keine Kandidatur auf der Basis des revolutionären Programms war für Frankreich laut Spartacusbund erforderlich, sondern eine reformistisch-zentristische Sammlungsbewegung; der erste Gedanke dieser „Realpolitik“ ist die „praktische Alternative“ zu SP und KP, der zweite Gedanke eben derselben Realpolitik ist ihre Liquidierung: „Unterstützung Mitterands im zweiten Wahlgang“!! (siehe: *Spartacus* Nr. 4, Mai 1975). Kommentar überflüssig, ebenso wie beim nächsten Beispiel der Selbstentlarvung des Spartacusbundes. In seinem Zentralorgan Nr. 12 (Januar 1975) überträgt der Spartacusbund mit klarem Wunschdenken sein Einheitsgefasel auf spanische Organisationen und verkündet „POUM-Lucha Obrera-Fusion“, die Dokumentation der vermeintlichen Einigung ist ihm so wichtig, daß er eine Auseinandersetzung „aus Platzgründen“ verschiebt; doch statt einer Auseinandersetzung um programmatische Fragen muß in der folgenden Nummer eine gewundene Entschuldigung folgen, hieß es doch schon in dem in Nr. 12 von *Spartacus* publizierten Kommunique der spanischen Organisationen: „Diese Sitzung hatte nicht zur Grundlage, bestimmte politische Organisationen zu fusionieren...“! Man sieht, die Spartacusbund-Träume über Einheitskandidaturen und Fusionen sind international ebenso wenig wie national von Realität.

Die Leitthemen sind angeschlagen: Nationalborniertheit und Ersatz-Internationalismus, Gleichgültigkeit und prinzipienlose Blockbildung. Verfolgt man aber den Spartacusbund in der Ausführung dieser seiner Linie, so ertappen wir ihn bei weiteren Abweichungen, die ja auch für seine nationale Physiognomie kennzeichnend sind. Der Spartacusbund anerkennt abstrakt, daß der Kampf für den Aufbau der revolutionären Führung des Proletariats über einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen linker Organisationen gehen muß; doch er hat die Vorstellung, daß dieser Prozeß in einer solidarischen Diskussion erfolgt mit gegenseitiger Bereicherung; in einer aggressiven Umgruppierungsperspektive, d.h. in dem Versuch, durch scharfen Kampf konkurrierende Organisationen zu zerschlagen, weil sie Barrieren für den Aufbau der eigenen Organisation auf revolutionärer Programmatik sind, sieht der Spartacusbund eine „kleinbürgerliche“ Abweichung (daß dieser Gedankengang gleichzeitig mangelndes Vertrauen des Spartacusbundes in seine eigene Programmatik ausdrückt, verstehen wir als Revolutionäre sehr wohl). Diese als „offene Diskussionsbereitschaft“ kaschierte programmatische Angst verführte den Spartacusbund zu opportunistischen internationalen Manövern. So klopfte der Spartacusbund beim Vereinigten Sekretariat höflich an, Einlaß zu dessen 10. Weltkongreß erheischend, „um die internationale Diskussion voranzubringen“! Der Spartacusbund hat öffentlich seine Bereitschaft zur solidarischen Diskussion mit dem verrotteten Block pabloistischer Zentristen und Reformisten zum Ausdruck gebracht, einem Block, der gegenwärtig in der Weltbewegung eine bedeutsame Barriere für den Wiederaufbau der Vierten Internationale darstellt und dessen politische Zerstörung Aufgabe in der Verfolgung einer proletarisch-internationalistischen Perspektive ist.

Nachdem der Spartacusbund mit seiner Orientierung auf das Vereinigte Sekretariat (einige seiner ZK-Mitglieder erwogen den Eintritt in diese Organisation) auf den Arsch gefallen war, demonstrierte er allerdings dem interessierten Beobachter, daß er noch tiefer fallen kann: er beteiligte sich an der illustren Tee-Runde des prinzipienlosesten aller verrotteten Blöcke: an der Lutte Ouvriere-International Socialism-Konferenz. Dies war nicht das erste solcher Treffen dieser Runde; die Organisationen haben Tradition — der Spartacusbund kann sich nicht damit ’rausreden, daß er durch die Konferenz Klarheit gewonnen hat, daß solche Treffen sinnlos

Ausgeschlossene Trotzkistische Fraktion des Spartacusbundes tritt in die Trotzkistische Liga Deutschlands ein

Der Spartacusbund hatte auf seiner vierten Bundeskonferenz die Genossen der Trotzkistischen Fraktion aus seiner Organisation ausgeschlossen; wir berichteten in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 8 ausführlich darüber. In Diskussionen mit diesen ausgeschlossenen Genossen ergab sich eine programmatische Übereinstimmung zwischen ihnen und der internationalen Spartacist Tendenz, so daß alle Genossen der ehemaligen Trotzkistischen Fraktion des Spartacusbundes in die Trotzkistische Liga Deutschlands eingetreten sind. Konsequenz dieser Eintritte ist unter anderem, daß die TLD in Köln ein Organisationskomitee bilden konnte (das OK Köln der TLD hat folgende Anschrift: TLD, 5 Köln 1, Postlagerkarte 092 041 A).

Der Ausschluß der Trotzkistischen Fraktion aus dem Spartacusbund war der zweite Ausschluß einer prinzipiellen Linksopposition aus dieser Organisation in einem Zeitraum von weniger als einem Jahr. Und wie im ersten Fall hat sich diese Linksopposition zur Trotzkistischen Liga Deutschlands hin entwickelt; d.h. die TLD wird für revolutionäre Elemente, die den Weg zum Wiederaufbau der Vierten Internationale beschreiten, zum Pol der programmatischen Orientierung. Die Herausbildung der Trotzkistischen Fraktion im Spartacusbund bezeichnet eher den Beginn als das Ende der Zersetzung zentristischer Organisationen. Sie war folglich auch nicht die letzte Gruppierung, die zum revolutionären Marxismus und folglich zur TLD gestoßen ist. Die Integration der Trotzkistischen Fraktion des Spartacusbundes in die Trotzkistische Liga Deutschlands ist ein erster Erfolg für unsere programmatische Umgruppierungsperspektive, ein Schritt im Aufbau der deutschen Sektion der wiederaufzubauenden Vierten Internationale.

Die Zersetzung des Spartacusbundes hat im Mai dazu geführt, daß er Kräfte verloren hat, die bisher den rechten Flügel der Organisation, die „Bolschewistische Tendenz", getragen haben. Die Liquidierung dieser Tendenz bezeichnet das Ende ihres trotzkistischen Anspruchs, ihre Genossen werden sich in der ökonomistischen Handwerklerei der „betrieblichen Basisarbeit" verlieren. Für den Spartacusbund bedeutet der Abfall der rechtesten Elemente zweierlei: Einmal signalisiert er den Zusammenbruch seiner „konkreten" Orientierung in den „proletarischen Hochburgen" des Spartacusbundes (Essen, Gelsenkirchen); sein Versuch, eine Gewerkschaftsarbeit zu betreiben, die nicht vom revolutionären Programm angeleitet wird, sondern auf der Basis von prinzipienlosen Kompromissen mit Ökonomisten und Syndikalisten erfolgt, hat schließlich die unvermeidliche Konsequenz gezeitigt: die „Gewerkschaftskader" verlassen den Spartacusbund, weil die opportunistische Anpassung ohne den ideologischen Ballast eines vorgeblichen Trotzkismus reibungsloser erfolgen kann. Zum anderen haben die Elemente der „Tendenz 1", die ihren trotzkistischen Anspruch ernst nehmen und bereit sind, aus der praktischen Entwicklung ihrer Organisation zu lernen, die Chance, an der eigenen Erfahrung unsere Prognose zu überprüfen: die Orientierung des Spartacusbundes, wie sie auf seinen Konferenzen durch seine ideologischen Führer fest gelegt wurde (und das heißt: durch die Führer der zentristischen Tendenz 1), führt notwendig zur Herausbildung von offen liquidatorischen Kräften!

sind. Seit Jahren sind diese Organisationen in einem gemeinsamen Block auf der Basis der Ausklammerung aller Differenzen, die zwischen ihnen bestehen. Selbst in seiner Nationalborniertheit hätte der Spartacusbund zur Kenntnis nehmen können, daß es in Westdeutschland eine reformistische, ja sozialdemokratische Gruppe gibt, die Repräsentant dieses Blockes hierzulande ist: die SAG. Erklärtermaßen konstituiert sich dieser Block seit Jahren auf der Basis gegenseitiger Duldung der gegensätzlichsten Positionen. Der Spartacusbund berichtet in seinem Zentralorgan Nr. 11, Dezember 1974, daß er dieser Konferenz, d.h. Zentristen und Reformisten, „praktische Vorschläge zur Zusammenarbeit (internationale Betriebs- und Branchenkoordination) und zur Erhöhung der Verbindlichkeit der Konferenz" gemacht hat; diese Naivität grenzt an Dummheit, denn noch einmal, was seit Jahren ausdrücklich und öffentlich erklärte Basis aller bisherigen Teilnehmer dieser Konferenzen ist: sie sind unverbindlich, man tritt sich nicht zu nahe. Es überrascht uns nicht, daß der Spartacusbund gegenüber Sozialdemokraten auf dieser Konferenz den linken Pol darstellte; unter Blinden ist der Einäugige König. Nur halten wir eines fest: der Spartacusbund bleibt im Spektrum der auf der Konferenz vertretenen Positionen; seine Polemik gegen den „Nicht-Angriffspakt von LO und IS" und selbst gegen die Alibifunktion solcher Konferenzen für die Untätigkeit in der internationalen Arbeit sprengen nicht den Rahmen internationaler Unverbindlichkeit. Der Spartacusbund geht zu diesem unverbindlichsten aller Blöcke, weil er eines fürchtet: den Wiederaufbau der Vierten Internationale durch die internationale Spartacist Tendenz. Wir gehen sicher in der Annahme, daß selbst die schärfste Polemik gegen die LO-IS-Konferenz, zu der der Spartacusbund imstande ist, Lutte Ouvrier als Mentor dieser Konzeption von „Internationalismus" nicht hindern wird, weiter mit dem Spartacusbund solidarisch zu diskutieren; und auch der Spartacusbund braucht solche Kontakte weiterhin — als Alibi.

Keine klare politische Linie, sondern Impressionismus

Der Spartacusbund lebt nicht im scharfen Kampf um die revolutionäre Ausrichtung; die harmonische Vorstellung

gegenseitiger Bereicherung entspricht den unscharfen Konturen seiner Programmatik. Eine der Ursachen der zentristischen Schwammigkeit des Spartacusbundes ist sein — trotz nur einjähriger Existenz schon sprichwörtlicher — Impressionismus. Positionsänderungen und Purzelbäume machen das äußere Erscheinungsbild dieser Organisation wesentlich aus — immer mit Selbstkritik und Hinweisen auf die „neue Realität", versteht sich (Impressionismus ist das deutlichste Bindeglied des Spartacusbundes zum revisionistischen Pabloismus Mandelscher Art).

Einige ausgewählte Kostproben dieses Impressionismus sollen in der Spartacusbund-Einschätzung anderer Organisationen und Tendenzen hier gegeben werden: Während des letzten Jahres schwankte die Einschätzung von Lutte Ouvriere erheblich. Es begann im Mai, im Zentralorgan Nr. 4, vor den französischen Wahlen; LO wurde angegriffen, die Ablehnung der Einheitskandidatur bezeuge ein ultimatistisches Verhalten, LO schreibe keine Zeile vom revolutionären Programm und die Basis der Kandidatur von A. Laguiller sei mehr als mager. Ihre ansehnliche Stimmenzahl verführte jedoch den Spartacusbund dazu, einen „Wahlerfolg für die Trotzkisten" (ohne revolutionäres Programm, wohlgemerkt!) zu bejubeln; plötzlich entdeckte der Spartacusbund, daß LO eine Organisation sei, „die wie der Spartacusbund ausschließlich Arbeit auf die Arbeiter bezogen macht", der Spartacusbund war sichtlich bemüht, sich im Erfolg der 600 000 Stimmen zu sonnen; hätte LO einige Kritikpunkte des Spartacusbundes akzeptiert, „einer noch erfolgreicheren Wahlkampagne" für die „Trotzkisten und insbesondere (!!) Lutte Ouvriere" hätte nichts im Wege gestanden! In einem Flugblatt, das der Spartacusbund während des LO-Festes 1974 verteilt hatte, hat er Lutte Ouvriere nur noch Honig ums Maul geschmiert. Anläßlich der internationalen Konferenz von Lutte Ouvriere — dem Rausch über die 600 000 Stimmen folgte die Katerstimmung — wurden einige knurrige Bemerkungen zur Diskrepanz zwischen praktischer Politik von LO und Spartacusbund-Verständnis vom revolutionären Programm gemacht.

Ebenso schwankend steht das Bild zur amerikanischen Klassenführung beim Spartacusbund. Ein Brief aus San Francisco lobt im Zentralorgan Nr. 10 (November 1974) die SWP als Ausnahme gegenüber allen maoistischen und trotzkistischen Organisationen, die auf die Streiks der amerikanischen Arbeiterklasse — laut Spartacuspublikation — mehr oder weniger korrekt reagiert habe. Hätte der Spartacusbund nur einige linke amerikanische Zeitungen gelesen, so müßte er ein anderes Bild gewinnen. Wir haben nicht erwartet, daß er die Zeitung unserer amerikanischen Sektion, *Workers Vanguard,* regelmäßig liest, in der in dem zur Frage stehenden Zeitraum nahezu in jeder Ausgabe Beiträge über die Ereignisse und die Interventionen der SL-Genossen in San Francisco stehen. Daß sich aber der Spartacusbund auf einen Touristeneindruck beschränkt, ist jedoch der Gipfel des politischen Impressionismus. In *Spartacus* Nr. 12 (Januar 1974) wird dann die Class Struggle League in einem Interview vorgestellt — als einzige Organisation, die eine korrekte Politik betreibt. Daß die CSL in scharfer Front zur SWP steht, soll zumindest am Rande vermerkt werden.

Ebenso hilflos ist die Stellung des Spartacusbundes zu den internen Kämpfen im Vereinigten Sekretariat. In seiner ersten Ausgabe von *Spartacus* (Februar 1974) ist die Kompaß-Tendenz wohlwollend beurteilt worden; das Auftauchen der „Tendenz 4" wird begrüßt, man betont die „politische Klarheit", den „offensiven Kampf[4] der „Tendenz 4" - „ganz im Gegensatz zum ‚Kompaß[4] in der GIM..." (Nr. 11, Dezember 1974); der Spartacusbund sieht in den Positionen der „Tendenz 4" große Schärfe und Präzision — wohl eine Ursache dafür, daß die Tendenz inzwischen zerfallen, einige Militante ausgeschlossen und wenige den Weg zur internationalen Spartacist Tendenz gefunden haben!? Klären wir den Spartacusbund auf: „Tendenz 4" war eine Sammelsurium, ein Sumpf, in dem sich verschiedene Tendenzen zusammenfanden (aufgrund von Mindestbestimmungen zur Tendenzbildung in der FCR!). Zwar wurde diese Tendenz als linke Opposition anerkannt, aber sie umschloß Kräfte wie die Anhänger der „leninistisch-trotzkistischen Fraktion" des Vereinigten Sekretariats, der internationalen Rechtsopposition, geführt von der amerikanischen SWP, ebenso wie Anhänger der Ansichten der OCI! So widersprüchlich wie die Zusammensetzung der „Tendenz 4" war, so inkonsistent waren auch ihre Dokumente. Während die „Tendenz 4" auf der einen Seite Gruppierungen in den Gewerkschaften forderte, die das Übergangsprogramm als Grundlage ihrer praktischen Arbeit haben sollen, und die Vorstellung der OCI von einer „strategischen Einheitsfront" angriff, unterlag sie auf der anderen Seite dem Druck sowohl der Anhänger der OCI als auch des linken Flügels der LTF (der spanischen Liga Comunista), indem sie die „strategische Linie der Einheitsfront" betonte. Obwohl allein die „Tendenz 4" die Union de la Gauche als eine Volksfront charakterisierte, konnte sie sich keine Klarheit darüber verschaffen, wie die Revolutionäre sich bei den Wahlen 1973 und 1974 verhalten sollten. Gegen die deutsche Sumpforganisation Spartacusbund können wir also betonen: der Sumpf der „Tendenz 4" besteht nicht mehr, die linken Kräfte, die in ihm waren, wurden von uns rekrutiert. (Zur Geschichte des fraktionellen Kampfes in der französischen VS-Sektion siehe: *Spartacist*, deutsche Ausgabe, Nr. 3, März 1975.)

Arbeiterfetischismus und Feindschaft gegenüber der internationalen Spartacist Tendenz .

So läßt sich die Konstante bezeichnen, die im hilflosen Schwanken des Spartacusbundes in internationalen Fragen aufzufinden ist (auch national ist die Abweichung des Spartacusbundes vom revolutionären Programm wesentlich „workeristisch", siehe die Analysen in: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 4, Juli 1974). „Workerismus" und nicht Bezugnahme auf das Übergangsprogramm kennzeichnet die Abgrenzung des Spartacusbundes von den Vereinigten Sekretariat (sowohl von der Mehrheit als auch von der Minderheit), d.h. seine Kritik ist rein soziologisch, nicht marxistisch. Die Orientierung auf die „reine" Arbeiterbewegung, d.h. der Antileninismus in proletarischer Maskierung, war die Grundlage für die vorübergehende Euphorie über die Kompaß-Tendenz (zum Charakter des GIM-Kompaß siehe: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 5, November 1974). Der Spartacusbund erlaubt in seiner Organisation allen Genossen jegliche Abweichung; nur der leninistische Kampf gegen Ökonomismus und Syndikalismus wird unterbunden, Genossen, die sich der internationalen Spartacist Tendenz, d.h. dem Trotzkismus, genähert haben, wurden bisher stets ausgeschlossen. Die Fraktionierung im Spartacusbund (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 8, April 1975), die eine Links- Rechts-Polarisierung (d.h. eine Differenzierung zwischen Zentristen und Reformisten) bedeutete, hätte, nähmen die Genossen sich selbst ernst — was man nicht unbedingt erwarten kann —, zu einer Differenzierung in den Ansätzen der internationalen Orientierung geführt. Eine logische Entwicklung wäre gewesen: Der rechte Flügel der Organisation, die sogenannte „Bolschewistische Tendenz", versucht sich weiterhin an extrem „workeristische" Organisationen

anzulehnen; die Zentristen der „Tendenz 1“ dürften gegenüber allen gegenwärtig bestehenden internationalen Tendenzen Kritik haben und über die Organisierung einer eigenen internationalen Tendenz träumen. Die gegenwärtige Führung der Organisation, d.h. die Frankfurter „Tendenz 2“, die zwischen den Stühlen sitzt, garantiert das Weiterwurschteln in der Unverbindlichkeit, die Fortsetzung des platonischen Internationalismus. Trotz der internen Differenzierung bleibt aber die Basis für die bisherige Politik erhalten. Aas sang- und klanglose Ableben der „Bolschewistischen Tendenz“ ändert an der internationalen „Orientierung“ des Spartacusbundes kein Deut: Er wird weiterhin aufgrund seines Arbeiterfetischismus seine zwiespältige Vorliebe für Lutte Ouvriere pflegen. Vor allem aber wird der Block mit der amerikanischen Class Struggle League gedeihen; beide Organisationen, Spartacusbund und CSL, die weder eine nationale noch eine internationale Perspektive vor sich haben, werden sich in ihrer Agonie verzweifelt aneinanderklammem. Die CSL ist eine Sekte, die selbst alle möglichen Widersprüche in sich birgt, diese Organisation ist sowohl für den Wiederaufbau der Vierten Internationale wir für den Aufbau der Fünften Internationale; in ihr gibt es Kräfte, die die Mao- Fraktion in der Kulturrevolution unterstützten, ebenso wie es Mitglieder gab, die weder Mao Tse-tung noch Liu Schaotschi unterstützten, auf die Unterstützer der sowjetischen Intervention beim ungarischen Aufstand 1956 sei ebenfalls hingewiesen. Ein führender Genosse der CSL vertritt öffentlich die Ansicht, daß Angehörige des bewaffneten Apparates des bürgerlichen Staates wie der Polizei Mitglieder der Avantgardeorganisation sein können! Was der Spartacusbund mit dieser Gruppe von Desperados gemeinsam hat, ist die syndikalistische Abweichung vom revolutionären Programm; revolutionäre Umgruppierung wird als Abwendung von der Arbeiterklasse verstanden. Der Spartacusbund zitiert einen „linken“ Vertreter der CSL (es gibt weit rechtere, und es gibt vor allem „Freiheit der Kritik“): „Wir versuchen ein Netz von Gewerkschaftszellen aufzubauen, in denen auf der Basis der Einheitsfront oppositionelle Kräfte Zusammenarbeiten“ (*Spartacus* Nr. 12, Januar 1975). Das ist Liquidatorentum in der Praxis, die Ersetzung des revolutionären Programms durch die „Einheitsfront“. Das ist die Perspektive von Opportunisten, Kapitulanten und Verrätern. Gegen alle Mistkübelsekten, gegen Nationaltrotzkismus und verrottete internationale Blöcke gibt es nur einen Weg:

Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale durch die internationale Spartacist Tendenz!

Organe der internationalen Spartacist Tendenz



Säuberung der französischen VS-Sektion

LCR schließt Trotzkisten aus

Einmal mehr hat Mandels „Vierte Internationale" - die nichts anderes ist als ein prinzipienloser Block zwischen der reformistischen Trotzkistisch-Leninistischen Fraktion (TLF), deren Hauptprotagonisten die Sozialistische Arbeiterpartei (SWP) in den USA und die argentinische Sozialistische Arbeiterpartei (PST) sind, und der zentristischen Internationalen Mehrheitstendenz - in ihrer jüngsten Geschichte bewiesen, daß sie Trotzkisten, die für den Wiederaufbau der Vierten Internationale kämpfen, nicht innerhalb ihrer Sektionen dulden kann.

So hat kürzlich die Revolutionär-Kommunistische Liga (LCR), französische Sektion des „Vereinigten" Sekretariats (VS), einen Kandidaten ihres Zentralkomitees ausgeschlossen. Daß der Genosse Lafitte nicht wegen eines Disziplinbruchs, sondern wegen seiner politischen Positionen ausgeschlossen wurde, geht eindeutig aus einer Erklärung des Politbüros zur Entscheidung des Zentralkomitees vom 25. April 1975 hervor. Das Politbüro versucht den Ausschluß folgendermaßen zu rechtfertigen:

> „Übrigens dürfte es innerhalb der Organisation schwere Konsequenzen haben, falls die Erklärung von Lafitte toleriert wird... Wenn Gen. Lafitte, Kandidat des ZK, in der Organisation bleibt, versteht es sich von selbst, daß seine Konzeption in der ganzen Organisation als Vorbedingung vor jeder anderen Diskussion debattiert werden muß."

Die LCR kann es sich jedoch nicht leisten, die Geschichte des Pabloismus, die eine Geschichte des Verrats am authentischen Trotzkismus darstellt, offen zu diskutieren. Ihr bleibt nichts als der bürokratische Ausschluß, von jeher beliebtes Mittel von Stalinisten und Bürokraten, um eine Opposition zu unterdrücken. Die Führung der LCR hatte jedoch erhebliche Schwierigkeiten, der Basis ihrer Organisation diesen Ausschluß zu vermitteln. So mußte sie auf bürokratische Art und Weise die Gewerkschaftszelle, die Zelle bei Renault, in der* Genosse Lafitte arbeitete, auflösen, weil sich keine Mehrheit für seinen Ausschluß fand. Darüber hinaus haben auf der Generalversammlung der Sektionen 23, 31 und 32 die Zellen, die im Sekundärsektor arbeiten, besonders aber die Zelle der Banque Nationale de Paris Anträge eingebracht, die das ZK wegen seiner bürokratischen „unannehmbaren" Methoden verurteilt und die Reintegrierung von Lafitte verlangt. Diese Anträge sind angenommen worden.

Derartige Meinungsäußerungen der Basis kümmerten die Führung der LCR jedoch herzlich wenig. Nach dem Ausschluß von Lafitte mußten alle Mitglieder der Zelle bei Renault eine Erklärung unterschreiben, nach der sie auf jeden Oppositionskampf in Zukunft verzichten. Man sieht, die LCR in den Fußstapfen der stalinistischen Epigonen!

Kein einziges Mitglied oder Sympathisant der Trotzkistisch-Leninistischen Fraktion in Frankreich, einschließlich ihrer Sympathisanten im ZK der LCR, hat seine Stimme erhoben, um gegen den Ausschluß von Lafitte zu protestieren. Dies zeigt die politische Unernsthaftigkeit der TLF als auch der SWP, die nur dann, wenn es um ihre eigene Tendenz geht, ein großes Geschrei erheben über den Mangel an interner Demokratie in den Sektionen des VS.

Genosse Lafitte und zwei andere Genossen, die seine Positionen teilten, hatten noch vor seinem Ausschluß die Bolschewistisch-Leninistische Fraktion für den Wiederaufbau der Vierten Internationale (FB-L) gegründet (die Fraktionserklärung sowie weitere Informationen in: *Spartacist,* edition francaise No. 9, mai 1975). Die LCR begnügte sich dann auch nicht mit dem Ausschluß des Genossen Lafitte; das ZK nahm am 10./11. Mai einen Antrag an, in dem die Zellen der LCR aufgefordert wurden, alle jetzigen Mitglieder und alle Genossen, die in der Zukunft ihre Übereinstimmung mit den Positionen der FB-L erklären sollten, auszuschließen.

Genosse Lafitte kämpft schon lange Jahre in der französischen Sektion des VS. Er spielte als Militant eine große Rolle bei den Arbeitern und Angestellten im Banksektor, und zur Zeit seines Ausschlusses war er Mitglied der Zelle bei Renault. In den Wahlen 1973 stellte ihn die Vorläuferorganisation der LCR (Revolutionär-Kommunistische Front, FCR) als Kandidaten auf, und auf dem ersten Kongreß der LCR im Dezember 1974 wurde er als führendes Mitglied der „Tendenz 4" ins ZK gewählt (zur Geschichte der LCR und ihrer fraktionellen Kämpfe siehe: *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 3, März 1975 und *Spartacist*, edition francaise Nr. 8, Februar 1975). Die Positionen der FB-L stellen einen qualitativen Bruch mit dem Zentrismus und Revisionismus der LCR und einen entscheidenden Schritt hin zur trotzkistischen Tradition trotz einiger sekundärer Mängel, die in ihren Dokumenten enthalten sind, dar.

Der Ausschluß der FB-L erfolgte ein Jahr nach dem Austritt eines Mitglieds des ZK der LCR, des Genossen Lesueur, (führender Genosse der Bolschewistisch-Leninistischen Tendenz für die Proletarisierung), der sich dann konsequenterweise der internationalen Spartacist Tendenz anschloß. Die internationale Spartacist Tendenz ist die einzige Organisation, die willens und fähig ist, mittels der revolutionären Umgruppierung auf internationaler Ebene eine politisch homogene Tendenz zu schaffen, die auf der Basis des demokratischen Zentralismus funktioniert. Individuelle Genossen oder ganze Tendenzen und Fraktionen in den USA, Australien, Kanada, Frankreich, Österreich und in Deutschland haben programmatisch mit zentristischen Organisationen gebrochen, um sich der internationalen Spartacist Tendenz anzuschließen.

Die Spartacist Tendenz begrüßt den vom Genossen Lafitte geführten. Kampf und die Gründung der Bolschewistisch-Leninistischen Fraktion als einen Sieg im Kampf gegen den Pabloismus des VS und einen Schritt vorwärts in der Lösung der^ Krise der revolutionären Führung. Für eine trotzkistische Organisation in Frankreich! Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale !■

...Portugal

Fortgesetzt von Seite 4
demokratischer und Übergangsforderungen zu mobilisieren, z.B. Freiheit der Koalitionsbildung. Vielmehr vollbrachte sie isolierte terroristische Aktionen. Die Begründung der PRP für ihre Anschläge ist eine interessante Verbindung zu ihrer gegenwärtigen Nachtrabpolitik: sie konzentrierte sich aufs Bombenwerfen, weil „darüber die Arbeiter sprachen“ (*.Revolucao,* 8. Juni 1974).

Gegenwärtig ist nun die terroristische Phase vorbei, denn der Umsturz vom 25. April 1974 „machte die Arbeiterklasse zum entscheidenden Motor der Evolution und der zukünftigen Entwicklung in der politischen Situation Portugals“ (*Revolucao*, 1. Juni 1974). Nun ist die Organisation der Arbeiter um ökonomistische Gewerkschaftsforderungen die entscheidende Aufgabe geworden.

> „Die Frage ist die Organisation der Arbeiter an jedem Ort. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die notwendige und unentbehrliche Einheit des Proletariats herzustellen - unabhängig von politischen Gruppen und Parteien“ (*Revolucao*>, 8. Juni 1974).

Die Formulierung „unabhängig von politischen Gruppen und Parteien“ ist kein Ausrutscher. Denn *Revolucao* fährt fort und erklärt, daß „die Arbeiter in einer bestimmten Fabrik besser als irgendeine Partei, einschließlich der PRP, wissen, was sie wollen“. Man wundert sich, worin die „Revolutionäre Partei des Proletariats“ überhaupt ihre Existenzberechtigung sieht.

Praktisch hat sich die PRP der syndikalistischen Vorstellung der „Arbeiterselbstverwaltung“ verschrieben, sie lobt in allen Tönen den französischen Lip-Streik (wie der Lip- Streik verraten wurde, siehe: *Workers Vanguard* Nr. 42, 12. April 1974). Ungleich aber den katholischen Gewerkschaftlern, die den Lip-Streik führten, fühlt sich die PRP der sozialistischen Revolution verpflichtet. So endet das ZK-Manifest der PRP vom 12. Mai 1974 mit folgenden Parolen: „Für die völlige Zerstörung des faschistischen Staatsapparates; Für die Allianz der Soldaten und Seeleute mit den organisierten Arbeitern im Kampf für den Sozialismus; Für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse; Für die sozialistische Revolution; Für die Diktatur des Proletariats; Für proletarischen Internationalismus“. Zwar gibt es in diesem Manifest keine marxistische Klarheit, die PRP will mit ihren Schlußparolen aber zum Ausdruck bringen, daß sie nicht nur für ein Minimalprogramm kämpfen will. Das Problem der PRP besteht jedoch darin, daß sie ihre Tageslosungen, die sehr beschränkt sind, nicht verbinden kann mit ihrem Maximalprogramm. Allerdings kann dieser Widerspruch ausgenutzt werden: In der Propaganda eines Programms von Übergangsforderungen können Trotzkisten diesen Castroisten-Ökonomisten klarmachen, daß, egal wie oft sie die Diktatur des Proletariats im Munde führen, sie nichts erreichen, solange nicht der gegenwärtige Kampf der Arbeiterklasse mit dem Kampf für die proletarische Revolution verbunden wird.

Auf der Suche nach der „neuen Massenavantgarde" in Portugal

Die Internationalistische Kommunistische Liga (LCI) ist eine von den Organisationen in Portugal, die den Anspruch stellt, trotzkistisch zu sein. Sie gehört dem Vereinigten Sekretariat (VS) an und unterstützt die Mehrheitslinie von Mandel. Die LCI lehnt den individuellen Terror für Portugal ab, obwohl sie abenteuerliche Aktionen und Positionen anderer Sektionen des VS politisch unterstützt (z.B. in Spanien).

Die LCI stimmt mit Mandel und der internationalen Mehrheit des VS darin überein, daß eine „neue Massenavantgarde“ existiert, die mit dem Reformismus bereits gebrochen hat und die man nur noch für den Kampf zu organisieren braucht (siehe unsere ausführliche Auseinandersetzung mit diesem pabloistischen Revisionismus in: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 5, November 1974). In den meisten westeuropäischen Ländern führt das dazu, daß sich die VS-Sektionen an guevaristisch-maoistische Tendenzen anpassen. In Portugal hat das zur Konsequenz, daß die LCI sich weigert, politische Forderungen in die Kämpfe des Proletariats hineinzutragen. Zwar findet sich in den programmatischen Dokumenten der LCI eine ganze Reihe von politischen Losungen, darunter durchaus einige korrekte Übergangsforderungen. Die einzige politische Forderung aber, die sie in ihrer Tagespolitik propagiert, ist die der Arbeiterkontrolle. Einschränkend erklärte ein Sprecher der LCI in einem Interview mit *Workers Vanguard,* daß diese Forderung nur dann aufgestellt wird, „wenn die Situation es erfordert“; zum Beispiel „war es möglich, die Arbeiterkontrollforderung im Timex-Streik aufzustellen“, jedoch „nur in persönlichen Gesprächen mit Arbeitern“ (*Workers Vanguard* Nr. 48, 5. Juli 1974). Demgegenüber hat allerdings die portugiesische Arbeiterklasse ihre Bereitschaft in zahlreichen Streikkämpfen und Demonstrationen gezeigt, solche Nachtrabpolitiker weit hinter sich zurückzulassen. Doch die LCI erklärt weiterhin, daß es für politische Forderungen zu früh sei, die Arbeiterklasse sei noch nicht reif.

Schwankend war die Haltung der LCI zur staatlich verordneten Gewerkschaftseinheit unter stalinistischer Führung:



Die Schweizer VS-Sektion läßt die „neue Massenavantgarde" sprechen („Von der Unterdrückung zur Befreiung", hrsg. von der Revolutionären Marxistischen Liga



Panzereinsatz gegen eine von der Militärregierung verbotene maoistische Demonstration.

Während sie einerseits das Gewerkschaftsgesetz „nicht ausdrücklich“ (? !) unterstützt, also wohl einige Vorbehalte hat, folgte sie andererseits dem Aufruf der KP und der Intersindical zur „Demonstration für die Gewerkschaftseinheit“; also: praktische Unterstützung für die stalinistische Knebelung des Proletariats und ideologische Skrupel im Hinterkopf. Zwei Seelen wohnen in der Brust der Pabloisten: Kapitulation vor dem Stalinismus unter der Chimäre „Einheit“ und „reale Massenbewegung“ sowie eine träge Erinnerung an die trotzkistische Einsicht in die stalinistische Politik der Klassenspaltung und des Verrats.

Die Sozialistische Partei Portugals wird von der LCI als „links-sozialdemokratisch“ ein geschätzt; von der Linkssozialistischen Bewegung (MES) behauptet sie, daß „sie Positionen innerhalb des revolutionären Lagers bezieht“. Ob die LCI-Genossen das herzliche Einvernehmen zwischen Soares und Brandt übersehen haben? Die SP wird nicht umsonst beschuldigt, mit Spinola in Verbindung gestanden zu haben; sie ist eine pro-amerikanische Partei, vergleichbar der deutschen Sozialdemokratie. Die MES ist schlicht und einfach eine gewöhnliche linke Flankendeckung der Militärregierung.

Die LCI hatte in mehreren Wahlbezirken Kandidaten für die Wahlen aufgestellt. Allerdings unterstützte die LCI nicht nur dort, wo sie keine eigenen Kandidaten aufstellte, die KP, sondern sie vermeidet grundsätzlich, einen Pol der Klassenopposition gegen die MFA darzustellen. Den Versuch der MFA, eine bonapartistische Rolle zu spielen, interpretiert sie fälschlicherweise als Versuch der „progressiven Offiziere“, sich außerhalb des bürgerlichen Lagers zu stellen. Ein LCI- Kommunique vom 15. Februar 1975 erklärt wörtlich:

> „Die Arbeiterbewegung...muß diesen progressiven Offizieren[4] effektive Möglichkeiten bieten... ihre Vereinigung mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu beschleunigen“ *(Combate Operario,* März 1975).

Wenn man weiter bedenkt, daß die LCI nicht die Forderung erhebt, mit der MFA zu brechen (was ja in ihrer Konzeption logisch ist, denn für sie ist die MFA keine bürgerliche Kraft!), sondern eine Arbeiterregierung im Rahmen des kapitalistischen Systems — ohne es zu zerschlagen — für möglich hält, dann ist klar: die LCI hat eine zwei-Etappen-Konzeption, vergleichbar den Stalinisten:

> „...eine Arbeiterregierung im Rahmen des kapitalistischen Staates — innerhalb des Rahmens der Aufrechterhaltung der kapitalistischen ökonomischen und sozialen Verhältnisse und der Aufrechterhaltung des politischen Apparates ...“ („Programmatische Grundlagen der LCI“, in: *Diario de Noticias,* 12. April 1975).

Einheitsfront als Strategie

Eine zweite Organisation, die beansprucht, trotzkistisch zu sein, ist die Revolutionäre Arbeiterpartei (PRT). Sie war früher als Revolutionär-Marxistische Gruppe bekannt und unterstützt die von der SWP geführte internationale Minderheit im Vereinigten Sekretariat. Doch im Gegensatz zu der reformistischen Politik der internationalen Minderheit, die die Kapitulation der SWP vor dem bürgerlichen Liberalismus in den USA und die Anbiederung des argentinischen PST an das mörderische peronistische Regime unterstützt, steht die PRT in Portugal links von der LCI. So betont sie die Notwendigkeit, gegen die klassenkollaborationistische Politik der Volksfront zu kämpfen. Jedoch tendiert die PRT zu einer Konzeption der strategischen Einheitsfront, eine Position, die vor allem von der OCI in Frankreich und der LCE in Spanien vertreten wird.

In ihrer Zeitung hat sie erklärt, daß „wir die Demonstration unterstützten“, die von der KP und der Intersindical zugunsten des Gesetzes über die Einheitsgewerkschaft organisiert worden war *{Combate Socialista,* 23. Januar 1975).
Über das gleiche Thema schrieb sie aber in einem Flugblatt, daß sie „starke demokratische Gewerkschaften forderte, die unabhängig vom Staat und von der Bourgeoisie sind“, jedoch kritisierte sie auch in diesem Flugblatt nicht das Gesetz über die Einheitsgewerkschaft, das von der MFA und der KP zur Knebelung der Arbeiterklasse durchgepeitscht worden war.

Ohne ein klares Verständnis von der Einheitsfront als Taktik — nicht als Strategie einer bedingungslosen Unterstützung der reformistischen Arbeiterparteien — wird die PRT nicht in der Lage sein, den inneren Widerspruch reformistischer Parteien in der Perspektive klassenmäßiger Polarisierung zu sehen, d.h. die Notwendigkeit der Spaltung dieser Parteien, der Loslösung ihrer proletarischen Basis von der bürgerlichen Politik der Führungen, anzuerkennen, sondern sie wird vielmehr gewollt oder ungewollt selbst zum Schwanz der reformistischen Klassenverräter.

Revolutionäre Umgruppierung ist notwendig

Die Analyse der programmatischen Positionen von Gruppen links von der KP und SP hat gezeigt: Keine der Gruppen

hat die Fähigkeit, den Kampf der Massen durch die Zuspitzung auf den Kampf um die Staatsmacht vorwärts zur proletarischen Revolution zu führen.

Während eines Massenaufschwungs kann aber eine sehr kleine Gruppe in relativ kurzer Zeit zu einer bedeutsamen Kraft werden, wenn sie den Massen eine korrekte Analyse und korrekte Losungen im richtigen Moment gibt. Mit einer großen Zahl von Arbeitern, die sich schon aus der Zwangsjacke de reformistischen KP befreit haben, und mit mehreren tausend Anhängern der zentristischen Gruppen ist der Weg frei für eine weitreichende revolutionäre Umgruppierung in Portugal. Das ist ähnlich der Situation, in der Lenin nach seiner Rückkehr nach Rußland im April 1917 begann, den Sieg der Oktoberrevolution vorzubereiten: die Orientierung der Bolschewiki auf das Ziel, die Sowjetmacht zu erobern, die Fusion mit der von Trotzki geführten Gruppe und der Kampf, die Arbeiter dem Einfluß der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu entreißen.

Solch eine Umgruppierung muß die Form des Aufbaus einer trotzkistischen Partei auf der festen Basis des revolutionär marxistischen Programms annehmen. Nur so kann das mögliche Ergebnis von Spaltungen und Fusionen zwischen den vorgeblich revolutionären Organisationen zu einer Führungsorganisation der kämpfenden Massen werden, anstatt im Nachtrab der spontanen Massenkämpfe zu laufen (was gegenwärtig allerdings in Portugal zu sehen ist). Der Schlüssel für eine erfolgreiche revolutionäre Umgruppierung ist der scharfe Kampf für das Übergangsprogramm.

„Die strategische Aufgabe der nächsten Periode — eine vorrevolutionäre Periode der Agitation, Propaganda und Organisation — besteht in der Überwindung des Widerspruchs zwischen der Reife der objektiven Voraussetzungen für die Revolution und der Unreife des Proletariats und seiner Avantgarde...Man muß den Massen im Prozeß des täglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen gegenwärtigen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu finden. Diese Brücke sollte aus einem System von *Übergangsforderungen* bestehen, das von den jetzigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein weiter Schichten der Arbeiterklasse ausgeht und unausweichlich zu ein und derselben Schlußfolgerung führt: der Eroberung der Macht durch das Proletariat...

Die Vierte Internationale gibt die Forderungen des alten Minimalprogramms* nicht auf, sofern diese wenigstens einen Teil ihrer Lebenskraft bewahrt haben. Sie verteidigt unermüdlich die demokratischen Rechte und sozialen Eroberungen der Arbeiter. Aber sie fuhrt diese Alltagsarbeit im Rahmen der korrekten, aktuellen, d.h. revolutionären Perspektive durch. Dort, wo die alten ‚minimalen* Teilforderungen der Massen mit den zerstörerischen und erniedrigenden Tendenzen zusammenprallen — und das geschieht auf Schritt und Tritt —, stellt die Vierte Internationale ein System von *Übergangsforderungen* auf, deren Sinn es ist, sich immer offener und entschiedener gegen die Grundlagen des bürgerlichen Regimes selbst zu richten. Das alte Minimalprogramm* wird durch das *Übergangsprogramm* ersetzt, dessen Aufgabe die systematische Mobilisierung der Massen für die proletarische Revolution ist“ (Leo Trotzki, *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale).*

Demokratische Forderungen in Portugal

Es ist weder angebracht noch notwendig, hier die einzelnen Teilforderungen aufzuzählen, aber ihr Zweck muß exemplarisch erläutert werden. Gegen die bonapartistischen Vorstellungen Spinolas einer „begrenzten Demokratie“ im Stile De Gaulles und gegen die Absicht der MFA, ihre Herrschaft über die Wahlen hinaus auf Jahre zu institutionalisieren, war während des gesamten letzten Jahres die Forderung nach unverzüglichen, demokratischen Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu erheben. Gegen die Wahleinschränkungen und mehrmaligen Wahlverschiebungen hätte diese Forderung gewiss eine breite und massive Unterstützung bei den Massen gefunden und hätte sich gegen die Macht der Militärs gerichtet.

Von zentraler Bedeutung ist die Forderung nach Pressefreiheit. Seit Juni 1974 besteht eine Pressezensur, die sich vornehmlich gegen die Linke richtet; so war das Organ der MRPP, *Luta Populär,* seither mehrmals verboten, einmal „auf unbestimmte Zeit“, obwohl das Dekret der Regierung ausdrücklich eine Höchstdauer für Zeitungsverbote (60 Tage) enthält. Die Pressezensur erstreckt sich über alle Publikationsmedien (Presse, Radio, Fernsehen, Film, Theater). Das Gesetz vom Juni 197-4, das die Pressezensur regelt, verpflichtet die Träger der Publikationsmedien „aktiv im Wiederaufbau des Landes zu kooperieren“, der Gebrauch der Freiheit müsse „verantwortlich“ sein, um das Land vom Klima der Anarchie frei zu halten. Mit anderen Worten: Freiheit der Presse besteht nur solange, wie sie sich nicht gegen die Regierung richtet. Folgendes wird ausdrücklich verboten:

— Aufforderung (auch indirekte) zum militärischen Ungehorsam, einschließlich Mißachtung von Militärgesetzen und -Bestimmungen;
— Angriffe gegen den Präsidenten der Republik oder den Staatsrat;
— Angriffe gegen ausländische Staatsoberhäupter und ihre akkreditierten diplomatischen Vertreter in Portugal;
— Erwähnung von Militäroperationen, deren Enthüllung nicht von den Streitkräften autorisiert worden ist;

— Anstiftung zu Streiks, Arbeitsniederlegungen oder Demonstrationen, die nicht gesetzlich sind;
— Ideologische Angriffe, die gegen die Ausführung des Programms der MFA gerichtet sind;
— Anregung zu Handlungen, die von den Gesetzen als Verbrechen geahndet werden.

Es sollte kein Zweifel bestehen: Diese Regelungen richten sich nicht gegen die „Kräfte der Reaktion", sondern vor allem gegen die radikale Linke und die gesamte Arbeiterbewegung. Eine strikte Einhaltung dieses Gesetzes der Militärregierung würde die Linke wieder dazu zwingen, wie unter Salazar und Caetano ihre Publikationen illegal zu vertreiben!

Die Arbeiterklasse muß mobilisiert werden, um in Portugal die volle Freiheit der Presse und der Rede, das Versammlungs- und Streikrecht zu erkämpfen!

Seit August 1974,ist das Streikrecht von den Militärs — unter Zustimmung der KP und SP — erheblich eingeschränkt. * Generell verboten sind Streiks in „wirtschaftlich wichtigen Sektoren" und im öffentlichen Dienst; ungesetzlich sind politische Streiks und Fabrikbesetzungen. Ein Streik ist legal, wenn er frühestens 30 Tage nach Abschluß der Verhandlungen und 7 Tage nach seiner Anmeldung beginnt. Die Kapitalisten haben das Recht auf Aussperrung, die 7 Tage zuvor bekanntgegeben werden muß. Die Arbeiterklasse muß gegen die MFA-Regierung ihre volle Streikfreiheit erkämpfen!

Aber nicht nur Streiks sind gesetzlich reglementiert, das Koalitionsrecht ist durch die staatliche Verordnung einer Einheitsgewerkschaft unter der Führung von besoldeten Streikbrechern zur Farce geworden. Durch Gesetz der Militärregierung ist dem von den Stalinisten kontrollierten Gewerkschaftsverband Indersindical ein ungeheures Machtmittel in die Hand gegeben worden, um die Kämpfe der portugiesischen Arbeiterklasse abwürgen und verraten zu können. Der Kampf der SP gegen dieses Gesetz war durch und durch heuchlerisch, da sie selbst bisher jedes legale Mittel zur Einschränkung und Knebelung der Arbeiterbewegung unterstützt hat (z.B. die gesetzlichen Regelungen über Parteien und Vereine, nach denen Organisationen verboten sind, die „ungesetzliche Ziele" haben, „gegen die Moral und die öffentliche Ordnung verstoßen", „systematisch die Disziplin der Armee untergraben" oder Vorschlägen, „die demokratischen Institutionen zu stürzen"!).

Die SP hat das Gewerkschaftsgesetz nur deshalb bekämpft, weil sie selbst innerhalb der Intersindical keinen Einfluß hat.

Selbstverständlich müssen Revolutionäre für die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse kämpfen. Aber es ist eine Illusion zu glauben, daß eine unter stalinistischer Kontrolle stehende Einheitsorganisation eine höhere Ebene des Klassenkampfes darstellt, im Gegenteil: es ist ein Instrument der Verräter, die kämpfende Arbeiterklasse zu knebeln und zu kontrollieren. Stalinistische „Einheit" ist nicht die proletarische Einheit gegen die Kapitalistenklasse, sondern ein Instrument der Klassenzusammenarbeit. Von der Intervention der Revolutionäre hängt die Möglichkeit ab, Einheitsorganisationen im Interesse der Entfaltung des Klassenkampfes zu schaffen. Einheitsgewerkschaften als wirklich unabhängige proletarische Massenorganisationen können letztlich nur unter der Führung der Vierten Internationale erreicht werden, weil alle anderen Tendenzen und Strömungen den Einfluß von kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräften auf die Arbeiterbewegung repräsentieren und somit einen Ausdruck der Spaltung der Klasseneinheit des Proletariats darstellen. Die Arbeiterklasse muß sich das Recht auf gewerkschaftliche Koalitionen unabhängig vom Einfluß Und von den Reglementierungen der Militärregierung erkämpfen! Nur auf der Grundlage des revolutionären Übergangsprogramms läßt sich eine revolutionäre alternative Führung für die Massen auch in der Gewerkschaftsbewegung erkämpfen.

Der „revolutionäre Prozeß" der MFA: Die Institutionalisierung ihrer Macht

Bereits vor den Wahlen zur „Konstituierenden Versammlung hatte sich die MFA zum realen Träger der Staatsmacht konstituiert. Die Wahlen und die Versammlung wurden zu einer bloßen Farce.

Vor den Wahlen unterbreitete die MFA den Parteien ein Abkommen, in dem sie ihre Rolle als alleiniger Machtfaktor in der portugiesischen Politik institutionalisierte. Alle legal anerkannten Parteien wurden aufgefordert, dieses Abkommen innerhalb von 48 Stunden zu unterzeichnen. Alle Parteien, mit Ausnahme von einigen kleineren linken Gruppen, unterschrieben das Ultimatum der MFA. Nach dieser de-facto- Verfassung wird alle Macht beim Präsidenten und dem Hohen Revolutionsrat Hegen. Der Präsident erfüllt die Funktionen des Staatschefs, des Vorsitzenden des Revolutionsrates und des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte. Er ernennt den Ministerpräsidenten, er kann das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Der Revolutionsrat kann den Ausnahme-



SP-Chef Soares übersetzte das Godesberger Programm ins Portugiesische.

zustand ausrufen, kann Streitigkeiten über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen entscheiden und selbst Gesetze erlassen. Während einer „Übergangszeit“ von drei bis fünf Jahren müssen alle Gesetze, die vom Parlament verabschiedet werden, vom Revolutionsrat gebilligt werden. Die Einflußmöglichkeiten politischer Parteien sind minimal, alle militärischen Angelegenheiten unterliegen keiner Kontrolle durch das Parlament. Die Innen-, Wirtschafts- und Verteidigungsminister müssen vom Revolutionsrat bestätigt werden.

Präsident General Costa Gomes hat ganz treffend die Motive dieses Abkommens über die Militärverfassung Portugals charakterisiert, als er „Minderheiten, die vor Freiheit trunken geworden sind und die diese Freiheit in Demonstrationen der Anarchie, der Impotenz und des Opportunismus mißbrauchen“, denunzierte (*Diario de Noticias,* 12. April 1975); an gleicher Stelle erklärte er, der Zweck des Abkommens sei es, solche Gruppen daran zu hindern, den „revolutionären Prozeß“ (d.h. die Herrschaft der Militärs) zu stören, der sich „in Frieden“, „Ruhe“ und „Gehorsamkeit“ entwickeln muß.

Der Ausgang der Wahlen vom April 1975 hat sowohl die SP als auch die KP zu einem offenen Konfrontationskurs gebracht, der sich in den spektakulären Ereignissen vom 1. Mai (Ausschluß des SP-Chefs von der Maikundgebung) und in der Besetzung und Schließung der SP-Zeitung *Republica* äußerte. Die portugiesische SP ist eine extrem rechte sozialdemokratische Partei, deren Geburtshelfer die SPD war. Sie wurde als Exilpartei 1973 in Bonn gegründet; sie wird vor allem von der westdeutschen Sozialdemokratie finanziell unterstützt, an die sie sich auch programmatisch sehr eng anlehnt. Soares hat nicht nur im wörtlichen Sinne das Godesberger Programm der SPD ins Portugiesische übersetzt, er will es auch unter portugiesischen Verhältnissen praktisch werden lassen. Wesentliche Orientierung der SP ist die Integration Portugals in die westliche Allianz der imperialistischen Mächte, d.h. in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO. Innenpolitisch vertritt sie die Konzeption einer pluralistischen Parteiendemokratie, d.h. die parlamentarische Herrschaftsform der Bourgeoisie. Nachdem sie aus den Aprilwahlen mit 37,8% als stärkste Partei hervorgegangen ist, setzt sie ihre „demokratische“ Demagogie immer offener ein, um die „Respektierung des Volkswillens“ von den Militärs zu erzwingen, d.h. die Ausschaltung der KP und die forcierte Westintegration. Nach dem Aufwind, der ihr vom Wahlergebnis gegeben wurde, fordert sie Neuwahlen in der Einheitsgewerkschaft und in den Gemeinden, also dort, wo die KP über ihre Machtbasis verfügt. Für die Realisierung ihres Weges ist die SP selbstverständlich weiterhin bereit, mit den Militärs zusammenzuarbeiten.

Die portugiesische SP demonstriert geradezu in klassischer Weise die Funktion einer bürgerlichen Arbeiterpartei in einer vorrevolutionären Situation: sie stellt eine wesentliche konterrevolutionäre Barriere innerhalb der Massenbewegung des Proletariats dar. Unter dem Banner des „demokratischen Sozialismus“ verfolgt die Partei nur ein Ziel: Sicherung der kapitalistischen Herrschaft, während sie gleichzeitig das Vertrauen ihrer Anhänger genießt, weil diese allerdings einen irgendwie gearteten „demokratischen Sozialismus“ erwarten: einen Sozialismus frei von stalinistischer Gängelung. Es ist die Aufgabe einer revolutionären Organisation, genau an diesem Widerspruch der SP in der spezifisch vorrevolutionären Situation anzusetzen und den Bruch zwischen dem sozialistischen Streben der Massen und dem konterrevolutionären Weg der Partei zu organisieren.

Die KP hingegen betreibt eine Politik, die die sozialdemokratische Basis der SP immer fester an ihren konterrevolutionären Weg bindet; sie muß dies tun, weil sie selbst eine Agentur des konterrevolutionären Verrats darstellt. Auf das relativ erfolglose Abschneiden ihrer Partei (im Gegensatz zur SP) reagierte die stalinistische Parteiführung ebenfalls mit einem Konfrontationskurs. KP-Chef Cunhal interpretierte die Wahlen zur „Verfassungsgebenden Versammlung“ durchaus korrekt: die Aprilwahlen hätten keinen Einfluß auf den „revolutionären Prozeß“ (d.h. auf die Herrschaft der Militärs), auch die Zukunft Portugals würde von solchen Wahlen nicht wesentlich berührt werden (*Neue Zürcher Zeitung,* 15. Mai 1975). Während die MFA durch die Abhaltung der Wahlen und die Beteiligung von SP und KP an ihrer Regierung eine sogenannte „Synthese von elektoralem und revolutionärem Prozeß“ anstrebte, d.h. sich um eine demokratische Verhüllung ihrer bonapartistischen Herrschaft sorgte, unterstützt die KP mehr oder minder offen die Kräfte der Militärbewegung, die eine Ausschaltung der Parteien aus dem „revolutionären Prozeß“ anstreben, d.h. eine unverhüllte Militärregierung. Der Revolutionsrat diskutierte im Mai das Verbot aller Parteien *{Neue Zürcher Zeitung,* 22. Mai 1975). Auch Cunhal faßte die Bildung einer allem aus Militärs bestehenden Regierung ins Auge; seiner Ansicht nach habe die Koalitionsregierung nicht die Einigkeit bewiesen, die für ihr Überleben notwendig sei *{Neue Zürcher Zeitung,* 23. Mai 1975). Also auch Cunhal hat eine „chilenische Lehre“: dem Parteienhader müsse ein Ende gesetzt werden, nur die Einigkeit der an der Volksfront beteiligten Parteien und ihre disziplinierte

Bindung an die Politik der Militärs kann einen „Putsch“ der letzteren verhindern!

Die KP erweist sich als Barriere auf dem Weg der Umwandlung des vorrevolutionären Zustands in einen revolutionären. Sie beweist erneut, daß sie auf der Seite der bürgerlichen Ordnung kämpft. Die Volksfrontpolitik der KP ist eines der letzten politischen Hilfsmittel der Bourgeoisie im Kampf gegen die proletarische Revolution. Die proletarischen Massen, die heute noch von dem konterrevolutionären Apparat des Stalinismus blockiert werden, müssen für den Weg der proletarischen Revolution gewonnen werden. Diese Aufgabe kann nur durch das Programm der Vierten Internationale in Angriff genommen werden.

Übergangsforderungen und revolutionärer Kampf

Wir haben gesehen, daß es aktuell keine Organisation in Portugal gibt, die die Treue zum marxistischen Programm mit einer korrekten Anwendung der leninistischen Einheitsfronttaktik verbindet und die in der Lage wäre, den Kampf um demokratische Rechte, wie das Streikrecht und das



MFA-Chefs Gomes und Goncalves: Garanten bürgerlicher Macht.

Demonstrationsrecht mit dem Kampf für den Sozialismus zu verbinden. Dazu ist es notwendig, Übergangsforderungen aufzustellen, die den Rahmen des Kapitalismus sprengen und der kämpfenden Arbeiterklasse eine revolutionäre Perspektive bieten können.

In vielen Streiks haben die Arbeiter Mitbestimmung an der Produktion und Verwaltung der Betriebe gefordert. Diese Forderung bringt zwar das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber der Bourgeoisie zum Ausdruck; Revolutionäre müssen jedoch auf den reformistischen Inhalt dieser Losung hinweisen und müssen für den Kampf um die Arbeiterkontrolle ein- treten, die jedoch nur durch die Schaffung von Fabrikkomitees gewährleistet werden kann, die die Aufgabe haben, den Betrieb zu kontrollieren und die Arbeiter zum vereinten Kampf zu organisieren.

In den Streiks der Werft-, Post- und Textilarbeiter, der Uhrmacher und der Transportarbeiter gab es kein koordinierendes oder zentralisierendes Organ. Die Intersindical hatte sich voll auf die Seite der Regierung gestellt und ist in einigen Streiks (z.B. im Poststreik) als Streikbrecher aktiv geworden. Um in Zukunft Streiks koordinieren zu können und die streikenden Arbeiter zu verteidigen, ist es notwendig, einen zentralen Rat der Streikkomitees und Arbeiterkommissionen zu schaffen, dessen Delegierte jederzeit abberufbar sind.

Ein solcher nationaler Rat könnte Streiks organisieren, um die gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeit als Schutz der arbeitenden Massen vor Inflation (die mit 20-30% eine der höchsten in Europa ist) und Arbeitslosigkeit (die eine steigende Tendenz hat aufgrund der Rückkehr von Portugiesen aus den ehemaligen Kolonien und aufgrund des Abbaus der aufgeblähten Kolonialarmee), gleichen Lohn für gleiche Arbeit (um die Diskriminierung von Frauen und Schwarzen zu beenden) um die Verdoppelung des Minimallohnes zu erkämpfen.

Der Kampf um die Arbeiterkontrolle muß verbunden werden mit der Forderung nach Öffnung der Bücher und unverzüglich übergeleitet werden in die entschädigungslose Enteignung der Banken, der Industrie und des Handels unter Arbeiterkontrolle. Die Enteignungen müssen entschädigungslos und unter Arbeiterkontrolle erfolgen, weil nur so gewährleistet werden kann, daß sie im Interesse der Arbeiterklasse sind. Die Arbeiterklasse darf sich nicht von den Nationalisierungen, die nach dem Putschversuch vom März 1975 und im Mai 1975 durchgeführt wurde, bluffen lassen. Dies waren bürgerliche Nationalisierungen, keine Enteignung der Kapitalistenklasse. Ähnliche Maßnahmen wurden von Militärs in bonapartistischen Regimen (z.B. Ägypten, Algerien, Peru, Irak, Burma, Libyen) durchgeführt, ohne daß sich der bürgerliche Klassencharakter dieser Staaten geändert hat. Nationalisierung allein ist bei weitem noch keine proletarische Umwälzung. Was es mit dem „Sozialismus“ und der „antimonopolistischen“ Politik der MFA auf sich hat, geht ziemlich klar aus den Worten von Präsident Costa Gomes hervor: „Wir werden ein Klima des Vertrauens und der Ruhe schaffen, welches es Geschäftsleuten ermöglichen wird, den auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit produzierten Reichtum bei Inkaufnahme eines annehmbaren Risikos in Sektoren der Wirtschaft zu investieren, die für die private Initiative reserviert sind“ *(Diario de Noticias,* 27. März 1975). Das Buhlen der Militärs um Kapitalhilfe von der BRD schlägt ihrer „antikapitalistischen“ Demagogie offen ins Gesicht.

Um die streikenden Arbeiter vor Streikbrecherbanden und vor einer möglichen Intervention durch die Armee zu schützen, müssen bewaffnete Streikposten organisiert werden. Gleichzeitig ist es wichtig, innerhalb der Armee eine revolutionäre Arbeit zu entfalten, für die Schaffung von Soldaten- und Matrosenkomitees zu kämpfen, die mit der Arbeiterbewegung verbunden sind. Die Arbeiterklasse darf kein Vertrauen in die MFA setzen. Der bürgerliche Staatsapparat und seine bürgerliche Armee müssen von der Arbeiterklasse zerschlagen werden. Der bewaffnete Arm der herrschenden Kapitalistenklasse und deren Offizierskaste sind, wie Lenin völlig richtig bemerkte und daran ändert sich kein Deut durch die „linke“ Demagogie der MFA, „durch tausend Fäden“ mit der Ausbeuterklasse verbunden. Ihre Politik des letzten Jahres, die wesentlich darauf abzielte, die eigenständige und unabhängige Organisierung und Mobilisierung des Proletariats zu unterbinden, hat dies erneut bestätigt.

Wenn der Kampf sich ausweitet, müssen die bewaffneten Streikposten in eine einheitliche Arbeitermiliz umgewandelt

werden. Der Zentralrat der Streik- und Fabrikkomitees muß als alternatives Machtorgan, als Arbeiterregierung, die den Kampf gegen die Militärjunta, gegen die provisorische Regierung der Bourgeoisie organisiert, funktionieren. In einer solchen Situation der Doppelherrschaft entsteht praktisch bereits Keimform des zukünftigen proletarischen Staates, der Sowjet. Diese Entwicklung erfolgt jedoch nicht spontan, dafür ist die bewußte Intervention der revolutionären Partei, die entscheidend Teile der Arbeiterklasse sowie des Sowjets für das marxistische Programm gewinnen muß, notwendig.

Wie Marx bereits im Kommunistischen Manifest bemerkt hat, ist jeder Klassenkampf letztlich auch ein politischer Kampf. Die verschiedenen demokratischen und Übergangsforderungen müssen in einem Klassenkampfprogramm gegen die Bourgeoisie verallgemeinert werden und in der Forderung nach einer Arbeiterregierung auf der Grundlage von demokratisch gewählten Arbeiterkomitees (Sowjets) zentralisiert werden, die die Kapitalistenklasse enteignet und den bürgerlichen Staat zerstört.

Das entscheidende Hindernis für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie ist die stalinistische KP, die sich an der klassenkollaborationistischen provisorischen Regierung beteiligt. Trotzkisten müssen die KP Portugals auffordern, mit der MFA zu brechen und die provisorische Regierung zu verlassen. Ein wesentliches Element, die prokapitalistische Politik vor ihrer Arbeiterbasis zu entlarven und die proletarischen Anhänger für eine authentisch revolutionäre Avantgarde-Partei zu gewinnen, ist die Agitation für die Schaffung von Sowjets als Einheitsorganisation der portugiesischen Arbeiterklasse, als organisatorischer Ausdruck für die Doppelherrschaft.

Für zwei andere Forderungen muß die Arbeiterklasse ebenfalls den Kampf aufnehmen, nämlich „Portugal raus aus der NATO“ und „Nieder mit dem Iberischen Pakt“. Es ist ein Skandal, daß die KP mit einer Koalitionsregierung übereinstimmt, die ausdrücklich betont, daß sie nicht daran denkt, aus der NATO oder dem Iberischen Pakt auszutreten. Wenn es jedoch im Falle einer revolutionären Zuspitzung in Portugal zu einer ausländischen Intervention kommen würde, wäre es wahrscheinlich, daß diese von der NATO oder von Spanien ausgehen würde.

Wir haben hier die Umrisse eines Übergangsprogramms für Portugal nur knapp dargelegt. Es zeigt sich, daß ein solches Programm nur von einer orthodoxen, trotzkistischen Gruppierung als Sektion der wiederaufzubauenden Vierten Internationale vertreten werden kann.

Nieder mit der MFA-Regierung! Für einen portugiesischen Arbeitersowjet! Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!

Arbeiter- und Bauernregierung oder Arbeiterregierung in Portugal?

Der Spartacusbund stellt die Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ für Portugal auf — und zeigt damit wiederum, daß er seine programmatischen Losungen auf bloße Impressionen gründet, nämlich auf die Impression, es müsse doch in Portugal arme Bauern geben und folglich müsse die Forderung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ korrekt sein. Es ist jedoch für Marxisten unerläßlich, ihre Losungen durch eine konkrete Analyse der gesellschaftlichen Kräfte und des Entwicklungsstandes der konkreten Gesellschaft zu bestimmen. Bevor wir auf der empirischen Ebene nachweisen, daß in Portugal die Agrarrevolution nicht mehr auf der Tagesordnung steht und die Bauernschaft in der portugiesischen Revolution keine zentrale Rolle spielen wird, wollen wir einige allgemeine Erwägungen voranstellen zur Frage: Wann fordern Trotzkisten die „Arbeiter- und Bauernregierung“?

Diese Losung ist im allgemeinen verbunden mit der Agrarrevolution gegen die Reste der feudalen Gesellschaft. Die Zerschlagung des feudalen Grundbesitzes, die Erkämpfung der gesetzlichen Gleichheit der Menschen und die Beseitigung aller feudalen Rechte und Pflichten — das sind demokratische Aufgaben der bürgerlichen Revolution. Spätestens seit der Herrschaft des Kapitalismus als Weltsystem ist jedoch die Bourgeoisie rückständiger Nationen zu schwach, sie ist zu sehr mit Feudalisten *und* Imperialisten verbunden und fürchtet schon zu sehr das Proletariat, als daß sie die „klassischen“ Aufgaben der bürgerlichen Revolution noch erfüllen könnte. Die Befreiung der Bauernschaft in kolonialen und halbkolonialen Ländern erfolgt in einem, revolutionären Prozeß, in dem das Proletariat schon die Möglichkeit hat, die Hegemonie zu erobern. Deshalb ist die Agrarrevolution dem Beginn der proletarischen Revolution zugeordnet; die Arbeiterklasse, die sich auf die armen Bauernmassen stützt, muß die Staatsmacht erobern. Um dieses gesellschaftliche Kräfteverhältnis auszudrücken, fordern wir die Arbeiter- und Bauernregierung, wobei eines klar ist: sie kann nur durch die Diktatur des Proletariats realisiert werden!

Es gibt zudem noch Extremfälle, in denen die Masse der Bauernschaft in vollständig kapitalistischen Gesellschaften an der Seite des Proletariats für den Sturz des Kapitalismus kämpft. Beispielsweise wenn die Bauernschaft in einer scharfen ökonomischen Krise und durch das Finanzkapital in den Bankrott getrieben wird: also etwa in Frankreich während der Depression der 30er Jahre, ebenso in den USA zu dieser Zeit sowie in den frühen 20er Jahren. Mit Ausnahme solcher extrem zugespitzter Situationen ist die Bauernschaft in entwickelten kapitalistischen Ländern politisch von den wohlhabenden, prokapitalistischen Kulaken dominiert, so daß wir in diesen Ländern die Forderung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ nicht erheben, auch wenn die Bauernschaft relativ groß ist (wie gegenwärtig noch in Frankreich). Das würde nichts anderes heißen, als eine bürgerliche Regierung und nicht die Diktatur des Proletariats zu fordern!

Portugal ist nun ein vollständig entwickeltes kapitalistisches Land. Die Aufgabe der demokratisch-bürgerlichen Revolution,

die zum einen in der Befreiung der Bauern vom Feudalismus und zum anderen in der Errichtung eines Nationalstaates besteht, ist, was die Agrarfrage angeht, von den portugiesischen Kapitalisten durch die Proletarisierung der ehemaligen Pächter und durch die massenhafte Landflucht der Landarmut gelöst worden. Lenin wies daraufhin, daß die Bourgeoisie unter Umständen die Agrarfrage dadurch löst, daß sie die feudalen Ländereien in große kapitalistische Unternehmen verwandelt mit der Arbeitskraft von lohnabhängigen Landarbeitern („preußische Lösung“).

In Portugal besteht die Landbevölkerung nicht mehrheitlich aus armen und halbproletarisierten Bauern, sondern zu 67,5% aus Landproletariern (diese und die folgenden Zahlen nach: Alvaro Cunhal, *A questao agraria em Portugal,* Rio de Janeiro 1968). Diese arbeiten vor allem auf den großen Gütern im Süden Portugals, während die kleinen und mittleren Bauern, die keine Arbeitskraft ausbeuten und die 15,8% ausmachen, sowie die armen Bauern, die in der Mehrheit Pächter sind und 5,7% betragen, im Norden Portugals anzutreffen sind. Stünde in Portugal die Agrarrevolution auf der Tagesordnung, müßte gerade diese letzte Kategorie die zahlenmäßig stärkste sein. Sie ist es aber nicht. Vielmehr ist sie zahlenmäßig die kleinste Gruppe und politisch sowie wirtschaftlich unbedeutend.

Die Landarbeiter, die die Mehrheit der Landbevölkerung im Süden bilden und die sich auf den Latifundien der Großgrundbesitzer und reichen Bauern (11,0%) verdingen müssen, sind **das homogenste Landproletariat Europas,** vergleichbar mit dem Andalusiens im Süden Spaniens. Das Landproletariat Andalusiens hat eine lange Kampftradition von gewerkschaftlicher Organisierung, von Streiks und linkssozialistischer bis anarchistischer Politik. Der Prozentsatz des landlosen Proletariats im Süden Spaniens ist jedoch niedriger als in ganz Portugal! Er betrug 63,9% der arbeitenden Landbevölkerung in Westandalusien im Jahre 1956. Im Vergleich dazu beträgt der Prozentsatz in benachbarten Gebieten Portugals 87 bis 92%. In nur einem einzigen Distrikt Portugals von insgesamt 18 gibt es mehr Bauern als Landarbeiter; die meisten dieser Bauern sind Kulaken.

In Artikeln der Unken Presse *wie Avante!* (PCP), *Luta Populär* (MRPP) und *Revolupao* (PRP) werden fast ausschließlich Streiks der Landarbeiter für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erwähnt, sehr selten werden Bauern erwähnt. Im Regierungsprogramm der portugiesischen Militärjunta ist auch eine Agrarreform vorgesehen, die eine Aufteilung des Großgrundbesitzes an die landlosen Arbeiter vorsieht. Aus Zeitungsartikeln geht jedoch hervor, daß die Landarbeiter kein besonderes Interesse daran haben; und sie tun recht damit, sie folgen ihrem Klasseninteresse. Während es korrekt ist, die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die bäuerliche Landarmut, sofern massenhaft vorhanden, zu fordern, um so das Bündnis der Arbeiterklasse mit den armen bäuerlichen Massen zu schmieden, unterstützen revolutionäre Marxisten keineswegs die Aufteilung des Großgrundbesitzes an *landlose Arbeiter.* Noch einmal: die Bündnispolitik des Proletariats mit den armen Bauern erfordert es, die Sprengkraft der Agrarfrage für den antikapitalistischen Kampf nutzbar zu machen. Ist jedoch auf dem Lande die Klassenpolarisierung zwischen Bourgeoisie und Proletariat so weit wie in Portugal fortgeschritten, daß die arme (kleinbürgerliche) Bauernschaft kein gesellschaftlicher Faktor mehr ist, so existiert die Agrarfrage nicht mehr als weiterhin lebenskräftige bürgerlich-demokratische Ausgangsbasis für die Dynamik des revolutionären Prozesses; vielmehr ist auch auf dem Lande der Antagonismus zwischen Bourgeoisie und (Land-)Proletariat entscheidend geworden. Die Zerstückelung des Landes und seine Aufteilung an das Landproletariat setzt keine zusätzlichen Energien im Kampf für die proletarische Revolution frei (wie es die Aufteilung des Landes an die armen Bauern gewährleistet) und ist somit keine Perspektive im Interesse des Proletariats. Unter den in Portugal auf dem Lande herrschenden Bedingungen, d.h. unter dem bestimmenden Widerspruch von Bourgeoisie und Proletariat, ist die Perspektive der Landaufteilung auch ökonomisch kein Mittel, um die Landwirtschaft rationell zu organisieren. Eine wirklich rationelle und ökonomische Landwirtschaft kann nur geschaffen werden, wenn das Prinzip des Profits ersetzt wird durch ein anderes Prinzip, das der Planung auf nationaler Ebene. Revolutionäre Marxisten müssen die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und die Organisierung der Landwirtschaft durch landwirtschaftliche Kollektive fordern. Da sich die herrschende Klasse jedoch nicht friedlich enteignen läßt, müssen ihre bewaffneten Unterdrückungsorgane, die bürgerliche Armee, entwaffnet und der Staatsapparat zerschlagen werden. ■

Indochina

Fortgesetzt von Seite 28

fast eine Woche lang Halt vor Saigon, nachdem die militärische Hilflosigkeit des Thieu-Regimes längst offenbar geworden war. Aber der total verrottete Zustand der vietnamesischen Bourgeoisie machte eine „rechtzeitige“ Einleitung von politischen Verhandlungen, die zu einer bürgerlichen Koalitionsregierung mit Beteiligung der FNL hätte führen können, unmöglich für diese korrupten Kompradoren. Die Ablösung Thieus durch den fetten Trottel „Big“ Minh kam viel zu spät für die vietnamesische Bourgeoisie: auch die FNL-Stalinisten waren sich zu diesem Zeitpunkt schon im klaren, daß es nicht mehr um eine „Koalition“ gehen kann, sondern nur um die Kapitulation der bürgerlichen Regierung in Saigon. Durch den Kollaps und die Flucht der nationalen Bourgeoisie Kambodschas und Vietnams wurden den Stalinisten keine „nationalbürgerlichen“ Kräfte gelassen, mit denen sie eine Koalitionsregierung auf der Basis des bürgerlichen Staatsapparates hätten eingehen können. Unter diesen Umständen unterscheidet sich die Rolle von Sihanouk — ohne bewaffneten Rückhalt bei den siegreichen Roten Khmer - nicht qualitativ von der Madame Sun Yat Sens in der Mao-Regierung nach 1949. („Der Prinz hat zugegeben, daß es wenige ‚Sihanukisten‘ in der Rebellenbewegung gibt“, *New York Times*, 15. April 1975.) Dieser Tatbestand erklärt Sihanuks Zurückhaltung in der Frage seiner Rückkehr nach Kambodscha sowie seine Bescheidenheit in bezug auf seine Rolle in der neuen Regierung.

Obwohl die FNL selber eine Volksfrontformation ist — mit bürgerlichen Mitgliedern wie dem Buddhisten Nguyen Hun Tho, der zumindest bis 1972 der Vorsitzende des „Rates der Weisen“ der FNL war — werden solche Figuren nach dem militärischen Sieg und in Abwesenheit realer potentieller Koalitionspartner Repräsentativfiguren ohne politische Macht bleiben. (Die *Süddeutsche Zeitung,* 3./4. Mai 1975, spekuliert über ihn als möglichen Staatspräsidenten.)

Volksfrontpolitik: Bremsklotz der Revolution

Diese Situation ist aber nicht schlechthin notwendige Konsequenz der Machtübernahme durch die FNL und die Roten Khmer. Sie ist vielmehr Ergebnis eines spezifischen militärisch-politischen Machtverhältnisses: die Zerschlagung und der Zerfall der bürgerlichen Streitkräfte, der Kollaps und die Flucht aller nennenswerten Teile der südvietnamesischen und kambodschanischen Bourgeoisien. Die FNL und die GRUNK/FUNK sind selber Mehrklassenformationen, obwohl die Macht in diesen „Fronten“ immer in den Händen des stalinistischen Apparates geblieben ist. Ihre Machtübernahme in einer Situation, wo die Bourgeoisie *nicht* atomisiert und machtlos wäre, hätte zu einer bürgerlichen Volksfrontregierung (mit oder *ohne* externe Koalitionspartner) geführt: eine Entwicklung, die eine massive Niederlage ä la Indonesien 1965 für die vietnamesischen oder kambodschanischen Massen hätte vorbereiten können.
So übernahm nach dem Zusammenbruch der japanischen Kolonialherrschaft in Indochina die Viet Minh im August/September 1945 die Regierungsgewalt in Vietnam. Die Viet Minh, erheblich aufgebläht durch die Fusion mit der „Nationalen Einheitsfront“ am 24. August 1945 (eine „trotzkistisch“-bürgerlich-feudale (!) Volksfrontformation der „La Lutte“-Gruppe, Hoa-Hao und Cao-Dai-Organisationen), regierte bis Herbst 1946 als eine bürgerliche Volksfront mit kommunistische Ministern und Ho Tschi Minh als Staatspräsidenten. Zwei Tage nach der Machtübernahme der Viet Minh in Saigon erklärte Nguyen Van Tao für die Regierung:

„Diese Regierung ist nur eine demokratische Regierung und kann deswegen diese Aufgabe (Aufteilung des Großgrundbesitzes, die Red.) nicht übernehmen, ich wiederhole, unsere Regierung ist eine demokratische und bürgerliche Regierung, obwohl die Kommunisten an der Macht sind“ (Luden (Ho Huu Thuong?), „Quelques etapes de la revolution en Nam-Bo du Viet-Nam“, *Quatrieme Internationale,* September-Oktober 1947).

Die Regierung war eine bürgerliche Volksfront, obwohl sie nicht in einer Koalition mit anderen Parteien regierte (die anderen Gruppen lösten sich in der Viet Minh — eine kleinbürgerlich-nationalistische *Front*, nicht eine Partei — auf). Diese Viet-Minh-Regierung hieß die Truppen der imperialistischen britischen Armee unter General Gracey willkommen, zerschlug den Aufstand der Saigoner Arbeiter gegen die englischen und französischen Besatzungstruppen (September 1945), verhandelte mit der französischen Volksfrontregierung über die Eingliederung Vietnams in die „Union Francaise“, massakrierte die Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) und die Zentristen der „La Lutte“-Gruppe und entwaffnete politisch (aber nicht nur politisch!) die vietnamesischen Massen vor der Wiedereroberung Vietnams durch die Franzosen.

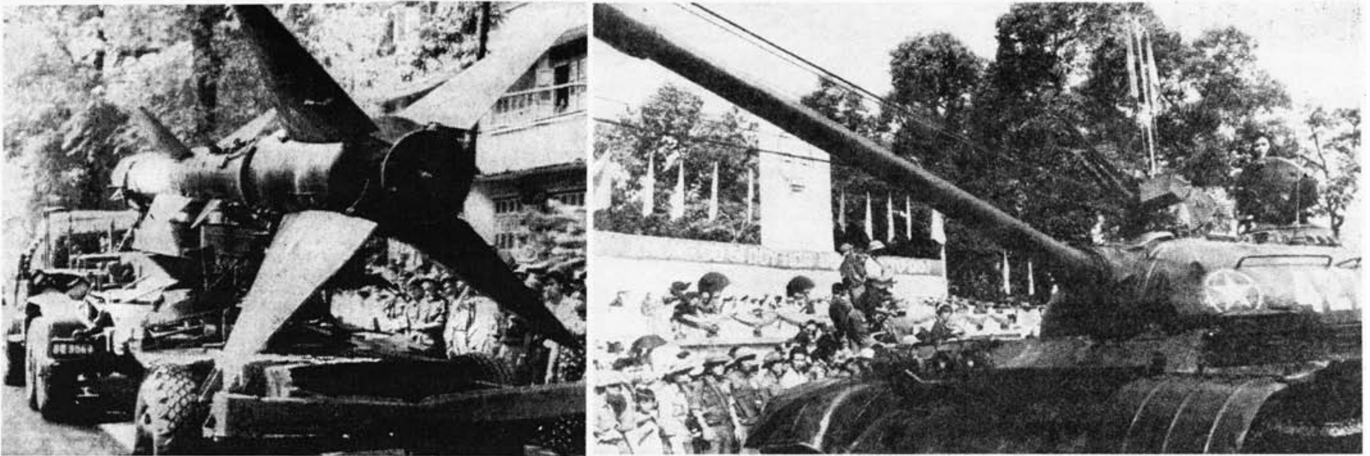
Die FNL unterscheidet sich von der Viet Minh weder in ihrem Mehrklassenblock-Charakter noch in ihrer Etappen-Theorie der



Pekinger Bürokratie hofiert Kommunistenschlächter und jetzige Gallionsfigur Sihanuk (hier mit seiner Frau bei der Siegesfeier in Peking).

Revolution. Der Unterschied zu 1945-46 ist die politische Atomisierung (und Flucht) der südvietnamesischen Bourgeoisie und die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in Saigon und Südvietnam — beides als Ergebnis des militärischen Sieges der FNL.

Noch ausgeprägter ist der klassenkollaborationistische Charakter der GRUNK/FUNK, eines stalinistisch-nationalistisch-feudalen „Volksbündnisses“. Mitgliedschaft in der GRUNK war offen z.B. für „qualifizierte Vertreter der buddhistischen Geistlichkeit, der Armee, der Polizei, der Provinzgarde, für junge Leute, Intellektuelle, Bauern, Arbeiter, andere Werktätige, Industrieunternehmer, Ladenbesitzer, Staatsbeamte, Frauen usw., die zu den ganzen patriotischen, progressiven, antiimperialistischtendierenden Gruppen gehören“ *{Le Monde,* 25. März 1970). Nur die klägliche Schwäche der kambodschanischen Lakaien und der totale militärische Sieg der Roten Khmer verhinderten



SAM-Rakete und T54-Panzer bei der Saigoner Siegesparade: Mit Waffen sowjetischer („sozialimperialistischer") Herkunft einen „Volkskrieg" geführt?

die Stärkung des bürgerlichen Pols der GRUNK um Sihanuk, die Möglichkeit einer für die Massen fatalen bürgerlichen Koalition mit Roten-Khmer-Ministern eröffnend. Die Analyse unserer amerikanischen Genossen wird durch die gegenwärtige Entwicklung bestätigt:

„Wenn jedoch die GRUNK die Macht nach der Niederlage des Lon-Nol-Reginies durch Rote-Khmer-Streitkräfte übernimmt und die U.S.-Regierung durch einheimische Probleme zu paralysiert ist, um zu intervenieren, könnte die stalinistische Komponente dieser labilen Volksfront die monarchistische. Hülle ab legen und zu einem deformierten Arbeiterstaat führen" *(Workers Vanguard* Nr. 26, 3. August 1973).

Daß der bürgerliche Staatsapparat tatsächlich zerschlagen ist, zeigt sich in der Entwaffnung der ehemaligen Thieu-Polizei, Armee und Miliz in Vietnam wie in der Internierung und „Umerziehung" von Offizieren des Thieu-Regimes. Das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften in privatem Besitz sowie die Auflösung aller bisherigen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen beweist - trotz der Erklärung von Radio Giai Phong (FNL-Sender), daß Süd Vietnam in Zukunft eine „unabhängige, demokratische, friedfertige und neutrale Republik" sein wird -, daß die Stalinisten den Staatsapparat fest in der Hand haben. Trotz der Erklärung der Provisorischen Revolutionären Regierung vom 1. April 1975, die in reinster Volksfront-Manier das Eigentum von Geschäftsleuten garantiert und „die Besitzer von Industrien, Pflanzen- und Obstplantagen" ermuntert, „ihre Tätigkeit fortzusetzen", wurden gleich nach dem Sieg sämtliche Produktionsmittel zum „Volksbesitz" erklärt *(SZ,* 3./4. Mai 1975), obwohl vorerst anscheinend nur die Enteignung der geflüchteten Thieu-Anhänger konkret vorgesehen wird. In Kambodscha scheint der Vorgang nicht qualitativ anders zu sein.

Für die politische Revolution in den deformierten Arbeiterstaaten Indochinas!

Obwohl die Macht der Bourgeoisie in Südvietnam und Kambodscha gebrochen ist, ist die Macht jedoch nicht in die Hände der Arbeiter und armen Bauern übergegangen. Die Macht ist in den Händen der bürokratischen Führungsschichten der FNL und der Roten Khmer, gestützt auf ihren militärischen Apparat und auf die nordvietnamesischen Divisionen. Ein solcher bonapartistischer Militärapparat mit einer stalinistischen Führung und einer passiven Stütze unter den Bauern, aber seit Jahrzehnten ohne städtischen, proletarischen Rückhalt kann nicht proletarische Räte aus der Luft zaubern — und hat auch kein materielles Interesse daran, einen solchen Schritt zu unternehmen.

Jedoch sind proletarische Räte, Sowjets als die demokratische Regierungsform der Produzenten, unabdingbar für die Herrschaft der Arbeiterklasse, die sich auf die armen Bauern stützt. Deswegen erheben wir die Forderung: für die politische Revolution in Hanoi, Saigon und Pnom Penh — für die Sowjetdemokratie.

Wie unsere Genossen in der „Grundsatzerklärung der Spartacist League" (1966) geschrieben haben:

> „Die Spartacist League bekämpft grundsätzlich die im menschewistischen und stalinistischen Reformismus verwurzelte maoistische Doktrin, die die Avantgarderolle der Arbeiterklasse leugnet und als Ersatz die bäuerliche Guerillakriegsführung als Weg zum Sozialismus anbietet. Bewegungen dieser Art können unter gewissen Umständen, d.h. der extremen Desorganisierung der kapitalistischen Klasse in dem kolonialen Land und dem Fehlen einer Arbeiterklasse, die unter eigener Fahne um die gesellschaftliche Macht kämpft, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zerstören; aber sie können der Arbeiterklasse nicht zu politischer Macht verhelfen. Eher bringen sie bürokratische, antiproletarische Regime hervor, die jede weitere Entwicklung dieser

Revolutionen in Richtung Sozialismus unterdrücken.“

Um einen Arbeiterstaat wie den in Rußland unter Lenin zu schaffen, müssen die parasitären Bürokratien in Hanoi, Saigon und Pnom Penh durch die Massen der Arbeiter und armen Bauern hinweggefegt werden, die ihre Macht auf Sowjets gründen werden. Nur diese proletarische politische Revolution kann den Weg zum Sozialismus für die Massen Indochinas eröffnen — als Bestandteil der sozialistischen Weltrevolution.

Sieg im Volkskrieg?

Typisch für die maoistischen Blätter schrieb die *Rote Fahne* in ihrer Überschrift am 30. April 1975 „Feiern wir mit den Völkern Indochinas! Sieg im Volkskrieg!“ Der Mythos des siegreichen Volkskrieges von Bauern mit Pungi-Stäben und erbeuteten Flinten gegen Panzer und Düsenjäger muß schärfstens bekämpft werden. Diese „Theorie“ des „Auf-sich-selbst-Verlassens“, verkündet von Mao und Lin Biao um 1968, dient lediglich als Alibi für die klägliche Unterstützung, die die FNL und Nordvietnam von den beiden deformierten Arbeiterstaaten, UdSSR und VR China, erhielten.

Wenn auch in einem Bürgerkrieg die Bedeutung kämpferischen Geistes im Dienste der Revolution nicht unterschätzt werden sollte, so ist er doch kein Ersatz für Panzer und Düsenjäger. Die Idealisierung des schlechtbewaffneten Guerillas, der gegen modernste Waffensysteme durch reine Willenskraft siegt, ist nicht nur eine Illusion, sondern ein Verbrechen. Nicht nur, daß die Vorstellung nicht der Wirklichkeit entspricht (seit spätestens 1968 trugen die *relativ* gut bewaffneten nordvietnamesischen Einheiten in Vietnam die größte Bürde des Krieges), sondern die schlechtere Bewaffnung der FNL und der nordvietnamesischen Einheiten hat Tausenden mutiger Kämpfer ihr Leben gekostet. Es ist nicht ein Grund zu trauern, daß das Tor des Präsidentenpalasts in Saigon durch einem halbwegs modernen russischen Panzer (T 54) eingebrochen wurde (vermutlich für die Maoisten ein Beispiel des gefährlichen sozialimperialistischen Einflusses in Vietnam). Zu bedauern ist, daß die FNL (und noch mehr die Roten Khmer) so wenige solcher Panzer hatten.

So hat — unseres Wissens als einzige Tendenz der Arbeiterbewegung - die Spartacist League/U.S. 1966 die Sowjetunion aufgerufen, Nordvietnam unter ihren nuklearen Schutzschild zu nehmen *(Spartacist* Jan.-Feb. 1967). Eine eindeutige Erklärung der Sowjetunion, daß sie eine amerikanische Terrorbombardierung Nordvietnams nicht tatenlos hinnehmen würde, hätte unzählige Opfer der Bombardierung in den nachfolgenden Jahren retten können. Diese Forderung war in der Endphase des Krieges — bei zunehmender Gefahr amerikanischer Repressalien gegen Nordvietnam — wieder brennend aktuell. Wie die Mayaguez-Affäre beweist, ist die Gefahr amerikanischer militärischer Übergriffe noch weit nicht gebannt.

Alle US-Streitkräfte müssen aus Südostasien abgezogen werden. Die Sowjetunion muß Nord- und Südvietnam sowie Kambodscha unter ihren nuklearen Schutzschild nehmen!

Die falschen Lehren aus Vietnam

Opportunisten haben seit der chinesischen Revolution die (realen oder vermeintlichen) Erfolge von Guerillabewegungen zum Anlaß genommen, die Notwendigkeit des Aufbaus leninistischer Parteien praktisch und/oder theoretisch zu leugnen. Beispiele in Reinkultur sind guevaristische („focistische“) Strömungen sowie Stadtguerilla-Befürworter. Die „orthodoxen“ Maoisten haben die Bauern der „dritten Welt“ zur Hauptkraft der Revolution gemacht (oft genug unter Führung ihrer „patriotischen Prinzen“ wie Sihanuk, ihrer antiimperialistischen Komprado-ren-Kaiser wie Haile Selassie oder ihrer fortschrittlichen Massenmörder wie Bandaranaike) und haben der europäischen Arbeiterklasse die Rolle einer Hilfskraft für die NATO zugewiesen. Doch auch politische Strömungen, die sich auf den Trotzkismus berufen, haben vor der „Guerilla-Weg zur Macht“ kapituliert. Und mit dieser strategischen Kapitulation verbindet sich eine politische Kapitulation vor den stalinistischen Führungen der Guerillas.

Für diesen Revisionismus ist das „Vereinigte“ Sekretariat Ernest Mandels charakteristisch. So reagierte Ernest Germain (innigster Freund Mandels) auf dem Sieg der chinesischen und jugoslawischen Stalinisten mit einer Theorie der Selbstaufhebung des Stalinismus unter dem Druck der Massen:

> „Unsere Bewegung nahm traditionell an, daß die Überwindung des Stalinismus durch die Massen verbunden ist mit tiefen Spaltungen innerhalb der kommunistischen Parteien. Die jugoslawischen und chinesischen Beispiele haben (aber) gezeigt, daß unter außergewöhnlichen Bedingungen ganze kommunistische Parteien ihre politische Linie modifizieren können und den Kampf der Massen bis zur Übernahme der Macht führen können, wobei sie über die Ziele





Ta Thu Thau (links) und Ho Tschi Minh



Siegesfeier in Hanoi.

des Kremls hinausgehen. Unter solchen Umständen hören die Parteien auf, im klassischen Sinne des Wortes stalinistische Parteien zu sein" („What Should be Modified and What Should be Maintained in the Theses of the Second World Congress of the Fourth International on the Question of Stalinism", *International Information Bulletin,* April 1951).

Die rapide Rechtsentwicklung der Tito-Bürokratie ließ nur beschränkte Zeit für eine Anbiederung an diese Stalinisten (aber die Mandelianer haben es fertiggebracht, für mehrere Monate in Deutschland eine gemeinsame Organisation mit den Titoisten zu hegen), aber die Auffassung der Mao- Bürokratie als „zentristisch" blieb ein Merkmal des Mandel- Flügels des VS bis nach der Kulturrevolution — bis Nixon- Besuche in. Peking diesen Impressionisten unheimlich wurden.

Aber diese grundlegende Fehleinschätzung des jugoslawischen und chinesischen Stalinismus ist mild im Vergleich zur kritiklosen Anbiederung des VS an die vietnamesischen Stalinisten, die unsere vietnamesischen Genossen ermordet und die Revolution 1945 und 1954 verraten haben. Klarste Formulierung dieser Kapitulation findet sich im Buch Pierre Roussets, eines führenden Mitglieds der französischen LCR. Zentralthese des Buches ist:

> „...die vietnamesische Führung als ganze hat die entscheidenden Implikationen der permanenten Revolution für koloniale und semikoloniale Länder assimiliert" *{Le parti communiste vietnamien,* Paris 1973, S. 98).

Die Frage des stalinistischen Massakers von 1945/46 an unseren trotzkistischen Genossen reduziert Rousset auf die Tatsache, daß es „eine Kluft" zwischen Stalinisten und Trotzkisten gab und daß die Stalinisten die nationale Frage etwas - „überschätzt", die Trotzkisten sie jedoch etwas „unterschätzt" hätten (Rousset, a.a.O, S. 44)! Ho Tschi Minh hat die Frage erheblich ehrlicher behandelt, als er zur Frage der Ermordung von Ta Thu Thau in einem Interview mit Daniel Guerin gesagt hat: „Alle die, die nicht der Linie folgen, die ich festgelegt habe, werden gebrochen werden" (Lacoutre, *Ho Chi Minh,* New York, S. 148).

Die Kapitulation des VS vor den vietnamesischen Stalinisten führt die Revisionisten um Mandel dazu, die Existenz ihrer eigenen Sektion in Vietnam zu ignorieren, nur weil diese die Nachtrabpolitik gegenüber den Stalinisten nicht in jeder Variante mit vollziehen will und folglich ein Hindernis für die liquidatorische Anpassung darstellt.

> „Unsere BLV-Gruppe wurde als Sektion der Internationale 1947 konstituiert und trat der Internationale bei...Sie ist der gegenwärtige Träger der trotzkistischen Traditionen und Ideen in Vietnam... Unter den besonderen historischen Bedingungen, wo die enorme Kraft der vietnamesischen KP alle Organisationen links von ihr zerstört, ist es eine äußerst schwere Aufgabe, als trotzkistische Gruppe — sogar nur als Propagandagruppe - bestehen zu bleiben. Wir waren dazu imstande während der letzten Jahre ohne Hilfe von der Internationale oder von der Ligue Communiste ...
> Wir bitten Euch, unsere Existenz den Sektionen bekannt zu machen..." (Brief der Bolschewistisch-Leninistischen Gruppe Vietnams an den 10. Weltkongreß des VS vom 5. Februar 1974, in: *International Internal Discussion Bulletin,* Vol. XI, No. 5, April 1974).

Es versteht sich von selbst: Die vietnamesischen Genossen warten bis heute vergeblich auf eine Antwort des VS auf ihren Brief.

...und die falschen Vorbilder

Weniger offen, aber potentiell ebenso verhängnisvoll ist die Revision des Trotzkismus und Leninismus, die der Spartacusbund begeht. Während die GIM und ihr internationaler Block die Geschichte des vietnamesischen Trotzkismus einfach übersieht, um so leichteren Gemüts „Ho, Ho, Ho Tschi Minh" rufen zu können, knüpft der Spartacusbund gerade an den schwerwiegenden politischen Fehlern der vietnamesischen Genossen an. So lobte *Ergebnisse und Perspektiven* von Spartacus/BL (1972) die „Arbeitereinheitsfront" der Ta-Thu-Thau-Gruppe mit den Stalinisten „Mitte der 30er Jahre". (Dieser Artikel kann als offizielle Stellungnahme des Spartacusbundes betrachtet werden, da *Spartacus* Nr. 15, 14. April 1975, ihn ohne Distanzierung zitiert: „Was wir bereits im Sommer 1972...schrieben../[4]). Die *Taktik* der Einheitsfront, d.h. kurzfristige Aktionsbündnisse mit voller Freiheit der Propaganda, ist ein notwendiges Kampfmittel für Leninisten; aber es handelte sich keineswegs um eine solche Aktionseinheit: Die Ta-Thu-Thau-Gruppe war zwischen 1933 und 1937 in einem Propagandablock mit den südvietnamesischen Stalinisten um Tran Van Giau (ein führender Trotzkistenmörder von 1945/46). Sie haben gemeinsame Listen (mit erheblichem Erfolg) zu den Wahlen aufgestellt und ein gemeinsames Propagandaorgan herausgegeben *{La Lutte,* der Name wurde von der Ta-Thu-Thau-Gruppe nach dem Auflösen des Blockes behalten). Obwohl der Grad der Zusammenarbeit uns nicht präzise bekannt ist (wir wissen, daß die Koalition sich auf legale Aktivität beschränkte, beide illegalen Apparate jedoch getrennt arbeiteten), mußten solche gemeinsamen Kandidaturen und gemeinsame Propaganda über mehrere Jahre zwangsläufig zur Verwischung der tiefgehenden politischen Differenzen zwischen beiden Gruppen im Bewußtsein der Massen geführt haben. Sie ist deswegen von Leninisten schärfstens abzulehnen, obwohl die Weigerung der Ho-Huu-Thuong-Gruppe (der IKL) in dieser Periode, irgendwelche Zusammenarbeit mit den Stalinisten zu unternehmen,

ein sektiererischer Irrtum gewesen ist. Die Weiterführung dieses Blockes in die Periode der Volksfront hinein (als die Stalinisten versucht haben, verschiedene bürgerliche und feudale Elemente in ein Bündnis hineinzulocken), muß als politischer Verrat bewertet werden. (Die Spartacus-bund-Vorgängerorganisation erwähnt mit keinem Wort diese Tatsache. Für mehr Information über vietnamesischen Trotzkismus siehe „Stalinism and Trotskyism in Vietnam“ in: *Workers Vanguard* Nr. 19,20,21.)

Obwohl die Politik der „La Lutte“-Gruppe ab Mitte 1937 einen militanteren Charakter annahm, zeigte sich ihre politische Unklarheit erneut im Jahre 1945. „La Lutte“ hatte nicht nur eine „Nationale Einheitsfront“ mit der feudalistisch-mystischen Cao-Dai-Sekte, der kleinbürgerlichen Hoa-Hao-Gruppe und der vietnamesischen Kuomintang zusammengezimmert, sie liquidierte die Front im September 1945 in die Viet Minh hinein. Dagegen hat sich die IKL von Ho Huu Thuong 1945 in den „Volkskomitees“ von Saigon und Cochinchina führend betätigt, die vor ihrer Zerschlagung durch die französische Armee und die stalinistische Polizei Ansätze von Räten in Südvietnam darstellten. Unsere Solidarität mit den Märtyrern von 1945/46 darf uns nicht dazu verleiten, ihre erheblichen politischen Fehler kritiklos hinzunehmen. Allerdings: daß der Spartacusbund und Spartacus/ BL besonders angetan von einem gelungenen „Kommunistischen Wahlbündnis“ sind, scheint uns nicht zufällig zu sein. Er sollte dann aber auch die Niederlage dieser Politik schlucken!

Gleichfalls beweist seine Forderung „FNL an die Macht“ eine fundamentale Verwirrung in der Frage der Volksfront. In dem vietnamesischen *Bürgerkrieg* war es notwendig, die FNL (wie die Roten Khmer und Pathet Lao) im Kampf gegen die vietnamesischen Kompradoren und den U.S.-Imperialismus *militärisch* zu unterstützen — aber nicht diese Volksfronten *politisch* auf irgendwelche Weise zu unterstützen.

Eine reformistische *Arbeiterpartei* kann unter Umständen (z.B. in Wahlen) kritisch unterstützt werden, nicht aber eine Formation, in der die Arbeiterklasse als Klasse kerne politische Unabhängigkeit besitzt. „FNL an die Macht“ ist unter normalen Umständen die Formulierung für einen stalinistischen Verrat wir im Jahre 1945 — und nur unter besonderen Bedingungen für die Entstehung eines bürokratisch-deformierten Arbeiterstaates. Trotzki hat im spanischen Bürgerkrieg für den *militärischen* Sieg der Volksfront gegen Franco aufgerufen, aber *nie* diese Volksfront aufgefordert, die Macht zu übernehmen oder auf andere Weise das Regime politisch unterstützt.

Der endgültige Sieg der indochinesischen Revolution kann nur gesichert werden durch den Sturz der bonapartistischen Bürokratien in Hanoi, Saigon und Pnom Penh. Die Forderung **Ganz Indochina muß kommunistisch werden** behält volle Gültigkeit. Sie ist die Forderung für die soziale Revolution in Laos und die proletarische politische Revolution in Kambodscha, Nord- und Süd Vietnam, für die Errichtung der Sowjetdemokratie der Arbeiterklasse, für die internationale proletarische Revolution. Aber ohne seine revolutionäre Partei wird das Proletariat nicht siegen. Der Aufbau proletarischer Parteien im Geiste Lenins und Trotzkis ist ein notwendiger Bestandteil des Kampfes für die politische Revolution in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten, für die soziale Revolution in den kapitalistischen Ländern - für die internationale sozialistische Revolution. **Für den Aufbau trotzkistischer Parteien in Indochina! Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!**

Kommunistische Korrespondenz

Kapitalismus in Pnom Penh und Saigon zerschlagen!

Der Sturz der südvietnamesischen und kambodschanischen Kompradorenregime ist ein Sieg für das internationale Proletariat und eine empfindliche Niederlage für die imperialistische Bourgeoisie. Vor allem der militärische Sieg der Front der Nationalen Befreiung (FNL) nach 30 Jahren Bürgerkrieg in Vietnam ist ein wichtiger Schlag gegen die stärkste imperialistische Weltmacht, die USA. Klassenbewußte Kämpfer begrüßen mit Freude diese Ereignisse, Ergebnis der Opferbereitschaft der nordvietnamesischen-, FNL- und Roten-Khmer-Kämpfer, und fordern die sofortige diplomatische Anerkennung der neuen. Regierungen.

Kambodscha und Süd Vietnam: Zwei neue, von Anfang an deformierte Arbeiterstaaten

In Südvietnam und Kambodscha sind zwei deformierte Arbeiterstaaten entstanden (was weder mit der „Befreiung der südvietnamesischen und kambodschanischen Massen noch mit der Macht der Arbeiter und armen Bauern in diesen Ländern gleichzusetzen ist). Ob Nationalisierungen in nächster Zeit vorgenommen werden oder erst (wie in China nach 1949) nach Jahren (und bisher sind die Berichte widersprüchlich), die Macht der Kapitalistenklasse ist in beiden Ländern zerschlagen, Vietnam und Kambodscha sind aus den Händen der Imperialisten entrissen. Die bewaffneten Kräfte, auf die sich die neuen Staatsapparate stützen, haben es (trotz Bemühen) nicht geschafft, eine Koalition mit nennenswerten Kräften der Bourgeoisie in den jeweiligen Ländern zustande zu bringen, und werden keine Alternative haben, als die Eigentumsformen Rußlands, Chinas und Nordvietnams in Südvietnam zu reproduzieren. Die einzig andere Alternative wäre die bewaffnete Konterrevolution der jetzt zersplitterten und machlosen bürgerlichen Elemente. Es ist die Pflicht aller Sozialisten, die deformierten Arbeiterstaaten Indochinas — wie der Arbeiterstaaten überhaupt — bedingungslos zu unterstützen gegen konterrevolutionäre Bestrebungen', ob sie nun von einheimischen bürgerlichen Kräften ausgehen oder den Charakter einer imperialistischen Intervention annehmen.

Daß jedoch eine stalinistische Front ausnahmsweise im militärischen Kampf *siegt,* anstatt die Massen in eine blutige Niederlage zu führen (wie in China 1927/28, Vietnam 1945/46 und Indonesien 1965), ist nicht ein Beweis für die Richtigkeit der menschewistischen „Revolution in Etappen“ noch der an den alten Sozialrevolutionären anklingenden Illusionen über die Macht des bewaffneten Bauerntums als revolutionärer Klasse. Gerade die *Bedingungen*, die mit allen siegreichen stalinistisch-



DRV-FNL-Truppen marschieren in Da Nang ein.

geführten „Volkskriegen“ verbunden sind, zeigen den verfehlten Charakter dieser Strategie. Wie 1949 in China so auch 1975 hat diese Strategie nur in einer Situation der massiven Desorganisierung der einheimischen Bourgeoisie zum Sieg geführt, in einer Situation der Regierungsunfähigkeit nach jahrelangem korrupten und brutalen Dahinvegetieren, wo die imperialistische Bourgeoisie nicht mehr diese Regierung durch massive Unterstützung zu halten versucht, und in Ermangelung einer proletarischen Massenbewegung, die den Mehrklassencharakter der „Befreiungsfront ‘ spalten und die stalinistische Führung in größere Angst vor den proletarischen Massen als vor der Bourgeoisie versetzen würde.

Die militärischen Siege in Kambodscha und (noch mehr) in Vietnam sind das Produkt weniger der letzten militärischen Offensiven, sondern des Kollapses der schwachen einheimischen Bourgeoisien. Politisch darauf aus, Druck auf die einheimische Bourgeoisie und „öffentliche Meinung“ in den USA auszuüben, um dadurch die Durchführung des Pariser Abkommens zu erreichen, führten die Offensiven zum schnellen Zerfall der Kompradorenregierungen. So nahm die Offensive der FNL nie das Ausmaß der 68er Tet-Offensive an und machte

Fortgesetzt auf Seite 23

Trotzkistische Liga Deutschlands

Organisationskomitee Köln

Der Kommunistische Bund Westdeutschland und der Kampf gegen den § 218

Der KBW, die stärkste der maoistischen Organisationen in der Bundesrepublik, hat seit einiger Zeit den Kampf gegen den Paragraphen 218 zu einem Schwerpunkt seiner praktischen Aktivitäten gemacht. Als Folge davon sind in vielen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin Komitees und Initiativgruppen entstanden. Eine gewisse Resonanz kann man dieser Kampagne nicht absprechen; sie beweist, wie richtig es ist, gerade jetzt — nach dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts — nicht zu kapitulieren, sondern den Kampf gegen den Schandparagraphen weiterzuführen. Als keineswegs bewiesen sehen wir dagegen den Sinn und Zweck der zentralen Stoßrichtung an, die der KBW der §-218-Bewegung zu geben versucht: „Das Volk selber soll entscheiden ! Volksentscheid !"

Wenige Wochen, nachdem der Ständige Ausschuß des ZK des KBW die Losung des Volksentscheids in die Welt gesetzt hatte, hat der Sekretär des ZK, Joscha Schmierer, in einem Artikel in der *Kommunistischen Volkszeitung (KVZ)* vom *26.3.15* die Linie seiner Organisation zu erläutern versucht. Er schließt mit einer Aufforderung an alle anderen Organisationen, die sich revolutionär nennen, zu dem Vorschlag des KBW Stellung zu nehmen und drückt die Hoffnung aus, daß diese Stellungnahmen ernsthaft ausfallen werden. Alle Stellungnahmen aber, die seitdem von anderen Organisationen eingegangen sind, hat der KBW als ausgesprochen unernst zurückgewiesen. Teilweise durchaus zurecht!

Ein kleiner Exkurs über Pseudotrotzkismus

Vor allem, was sich die „Gruppe Internationaler Marxisten" (GIM), die sich stolz „Deutsche Sektion der Vierten Internationale" nennt, in ihrem Artikel „Volksentscheid?" (*Was Tun,* 30.4.75) leistet, muß jedem revolutionären Marxisten die Haare zu Berge stehen lassen.

Nach einer blamablen Fehlleistung (Verwechslung des *gesellschaftlichen* mit dem *politischen* Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat), die Joscha Schmierer die Gelegenheit gibt, der GIM Nachhilfeunterricht in einer Grundfrage des Marxismus-Leninismus zu erteilen, ergeht sich die GIM in einem wahren Lobgesang auf *die* „Frauenbewegung", ohne auch nur zu erwähnen, wie sehr diese Bewegung von der bürgerlichen Ideologie des Feminismus durchdrungen ist, der das Women's Liberation Movement in den USA bereits völlig zersetzt hat.

Die GIM propagiert ausdrücklich die „Autonomie der Frauengruppen" (eine Konzeption, die schon die Kommunistische Internationale schärfstens verurteilte). Die GIM identifiziert sich völlig mit den Zielen der Bewegung, „weil es auch unsere Ziele sind".

Was diese Ziele allerdings sind (sind z.B. die Feministinnen der „Frauenbewegung" für die Diktatur des Proletariats, ja oder nein?), darüber braucht sich die GIM anscheinend nicht genauer auszulassen, noch weniger über das *Programm,* mit dem man (Verzeihung: frau) für diese Ziele kämpft (habt ihr überhaupt schon versucht, eure „Schwestern" für das trotzkistische Übergangsprogramm zu gewinnen, ja oder nein?). Umso ungebrochener ist der notorische GIM-Optimismus allen kleinbürgerlichen Bewegungen gegenüber:

> „Auch wenn es in der gegenwärtigen Situation keine reale, konkrete Perspektive gibt, den § 218 abzuschaffen, so wird die Frauenbewegung, statt illusionäre Scheinlösungen anzubieten, es nicht aufgeben, den Frauen in Gewerkschaften, Betrieben, Stadtteilen, Schulen und Universitäten ihre spezifische Unterdrückung bewußt zu machen, sie einzubeziehen und zu organisieren für ihren Kampf, um damit die Voraussetzung zu schaffen für die endgültige Durchsetzung ihrer Ziele. FRAUEN GEMEINSAM SIND STARK!"

Dem KBW wird vorgeworfen, der Frauenbewegung seine Forderungen aufzuzwingen und, falls das nicht gelingt, *alternativ* zu den vielen Frauengruppen und -Zentren" (Hervorhebung im Original!) eigene

Komitees zu gründen. Es wird, wohlgemerkt, nicht die berechtigte Frage aufgeworfen, ob der KBW seine Volksentscheids-Parole *ultimativ* aufstellt und damit eine breite Aktionseinheit für die ersatzlose Streichung des § 218 verhindert, sondern der KBW wird kritisiert, weil er Alternativen zu den Vorstellungen von Frauengruppen und -Zentren entwickelt, die nach Meinung der GIM offenbar naturgegeben die Führung in einer solchen „Frauenfrage" wie dem Kampf gegen den § 218 innehaben müssen. Und die GIM ist noch stolz darauf, den Frauen gegenüber kein Alternativprogramm vorweisen zu können.

Besäße die TLD noch einen Rest „verwandtschaftlicher" Gefühle gegenüber anderen Gruppen, die sich dreist als Trotzkisten bezeichnen, so hätten wir uns in den Boden geschämt. Allerdings vertritt unsere internationale Tendenz seit ihrer Entstehung die Ansicht, daß es keine „Familie des Trotzkismus" gibt!

Ein Disput unter Schwerhörigen

Weitaus ernsthafter als die GIM hat sich der Kommunistische Bund (KB „Nord") mit den Vorschlägen des KBW auseinandergesetzt. Doch ähnelt der Disput zwischen beiden Kommunistischen Bünden stark einem Streit unter Schwerhörigen. Daran ist allerdings in erster Linie der KBW selbst schuld, genauer die verklausulierte und offenbar bewußt unklare Art, mit der er *die Stoßrichtung, das genaue taktische Kalkül und die geplanten praktischen Schritte* seiner Kampagne bisher in der *KVZ* und in der Broschüre „Weg mit dem § 218!" dargestellt hat.

Es hegt nun jedoch seit kurzem ein Dokument vor, aus dem man alles Wissenswerte in erfreulicher Offenheit erfahren kann. Eigenartigerweise ist dieses Dokument, dessen Grundlinie wahrscheinlich die Basis für die Beschlußfassung des Ständigen Ausschusses des KBW vom 4. März 1975 darstellt, an etwas versteckter Stelle (und auch reichlich verspätet) veröffentlicht worden: in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift *Rote Robe,* herausgegeben von der Sektion Klassenjustiz der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV), Heidelberg. Es handelt sich um den Artikel: „Volksentscheid: Überdruckventil oder demokratischer Angriff".

Bevor wir zu diesem Artikel Stellung nehmen, soll aber noch kurz dargestellt werden, wie sich dem *KVZ*-Leser, der über keine internen Informationsquellen aus dem KBW verfügt und der auch nicht die *Rote Robe* abonniert hat (also z.B. einem „fortschrittlichen Menschen", der regelmäßig die *KVZ* samstags beim Einkäufen ersteht), die Linie des KBW darstellen muß. Wir stützen uns vornehmlich auf den Artikel von dz (Dorle Zimmer, Sekretärin der Ortsleitung Westberlin) in der *KVZ* vom 16.4., eine Antwort auf den KB.

Auf das Argument des KB, die Forderung nach Volksentscheid sei eine reine Propaganda-Losung, da die Möglichkeit des Volksentscheides auf Bundesebene nicht bestehe, antwortet dz:

> „Also der Volksentscheid kann nicht durchgeführt werden, weil er nicht erlaubt ist. So kleinlich geht es im Klassenkampf allerdings bei keiner der beiden sich feindlich gegenüberstehenden Klassen zu. Schon immer hat die Arbeiterbewegung die Mittel eingesetzt, die sie im Kampf für ihre Interessen brauchte, und die richten sich letzten Endes stets gegen die bürgerliche Legalität."

Sehr schön, daß der KBW keine legalistische Kampagne führen will. Sehr schön auch, daß der KBW sich im Gegensatz zum KB strikt dagegen wendet, die Forderung nach Institutionalisierung des Volksentscheids zu erheben. Doch wie, Genossen, wie soll ein Volksentscheid außerhalb der bürgerlichen Legalität erkämpft werden? Die *Rote Robe* wird uns Auskunft geben; doch der KVZ-Leser erhält von Genossin Dorle nur folgenden delphischen Orakelspruch:

„Aufgabe der Kommunisten ist es, dafür zu kämpfen, daß der Wille der großen Mehrheit des Volkes in der Frage des Rechts auf Abtreibung gegen die Staatsgewalt, die dieses Recht verwehrt, *erfolgreich zur Geltung gebracht werden kann."*(Von uns hervorgehoben; das Wort „Geltung" bitte einprägen!) Schon die Erklärung des Ständigen Ausschusses vom 4.3. hatte festgestellt, es genüge nicht, die Forderung der ersatzlosen Streichung gegenüber dem bürgerlichen Parlament aufzustellen, sondern man müsse „die Demokratie gegenüber dem gesamten bürgerlichen Staatsapparat zur Geltung bringen". Und gestützt auf derartig glasklare Aussagen kann es sich der KBW natürlich leisten, den zentristischen Spartacusbund, der auf einer Veranstaltung in Berlin ähnlich wie der KB argumentierte, abzufertigen: Der Spartacusbund wolle „den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen nicht die Mittel zubilligen, die sie brauchen, um zu siegen" *(KVZ,* 24.4.75).

Ebenso souverän wird der Kommunistische Bund belehrt:

> „...wem nur gefällt was erlaubt ist, der wird es schwer haben, im Klassenkrieg erfolgversprechende Schlachtpläne aufzustellen."

Und noch präziser:

> *„Soll dem Willen des Volkes Geltung verschafft werden, soll sich der Kampf ausbreiten können, muß*

ein Weg gesehen werden, wie dieser Wille der Mehrheit durchgesetzt werden kann. *Demonstrationen und Aktionen allein bringen das nicht“* (Hervorhebungen von uns; das Wort „Geltung“ wird sich jeder sicherlich inzwischen eingeprägt haben).

Schließlich geißelt dz noch den Kleinmut des KB, der sich den Kampf gegen den § 218 nur als langwährend vorzustellen vermag. Nun müßte doch allen fortschrittlichen Menschen klargeworden sein, was der KBW mit seiner Kampagne wirklich will. Nur bei vernagelten Trotzkisten kann nach so vielen kräftigen, klärenden Worten der Verdacht Zurückbleiben, der KBW hätte vielleicht doch sicherheitshalber zusätzlich noch die Worte „Hokus, Pokus, Fidibus“ anwenden sollen, um auch wirklich den Volksmassen die Mittel bereitzustellen, „die sie brauchen, um zu siegen“.

Das Szenario von 1951

Und nun, wie ein Blitz der Erleuchtung, der Artikel aus der *Roten Robe!* Nach einem informativen ersten Teil über den Volksentscheid in der Weimarer Republik und in der Nazizeit, sowie über die Beratungen in dieser Frage bei der Verabschiedung des Grundgesetzes widmet sich der Artikel hauptsächlich der Darstellung eines historischen Präzedenzfalles — für den KBW *des* historischen Präzedenzfalles. Ende 1950 war nämlich schon einmal eine Kampagne für eine Volksbefragung gestartet worden, und zwar von der damaligen KPD. Die *Rote Robe* berichtet:

„Im Januar 1951 wurde der Hauptausschuß für die Volksbefragung gegründet, dem Kommunisten und viele fortschrittliche und liberale (!) Persönlichkeiten angehörten. Er formulierte die Abstimmungsfrage: ‚Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951? ‘ Es wurden Initiativen entfaltet, die zu einer Massenbewegung führten. Überall in der BRD entstanden regionale Volksbefragungskomitees; wo immer sie die Befragung durchführten (? !), stimmte eine große Mehrheit gegen die Remilitarisierung.“

Am 24.4.1951 wurde dieser „Volksentscheid“ von der Bundesregierung verboten und mehrere der daran beteiligten Organisationen (so die FDJ, die VVN und der Gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft) für illegal erklärt; KPD-Zeitungen wurden verboten und der Prozeß zum Verbot der KPD wurde vorbereitet. Diese Maßnahmen wurden in einem Prozeß vor dem Bundesgerichtshof (BGH) bestätigt; und zwar mit einer Begründung, die von der *Roten Robe* wie folgt referiert wird: „Solange eine Volksbefragung nur Meinungsumfrage betreibt, ist sie nach Ansicht des Bundesgerichtshofes legal. Ihre Verfassungswidrigkeit beginnt dort, wo sie für den Willen des Volkes *Geltung* gegenüber den Organen des bürgerlichen Staates beansprucht.“ (Diesmal ist das Wort „Geltung“ nicht von uns, sondern vom Autor des Artikels hervorgehoben worden !)

Auf einmal wird völlig klar, was der KBW beabsichtigt: Er will, nach einer gewissen Vorbereitungszeit (Unterschriftensammlung, zentrale Demo in Bonn usw.) *den Volksentscheid selbst in die Hand nehmen* (wahrscheinlich mittels eines „Hauptausschusses“, zu dessen Bestückung die KBW-Führung wohl heute schon nach liberalen „Persönlichkeiten“ Ausschau hält). Er wird dabei den Anspruch vertreten, hiermit nicht nur eine zweite Unterschriftensammlung in etwas originellerer Form zu organisieren, sondern die Meinung des „Volkes“ gegenüber den Unterdrückungsorganen des bürgerlichen Staates zur Geltung zu bringen. Das muß dann (so meint jedenfalls der KBW) zwangsläufig die ganze Repressionsmaschinerie dieses Staates in Bewegung setzen. Angesichts der Popularität des Kampfes gegen den § 218 würde dies jedoch den bürgerlichen Staat immer stärker von den Volksmassen isolieren. Die *Rote Robe* führt dazu aus:

> „Nur wenn der Volksentscheid den Staatsorganen in einer bestimmten Frage *bestreitet,* eine Entscheidung *mit Verbindlichkeit für das Volk* zu fällen, bekommt er eine Stoßrichtung gegen den bürgerlichen Staat. Dann aber ist er geeignet, *große Teile des Volkes bewußt gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen“* (Hervorhebungen von uns).

Mit seiner Konzeption des „demokratischen Kampfes“ bezweckt der KBW also keineswegs, wie ihm teilweise von Konkurrenten im maoistischen Lager (KPD usw.) vorgeworfen wurde, eine rein legalistische Vorgehensweise; er glaubt vielmehr, daß der „demokratische Kampf", sofern er nur mit der richtigen Stoßrichtung vorangetrieben wird, zwangsläufig eine tiefe Krise der bürgerlichen Herrschaft hervorrufen muß. Und er glaubt ganz konkret, mit der Kampagne gegen den § 218 *den* Hebel gefunden zu haben, um in recht kurzer Zeit eine solche Situation herbeiführen zu können. Deshalb also der Hohn und Spott über alle diejenigen, die von einer langwährenden Kampagne gegen den Paragraphen reden.

Wie es dann weitergehen soll, darüber findet man in der *Roten Robe* zwar direkt keinen Hinweis, doch gibt eigentlich das gesamte Programm des KBW eine Antwort auf diese Frage. Grundidee dieses Programms ist es ja, den „demokratischen Kampf” als *die* Brücke zwischen den Tageskämpfen der Massen und der sozialistischen Revolution anzusehen. Gelänge es mittels der §-218-Kampagne wirklich, „große

Teile des Volkes bewußt gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen", dann müßte es doch auch gelingen, in diese „Volksbewegung" die übrigen demokratischen Kampfforderungen des KBW-Programms hineinzutragen, die Bewegung damit zu verbreitern und zu vertiefen und so schließlich das Sprungbrett für die Revolution zu schaffen. Und wenn der KBW geradezu suggestiv versichert (Autosuggestion ist hierbei wahrscheinlich der entscheidende Faktor), der Kampf gegen den § 218 werde - und könne, um überhaupt erfolgreich zu sein - nicht ein langwährender sein, dann wird wohl auch die sozialistische Revolution nicht mehr allzulange auf sich warten lassen.

Die Mystifizierung der „Volkskämpfe"

Wir sind mit Karl Marx der Meinung, daß Revolutionäre nicht vor der Ungeheuerlichkeit ihrer Ziele zurückschrecken dürfen, aber vor dem ungeheuerlichen Ausmaß an Illusionen in die quasi automatische Dynamik des „demokratischen Kampfes" graust es uns doch. Es ist schließlich kein Zufall, daß es bisher nicht die geringsten Ansatzpunkte für konkrete Kämpfe um die im KBW-Programm aufgestellten Losungen (z.B. Wahl der Richter, der Lehrer und anderer Beamten durch das „Volk", Wahl der Offiziere durch die Soldaten usw.) gegeben hat. Noch weniger hat der KBW bisher plausibel machen können, wie denn die Rinnsale einzelner „Volkskämpfe" zum großen Strom *des* „demokratischen Kampfes" zusammenzuführen seien.

Gerade deshalb hat sich der KBW mit solcher Begeisterung in die Volksentscheids-Kampagne gestürzt. Hier ist eine Forderung (Weg mit dem § 218!), die zweifellos bereits heute von einer Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird. Und mit dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts ist eine Situation geschaffen worden, wo diese Forderung in der Tat nur mittels einer schweren Erschütterung des bürgerlichen Staates erfolgreich durchgesetzt werden kann.

Weil dies aber so ist, *genau darum* müssen sich Revolutionäre darauf einstellen, *daß der Kampf gegen den § 218 langwierig sein wird.* Wenn 70 % der Bevölkerung gegen den Schandparagraphen sind (ja, sogar wenn alle 70 % für die ersatzlose Streichung wären — was keineswegs klar ist), so ist es noch lange nicht angängig, die Mehrheit der Bevölkerung zum „Volk" hochzustilisieren. Die Massen der werktätigen Bevölkerung werden erst dann zum politischen Leben erwachen, werden erst dann von dem durchdringenden Einfluß der bürgerlichen Ideologie sich befreien können, wenn sie sich um eine neue „Klassenachse" herumgruppieren können: das revolutionäre Proletariat. Dies wird erst möglich sein, wenn die revolutionäre Partei sich in der Arbeiterklasse verankert hat und ihr Programm in *alle* Kämpfe der Ausgebeuteten immer erfolgreicher hineinzutragen versteht.

Ein solches Programm muß *eine wirkliche Brücke* zwischen den Tageskämpfen und der proletarischen Machteroberung darstellen. Demokratische Forderungen sind ein integraler und unerläßlicher, gleichwohl jedoch ein *untergeordneter* Bestandteil eines revolutionären Programms. Grundlegend für ein Programm, das den Anspruch erhebt, die historischen Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, ist ein *System von Übergangsforderungen* (siehe hierzu die Resolutionen des Vierten Weltkongresses der Komintern — jedem KBW-Genossen dringendst zur Lektüre empfohlen!), die an den unmittelbaren Bedürfnissen und Tageskämpfen der Arbeiterklasse anknüpfen, gleichzeitig jedoch geeignet sind, in Phasen des zugespitzten Klassenkampfes, vor allem in vorrevolutionären und revolutionären Situationen, die Massenkämpfe auf die Machteroberung hinzulenken.

Diese Forderungen müssen deshalb einen Charakter haben, der ihre Erfüllung mit dem „normalen" Funktionieren eines halbwegs stabilen kapitalistischen Systems unvereinbar macht, es jedoch andererseits ermöglicht, daß sich Massenkämpfe entwickeln, die die bürgerliche Ordnung zersetzen und eine Periode der „Doppelherrschaft" einleiten, wo diese Übergangsforderungen ansatzweise verwirklicht werden können: als unmittelbares Sprungbrett zum bewaffneten Aufstand.

Auch der KBW wird verbal anerkennen, daß seine „demokratischen Forderungen" dem Programm der sozialistischen Revolution untergeordnet sind. Doch in einer bezeichnenden Verdrehung, in typisch stalino-menschewistischer Konfusion, interpretiert er diese Unterordnung als zeitliche „Vorordnung"; die „demokratischen Forderungen" schießen zusammen zu einem Programm des „demokratischen Kampfes" als einer *Etappe* auf dem Weg zur Revolution. Agent dieses Kampfes ist dann natürlich „das Volk". Das Proletariat kämpft vom ersten Tag an eingehüllt in den Mantel „des Volkes". Das nennt sich dann „führende Rolle der Arbeiterklasse".

In Wahrheit muß sich das Proletariat erst in großen Schlachten mit dem Klassenfeind und in heftigsten Kämpfen innerhalb der Arbeiterbewegung seiner historischen Aufgabe bewußt werden. Erst dann kann es zum Führer aller unterdrückten Schichten werden, genau durch diesen Prozeß entsteht eine revolutionäre Situation, erst dann wird die Einheit aller Werktätigen geschaffen, „konstituiert" sich das Volk in dem emphatischen Sinne, in dem der Volksbegriff schon heute vom KBW mißbraucht wird.■

Köln, 29. Mai 1975

Der „Schlachtplan“ des KBW

Bei seiner Entscheidung, alle seine Kräfte auf die Kampagne „Volksentscheid gegen den § 218“ zu werfen, hat sich der KBW zweifellos nicht nur von seiner grundsätzlichen Konzeption des „demokratischen Kampfes“ leiten lassen; daneben dürfte seine Wertung der KPD-Kampagne „Gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag im Jahre 1951“ eine beachtliche Rolle gespielt haben. Die Lehren, die der KBW glaubt, aus dieser Kampagne ziehen zu können, gehen von einer geradezu grotesken Fehleinschätzung aus: Er interpretiert diese Kampagne als großen Erfolg und wertet die Verbotsmaßnahmen der Bundesregierung als Antwort der von diesem Erfolg bedrohten Bourgeoisie.

Aus einer solchen Einschätzung läßt sich dann leicht folgendes Kalkül für die gegenwärtige Kampagne ableiten: Der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen ist bereits heute im „Volk“ weit populärer, als 1951 der Kampf für einen Friedensvertrag. Also wird der von KBW initiierte „Volksentscheid“ noch erfolgreicher sein als die „Volksbefragung“ der KPD und ihres „Hauptausschusses“. Der Staat wird mit ähnlichen Maßnahmen reagieren wie damals: also z.B. Verbot des „Volksentscheids“, Illegalisierung von Organisationen wie der „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe“, Einleitung eines Verfahrens gegen den KBW beim Bundesverfassungsgericht.

In seinem Grundsatzartikel (KVZ, 26.3.75) schreibt Joscha Schmierer (es handelt sich hier übrigens um den einzigen kleinen Hinweis auf das „Modell“ von 1951 außerhalb des Artikels in der *Roten Robe):*

> „Von älteren Arbeitern wird daran erinnert, daß die FDJ Anfangs der 50er Jahre verboten worden ist, als sie einen Volksentscheid für die Wiedervereinigung forderte und propagierte.
> Es ist klar, daß der bürgerliche Staat dagegen vorgehen wird, wenn Teile des Volkes fordern, das Volk selber solle über die Streichung des § 218 entscheiden und nicht der bürgerliche Staat.“

Die *Rote Robe* steuert zu dieser Überlegung einen interessanten Hinweis bei:

> „Das Generalregister der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen enthält seitdem im Schlagwortverzeichnis den Hinweis:
> Volksbefragung: siehe HOCHVERRAT“

Weil aber „das Volk“ schon von Beginn der Kampagne an gegen den § 218 ist, es also gar nicht mehr so sehr darauf ankommt, die Massen von der Richtigkeit der Sache zu überzeugen, als vielmehr darauf, sie für den Kampf zu organisieren, muß sich die Repression der Bourgeoisie als Bumerang erweisen, *geradezu als organisierende Kraft.* Schmierer fährt in seinem Artikel fort:

> „Wenn wir vorschlagen, sich unter der Losung „Volksentscheid gegen den § 218!“ zusammenzuschließen, dann deshalb, weil wir meinen, daß unter dieser Einordnung in dieser bestimmten Frage *der Staatsgewalt erfolgreich gegenüber getreten werden kann, erfolgreich deshalb, weil in der Sache selber, ersatzlose Streichung des § 218, im Volk eine wachsende Einheit besteht* und weil diese Einheit nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes nur mit dieser Stoßgebracht werden und im Kampf organisiert werden kann“ (Hervorhebung von uns).

Versuchen wir den — um in Dorle Zimmers Worten zu reden — „erfolgversprechenden Schlachtplan“ des KBW zusammenzufassen: Die KPD-Kampagne von 1951 zeitigte große Erfolge. *Deshalb* ging der bürgerliche Staat massiv gegen sie vor. Die KBW-Kampagne von 1975/76 wird von Anfang an noch erfolgreicher sein. Der Staat *muß* deshalb mindestens so massiv wie damals vorgehen, wird damit aber unfreiwillig große Teile des Volkes bewußt gegen sich zusammenschließen.

Das „Modell" von 1951 — Einbildung und Realität

Von allen Schlachtplänen sind die miserabelsten diejenigen, die beim Gegner die Unfähigkeit voraussetzen, taktisch zu manövrieren. Und von allen Strategen sind diejenigen die unfähigsten, die nicht bereit sind, aus vergangenen Schlachten — aus Siegen sowohl, wie vor allem aus Niederlagen — die gebührenden Lehren zu ziehen. Die *Rote Robe* begeistert sich über die erfolgreiche Arbeit von Max Reimanns KPD:

> „Trotz aller Unterdrückung durch Polizei und Gerichte wurde die Volksbefragung fortgeführt und erreichte große Erfolge. So stimmten z.B. in Bielefeld 95 %, in Aachen 94,2 %, in Bremen 99,1 % der Befragten mit Ja. Von 12 009 befragten Krupp-Arbeitern stimmten 11 921 mit Ja.”

Halten die Herausgeber der *Roten Robe* ihre Leser für hoffnungslos naiv? Keineswegs; sie sind es selbst. Ein unbefangener Beobachter wird mit müdem Lächeln feststellen, daß die „Volksbefragung“ offenbar in Aachen noch am erfolgreichsten war. Hier war anscheinend die KPD, unterstützt vom Gesamtdeutschen Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft, so tief im Volk verankert, daß beachtliche Mengen von Gegnern eines Friedensvertrages ihren „Stimmzettel“ in die Urne warfen. Vielleicht hat aber auch nur ein zynisch-intelligenter Parteisekretär selbst etliche Nein-Stimmen eingeschmuggelt, um sich die Blamage seines Bremer Kollegen zu ersparen.

„Aber die 12 000 Krupp-Arbeiter“, werden die KBW-Genossen ausrufen. „Wir hätten schon Mühe, auch nur 120 Kollegen bei Krupp zu mobilisieren.“ Ganz recht - doch selbst diese bedauerliche Tatsache sollte euch nicht dazu bringen, einer derartig haarsträubenden optischen Täuschung aufzusitzen. Wie kann man, wenn man die Erfolge und Mißerfolge der KPD in den fünfziger Jahren untersucht, die Tatsache vergessen, *daß diese Partei einst eine Massenpartei gewesen ist* und dies auch nach 1945 noch eine kurze Zeit lang war.

Selbst 1950/51 besaß die KPD noch Reste ihres alten Einflusses in den Großbetrieben des Ruhrgebietes. Auch das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich damals bereits in völligem Niedergang begriffen fand, der von keinen patriotischen Parolen („Deutsche an einen Tisch!“) und organisatorischen Mätzchen (Gründung Nationaler Fronten, Gesamtdeutscher Arbeitskreise für dies

und jenes, Inszenierung von „Volksbefragungen" usw.) aufgehalten werden konnte.

Lassen wir einige Wahlergebnisse aus dieser Zeit für sich sprechen:

In *Hamburg,* wo die KPD bei den Reichstagswahlen 1932 ca. 18 % der Stimmen erobern konnte, errang sie 1946 immerhin noch 10,4 %, fiel bei den Bundestagswahlen 1949 auf 8,5 % und bei den Bürgerschaftswahlen 1950 auf 7,4 % zurück. Noch drastischer ist die vergleichbare Entwicklung in *Hessen* (1932: ca. 14 %; 1946: 10,7 %; 1949: 6,7 %; 1950: 4,7 %) und in *Baden-Württemberg* (1932: ca. 16 %; 1946: 10,2 %; 1949: 7,4 %; 1950: 4,9 %). In *Nordrhein-Westfalen,* wo die Partei zwischen 1945 und 1947 ihre größten Erfolge erzielen konnte — vor allem in Betrieben und Gewerkschaften, aber auch bei Wahlen (1947: 14 %) —, ging es ab 1948 steil bergab. Bei Wahlen 1948 erhielt sie 7,8 %, bei den Bundestagswahlen 1949 7,6 % und bei Landtagswahlen 1950 5,5 %. In *Solingen* sanken ihre Stimmen zwischen 1949 und 1950 von 18 000 auf 11 000, in *Essen* von 34 000 auf 20 000, in *Dortmund* „nur" von 29 000 auf 20 000. Insgesamt erzielte die Partei bei den Bundestagswahlen 1949 5,7 %.

Und dann kam die Volksbefragungs-Kampagne, die — wie uns der KBW weismachen will — trotz „aller Unterdrückung durch Polizei und Gerichte" große Erfolge erzielen konnte. Das schlug sich auch prompt bei den Bundestagswahlen 1953 nieder: *2,2 % im gesamten Bundesgebiet, 2,9 % in Nordrhein-Westfalen!* Besonders eindrucksvoll ist eine Aufstellung des relativen Wählereinflusses der KPD in *Hamburg* im Vergleich zu den Stimmen für die SPD. Im Nov. 1932 kamen auf einen KPD-Wähler 1,2 SPD-Wähler. Die Vergleichszahlen bei den Wahlen nach 1945 (Bürgerschafts- und Bundestagswahlen) sind: April 1947: 1:3,5; Aug. 1949: 1:4,7; Okt. 1949: 1:5,8; Sept. 1953: 1:10; Nov. 1953: 1:14. In sechseinhalb Jahren hatte sich also der relative Wählereinfluß der SPD gegenüber der KPD vervierfacht, gemessen an 1932 sogar fast verzwölffacht!

Aber nicht nur an den Wahlergebnissen läßt sich der Niedergang der KPD ablesen. Organisatorisch befand sich die Partei damals in völliger Zersetzung. Im Mai 1950 wurde der 2. Parteivorsitzende Kurt Müller als titoistischer Agent entlarvt; noch nicht einmal ein Jahr später teilte sein Nachfolger Fritz Sperling Müllers Geschick. Hunderte von Funktionären der oberen und mittleren „Ebenen" verschwanden in der Versenkung (häufig in Gefängnissen der DDR), darunter nicht weniger als sechs Sekretariats-Mitglieder, viele Landtagsabgeordnete, etliche Bundestagsabgeordnete, unzählige örtliche und regionale Parteisekretäre. In kurzer Zeit wurden allein fünf Chefredakteure des Parteiorgans *Freies Volk* verschlissen. An der Basis wurden *Tausende* ausgeschlossen, *Zehntausende* traten aus. In *Niedersachsen* hatte die Partei im Juli 1947 noch 41 000 Mitglieder; 1951 waren es nur noch knapp 10 000.

Bei diesem Zustand der Organisation fiel es der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie natürlich leicht, die Positionen der KPD in Betrieb und Gewerkschaft systematisch „aufzurollen". Zwar gelang es teilweise betrieblichen Kadern, in einigen wenigen Betrieben eine gewisse Basis zu erhalten; aber auch dies nur auf der Ebene persönlicher Popularität (Clemens Kraienhorst!). Für die *politische* Linie der Partei — ja sogar für einen wirksamen Kampf gegen die Ausschlußkampagne der Gewerkschaftsbonzen — konnten auch diese Betriebskader immer weniger Kollegen mobilisieren.

Der Fahrplan in die Niederlage

Man muß schon mit überdimensionalen stalinistischen Scheuklappen versehen sein, wenn man Ereignisse aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in derartig verzerrter Weise „analysiert", wie dies der KBW anläßlich der Volksbefragungs-Kampagne von 1951 tut. Nach dem von uns beigebrachten Tatsachenmaterial müßte es jedem Marxisten klar sein, daß die Bourgeoisie zu ihrem Frontalangriff auf die KPD nicht ansetzte, weil von dieser Partei damals irgendeine Gefahr für die bürgerliche Ordnung ausging, sondern, weil das Verbot der KPD in den fünfziger Jahren *völlig risikolos* über die Bühne gezogen werden konnte.

Der Nutzeffekt dieses Verbots für die herrschende Klasse war kein aktueller, sondern ein langfristig angelegter. Die Bourgeoisie schuf sich ein Instrument für den Zeitpunkt, wo ein Aufschwung des Klassenkampfes zu einer Wiederbelebung revolutionärer Ideen auf Basis des Marxismus-Leninismus führen würde. Ob dies im Rahmen einer regenerierten KPD oder einer neuen Organisation der Fall sein würde, darüber hat sich die Bourgeoisie damals sicherlich nicht den Kopf zerbrochen, und der Karlsruher Urteilsspruch von 1956 macht dann auch das KPD-Urteil zu einem Damokles-Schwert für *jede* Organisation, die sich auf den Marxismus-Leninismus beruft; ob mit oder ohne personelle Kontinuität zur alten KPD.

Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß die Bourgeoisie heute aus einer ganzen Reihe von Gründen es nicht für

zweckmäßig hält, gegen eine sich erst langsam entwickelnde Bewegung schon allzufrüh ihr *gesamtes* Repressionsinstrumentarium einzusetzen. Sie verläßt sich z.Zt. viel eher auf eine Politik der *selektiven Repression,* vor allem mittels des immer feinmaschiger geknüpften Netzes der *Berufsverbote,* unterstützt durch die *Ausschlußpraktiken* der ihr hörigen Gewerkschaftsbürokratie. Sie wird sich hüten, ein so populäres Thema wie den Kampf gegen den § 218 zum Anlaß für den ersten erneuten Globalangriff auf einen Teil der vorgeblich revolutionären Bewegung der Bundesrepublik zu benutzen.

Der KBW, der durch seinen großmäuligen Spott über einen langwährenden Kampf gegen den § 218 geradezu gezwungen ist, *kurzfristige Erfolge* in diesem Kampf vorzuweisen, wird deshalb im Verlauf seiner Kampagne zu immer schärferem *Verbalradikalismus* getrieben werden, und er wird trotzdem immer mehr ins Leere stoßen. Seine Politik enthält somit neben dem grundlegenden Illusionismus ein *sekundäres Moment von politischem Abenteurertum.* Die Taktik der selektiven Repression nämlich werden Staat und Gewerkschaftsbürokratie natürlich auch gegenüber der Volksentscheids-Kampagne anwenden.

Dies, kombiniert mit dem beim KBW bestehenden Zwang, die Bewegung rasch zu eskalieren, kann nur dazu führen, eine wachsende Zahl von Kollegen und Genossen ans Messer zu liefern. Zumal seinen leicht verletzbaren Gewerkschaftssektor wird der KBW stark exponieren müssen, soll die Bewegung für den Volksentscheid nicht von Anfang an mit einem penetranten Universitäts- und Intellektuellen-Geruch behaftet sein.

Statt daß ein konzentrierter Angriff der Bourgeoisie auf die Bewegung gegen den § 218 diese selbst stärkt, *konzentriert und sie zum Initialzünder für einen umfassenden „demokratischen Kampf*[4] *macht, in dem „die Arbeiterklasse und breite Volksmassen jene Fähigkeiten herausbilden, derer sie bedürfen, um die politische Macht zu erobern“, statt daß dieser Kampf eine solche Stoßrichtung erhält, „daß er auf jenen Punkt zustrebt, an dem er umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“, statt all dieser Illusionen des KBW-Programms wird das Ende eine Fülle meist erfolgloser Einzelkämpfe gegen Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse sein.*

Für die Kollegen in den Betrieben wird sich somit wieder einmal der Eindruck herstellen, daß diese „Linken“ zwar immer in inflatorischer Weise von Kampf reden, aber in Wirklichkeit nirgendwo erfolgreich *kämpfen,* sondern immer nur Niederlagen *erleiden.* Demoralisierung auf ganzer Linie, keineswegs ein kurzfristiger Weg zum Erfolg kann das einzige Ergebnis des meisterhaften Schlachtplans der KBW-Strategen sein.

Träumt nur weiter, Genossen des KBW, von mächtig anschwellenden „Volkskämpfen“, höhnt nur weiter über die langwährende Arbeit zur Verankerung des revolutionären Programms in der Arbeiterklasse und zur Herausbildung einer revolutionären Führung: Eure demokratischen Träume werden in der Tat nicht lange währen; das Erwachen wird bitter sein. Doch für die besten Genossen des KBW kann das zum Anlaß für einen entscheidenden Schritt werden: **Bruch mit dem Stalino-Menschewismus, hin zum Programm der Bolschewiki-Leninisten, der Vierten Internationale !**

Bericht über eine § 218 Veranstaltung in Köln

Am 28. Mai fand in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde die erste größere Veranstaltung im Rahmen der KBW-Kampagne statt. Ziel des Treffens war die Gründung von Komitees für den Bereich der Uni Köln und der PH. Anwesend waren achtzig bis hundert Personen. Außer Mitgliedern und Sympathisanten des KBW und Unorganisierten machten sich in der Diskussion neben uns nur noch zwei Genossinnen des KSV bemerkbar; eine GIM- Genossin war auch anwesend, sprach aber in der Diskussion mehr als Privatperson, erwähnte jedenfalls ihre Organisation mit keinem Wort.

Zu Beginn wurden sterbenslangweilige Referate verlesen; im wesentlichen waren es die — leicht veränderten — Artikel aus der Broschüre „Weg mit dem § 218!“. Danach der norwegische Film „Abortus“; errötend müssen wir gestehen, daß wir ihn uns nicht angesehen haben. Außerdem wurden noch je ein Gedicht von B. Brecht und E. Kästner vorgetragen. Damit war der — um es freundlich auszudrücken — aufklärerisch-agitatorische Teil des Abends abgeschlossen.

Der zweite Teil — der Diskussion über die Stoßrichtung des zu beginnenden Kampfes gewidmet — begann mit einem Referat, dem man immerhin gut zuhören konnte. Deshalb fiel uns auch sofort auf, daß der Referent als Ziel der Volksentscheids-Kampagne definierte, es gelte, den bürgerlichen Staat zu zwingen, den Volksentscheid zu organisieren. Da auch in der Diskussion von einem KBW-Genossen genau dasselbe geäußert wurde, vermuten wir hier eine Lokalabweichung des Kölner KBW. Jedenfalls findet sich in den zentralen Materiahen des KBW keine Spur von diesem kühnen Gedanken, der ansatzweise auf eine bedeutsame Vertiefung der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie hinweist — über das vom KBW auch schon zentral erreichte Niveau hinaus.

Wir hätten gerne zu den hier aufgeworfenen Fragen Stellung genommen; leider jedoch stand die Diskussion unter starkem Zeitdruck, und es war uns nicht einmal möglich, zu dem ersten von uns angeschnittenen Komplex — der Aktionseinheit im Kampf gegen den § 218 — uns etwas ausführlicher zu äußern. Unsere beiden Beiträge hatten durchaus zur Belebung der Diskussion beigetragen. Mehrere Vertreter der KBW-Linie gingen auf sie ein, und man hätte uns wenigstens noch die Gelegenheit zu einer Replik geben müssen. Dies geschah nicht, während die beiden KSVlerinnen insgesamt fünfmal zu Wort kamen (um zum Schluß von KBWlern den nicht unberechtigten Vorwurf hören zu müssen, sie hätten sich ständig wiederholt).

Wir möchten hier kurz das rekapitulieren, was wir zum Problem der Aktionseinheit gesagt haben und vor allem

gerne gesagt hätten.

Wir gingen von der Tatsache aus, daß auf dieser Veranstaltung sich niemand für die Fristenlösung ausgesprochen hat. Auf einem ähnlichen Treffen vor einem Jahr wären sicherlich nicht wenige wackere „Realpolitiker“ für die Juso-DKP-Linie „in die Bütt‘ gestiegen“. Der Bankrott dieser Linie ist nun offenkundig. Aktionseinheit auf der Basis des „kleineren Übels“ war schon in der ersten Phase der Bewegung gegen den § 218 verhängnisvoll; wäre jetzt absolut tödlich. Hierin also völlige Übereinstimmung mit dem KBW.

Gleichzeitig aber bietet die schallende Ohrfeige, die die Anhänger der Fristenlösung Ende Februar in Karlsruhe erhalten haben, eine Chance, die Basis des Kampfes für die ersatzlose Streichung zu erweitern. Auf der Gründungsversammlung des neuen studentischen Dachverbandes haben auch die Anhänger des MSB/Spartakus und des SHB einerseits, der Juso-Hochschulgruppen andererseits für die ersatzlose Streichung gestimmt. Niemand wird die MSBler für die besten Elemente aus dem DKP-Milieu halten; sie gehören eher zu den halunkenhaftesten Figuren dieses Sumpfes. Es wäre also keine unwichtige Aufgabe, die ehrlichen Arbeiterinnen und Arbeiter der DKP in den Kampf gegen den § 218 mit einzubeziehen. Desgleichen Jusos, Falken und andere linke Sozialdemokraten.

Noch wichtiger aber ist die Tatsache, daß sämtliche politischen Organisationen, die schon immer für die ersatzlose Streichung eingetreten sind, sowie fast alle linken Frauengruppen sich bisher nicht für die KBW-Konzeption haben erwärmen lassen. Wir fordern den KBW keinesfalls auf, deshalb seine Losung „Das Volk selber soll entscheiden!“ fallenzulassen. Das wäre ja ein noch schlimmerer Ultimatismus, als der vom KBW an den Tag gelegte.

Aber der KBW muß sich doch Gedanken machen, wie er diejenigen gewinnt, die seinen Vorstellungen skeptisch gegenüberstehen. Es ist schon eigenartig, wenn eine Organisation, die immer auf die 70 % der Bevölkerung hinweist, die gegen den § 218 sind, nicht die mehr oder minder bewußten und aktiven „fortschrittlichen Menschen“ berücksichtigt, die bisher die Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen getragen haben. Und von denen sind mindestens 70 % *gegen* die Linie des KBW.

Wir meinen, daß eine korrekte politische Führung ihre Auffassung am ehesten im gemeinsamen Kampf mit anderen Organisationen und Strömungen beweisen kann. Drei Voraussetzungen sind dafür notwendig:

1. darf zu Beginn einer solchen Aktionseinheit keine beteiligte Gruppe den anderen Tendenzen ihre Linie ultimativ auf drängen;

2. muß eine gemeinsame Stoßrichtung vorhanden sein, die den weit ergehenden Konzeptionen der beteiligten Gruppierungen nicht entgegengesetzt ist;

3. muß jede dieser Gruppierungen das unbeschränkte Recht haben, ihre weit ergehenden Vorstellungen und Losungen im Rahmen der Aktionseinheit zu propagieren, auch und gerade unter den Anhängern der anderen Tendenzen.

Die Losungen „Ersatzlose Streichung des § 218!“ und „Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!“ sind unserer Meinung nach geeignet, eine solche breite Aktionseinheit herzustellen. Wir schlagen vor, daß die vom KBW vorgeschlagene zentrale Demonstration in Bonn Mitte September (eine solche Demo halten auch wir für sinnvoll) unter diesen zentralen Parolen durchgeführt wird.

Es wird einer relativ großen Organisation wie dem KBW ein leichtes sein, dieser Demo sehr weitgehend den Stempel seiner Parolen aufzudrücken; doch würde z.B. unsere Organisation mit ihren sehr viel geringeren Kräften ihr möglichstes tun, um den Irrweg des KBW aufzuzeigen und dagegen eine Perspektive des langfristigen Kampfes, gestützt auf das trotzkistische Übergangsprogramm, zu entwickeln. ■

Diskussionsveranstaltung der Trotzkistischen Liga Deutschlands - Organisationskomitee Köln

DREISSIG JAHRE BÜRGERKRIEG IN VIETNAM
— Vom „Volkskrieg" zum deformierten Arbeiterstaat —

Zeit: Donnerstag, 12. Juni 1975, 19.00 Uhr
Ort: „Pötze Kätt", Bonner Str. 66 (Nähe Chlodwigplatz)

Verantwortlich für den Inhalt:
W. Hohmann, 1 Berlin 15

TLD
5 Köln 1
Postlagerkarte 092 041 A